

Sonderthema:
Nach der US-Wahl
Trumps Sieg ist noch nicht verdaut

DAS GROSSE INTERVIEW
Was der Atlantiker Peer Steinbrück zur künftigen Ära Trump sagt

SEITE 2

DIE GROSSE GRAFIK
Die Wahl und das System Amerikas in Tafeln und Schaubildern

SEITE 4,5

Das Parlament

Berlin, Dienstag 27. Dezember 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 52-1 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ein Etablierter an der Spitze

Chuck Schumer An ihm könnten sich die Republikaner und Bald-Präsident Donald Trump die Zähne ausbeißen: Senator Charles „Chuck“ Schumer wird ab 3. Januar die Senatsfraktion der Demokraten führen. Wenn es dem 66-jährigen Politiker gelingt, seine Senatskollegen auf ein gemeinsames Vorgehen einzuschwören, könnten die Demokraten den Republikanern durch ihre faktische Sperrminorität im Senat viele Steine in den Weg legen (siehe S. 6). Allerdings: Mehr Einfluss haben die Demokraten in der nationalen Politik erstmalig nicht. Schumer sitzt seit 1999 für den Bundesstaat New York im Senat und folgt im Amt auf Harry Reid aus Nevada, der zwölf Jahre an der Spitze der Fraktion stand. Bevor er Senator wurde, war Schumer 18 Jahre lang Mitglied des Repräsentantenhauses. scr ■

ZAHL DER WOCHE

97

Prozent der Mitglieder des US-Repräsentantenhauses, die sich 2016 zur Wiederwahl stellten, behalten ihren Sitz. Im Senat gilt dies für 93 Prozent der Senatoren, die wieder antraten. Der Durchschnitt in der Nachkriegszeit liegt bei 93 Prozent im Repräsentantenhaus und bei 80 Prozent im Senat.

ZITAT DER WOCHE

»America stands with Germany against terror.«

Paul Ryan (Republikaner), Sprecher des US-Repräsentantenhauses, auf seiner Facebook-Seite in Reaktion auf den Anschlag von Berlin

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Wahlsieger Wie Donald Trump völlig überraschend das Rennen machte Seite 3
- Silicon Valley** Die Internet- und Hightech-Industrie hat sich verkalkuliert Seite 7
- Zuwanderung** Millionen Illegale in den USA fürchten ihre Abschiebung Seite 9
- Gespaltenes Land** Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer Seite 10
- China** Das Reich der Mitte fürchtet sich vor einem Handelskrieg Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Gefährlich normal

TRUMPS WAHL Was Populisten in der alten und neuen Welt eint – und was sie trennt

Alle vier oder acht Jahre überschneidet sich der Jahreswechsel in den USA mit dem politischen Niemandsland der Übergangszeit in eine neue Administration nach den Wahlen Anfang November. Inzwischen haben die Wahlmänner und -frauen des „Electoral College“ ihre Stimmen so abgegeben, wie ihr jeweiliger Staat mehrheitlich entschieden hat, und am 6. Januar, wenn die Stimmen im Kongress ausgezählt werden, steht der neue Präsident offiziell fest: Er wird Donald J. Trump heißen.

Alle Hoffnungen auf eine Revision des Ergebnisses vom 8. November sind schnell verpufft. Auch die Demokraten glaubten nie wirklich, dass eine neue Stimmenauszählung in einzelnen Bundesstaaten daran etwas ändern könnte. Einen Gewissensaufstand im Electoral College gab es nicht und erst recht keine nachhaltigen Volksproteste auf den Straßen, denn die Demonstrationen der ersten Tage sind schnell verklungen. Sieht so die Kapitulation vor einer autoritären Systemtransformation aus?

Jedenfalls haben die Amerikaner überwiegend zu einem pragmatischen Umgang mit dem auch Europa aufzuführenden politischen Erdbeben gefunden. Selbst die entschiedenen Gegner Trumps konzentrieren sich weniger auf die pathetische Widerstandsgeste als vielmehr, der Mentalität des Landes entsprechend, auf konkrete Maßnahmen im eigenen, lokalen Wirkungskreis. Wer weiß, ob die Mauer nach Süden oder die massenhafte Abschiebung mexikanischer Migranten ohne Papiere tatsächlich kommt – aber die eigene Stadt oder die eigene Hochschule soll zum „sanctuary“ werden, zu einem rechtlichen Schutzraum, in den Behörden des Bundes oder des Staates nicht eingreifen können, fast wie ein vergrößertes deutsches Kirchenasyl. Die progressiven Kräfte, die „Liberalen“ im amerikanischen Sprachgebrauch, halten sich derweil in der Ursachenforschung selber den Spiegel vor. Die Abneigung gegen Macht- und Geldeliten, zu denen auch die Clintons gehören, hat man wohl unterschätzt, und noch mehr die Unzufriedenheit – nicht bloß der vielzitierten „weißen Männer“ –, dass linke Politik sich vermeintlich mehr um Geschlechteridentitäten als um sichere Jobs in der nachindustriellen Gesellschaft kümmert. Das ist ein auffälliger Unterschied zum europäischen Populismus: Zumal es in der akademisch-intellektuellen Linken durchaus Zustimmung gibt, dass etwas faul im Staate Washington sei. Der Erfolg der Vorwahlkampagne von Bernie Sanders hat das deutlich gezeigt. Dagegen sind die deutschen Grünen, ja ist selbst die Linke systemkonform und staatsfromm.

Widersprüchliche Signale Die Signale, die der „President-Elect“ in den vergangenen Wochen ausgesendet hat, sind widersprüchlich. Ihr gemeinsamer Nenner ist nur ihre Unberechenbarkeit – und vielleicht bleibt das in den ersten hundert Tagen der Amtsführung ab dem 20. Januar oder in den nächsten vier Jahren so, besonders in der Außenpolitik. Ins Weiße Haus und auf Kabinettposten hat Trump bisher, seinem anti-elitären Gestus zum Trotz, eher Repräsentanten der klassischen republikanischen Eliten berufen, mit einer Tendenz – wen wundert's – zu Geld und Unternehmertum. Manche radikalen Trumpianer der ersten Stunde sind abgeblitzt. Die Nominierung des russlandfreundlichen ExxonMobil-Chefs Rex Tillerson zum Außenminister wird bei den Europäern noch für Kopfschmerzen sorgen. Aber das umgekehrte Signal einer Zuspitzung der Konfrontation mit Russland, in der nicht wenige schon einen heißen Krieg um das Baltikum befürchten, hätte das genauso getan.



Der Überraschungssieger: Donald J. Trump wird am 20. Januar als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt.

© picture-alliance/AP Images

In der Innenpolitik zeichnet sich sogar eine Bewegung zur Mitte, jedenfalls zur Mäßigung der schlimmen und zu Recht Entsetzen auslösenden Wahlkampfrhetorik ab. Die am europäischen Sozialstaat orientierte Gesundheitsreform Barack Obamas wird sein Nachfolger wohl nicht vollständig über Bord werfen – zum Ärger der radikalen Republikaner im Kongress. Mit einem großen Infrastrukturprogramm geht Trump auf Distanz zum fiskalischen Konservatismus, der seit Ronald Reagan Dogma seiner Partei war. In gesellschaftspolitischen Debatten über Abtreibung oder Homo-Ehe, welche die amerikanische Gesellschaft viel stärker aufwühlen und polarisieren als die deutsche (und die meisten westeuropäischen), ist Trump gewiss kein Linker, aber weniger ideologisch als der Mainstream, ganz zu schweigen vom fundamentalistischen Rand der Republikaner. Der neue amerikanische Populismus, den Donald Trump zugleich verkörpert und groß gemacht, erzeugt und gebündelt hat, ist unverkennbar ein Geschwermüder europäischer populistischer Bewegungen, Parteien und Führer des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. In der Person, aber auch in Teilen des Programms und der Politik – soweit man das überhaupt schon sagen kann – erinnert der New Yorker Immobilienmagnat an den Mailänder Medien- und Multiunternehmer Silvio Berlusconi. Vor allem aber sind die Wurzeln des populistischen Aufstands im Kern dieselben und unterstreichen, über alle transatlantischen Gräben hinweg, die Gemeinsamkeit von Entwicklungsdynamiken

der westlichen Welt. Die Globalisierung, die Auflösung von Grenzen, von eindeutigen Zugehörigkeiten, verunsichern viele Menschen. Ob sie objektiv darunter leiden, ist eine ganz andere Frage. Es spricht freilich manches dafür, dass sie für Regionen der USA wie den „Rust Belt“ des Mittleren Westens, der Trump den Sieg brachte, eher zu bejahren ist als für Deutschland, die Niederlande oder eine europäische Reichtumsregion wie Norditalien, in der die Lega Nord groß wurde.

Gemeinsamkeiten Den amerikanischen und den europäischen Populismus verbindet zudem seine tiefe Skepsis gegenüber der neuen Welle gesellschaftlicher und kultureller Liberalisierung, die den Westen erfasst hat. Die Ängste, die oft in Hass umschlagen, zeigen hier wie dort sogar, dass selbst die erste Welle, die Revolution von Kultur und Rechten seit den 1960er Jahren, von vielen nicht verdaut ist. Rassenfragen, Geschlechterfragen, gestörte patriarchale Ordnung: Trumps Tabubrüche im Wahlkampf sind gewiss Ausdruck von Persönlichkeitsstörung, aber kalkulieren auch sehr bewusst mit unterschwelligem Ressentiment. Gleichwohl: Der Trumpismus nimmt in der aufgewühlten politischen Landschaft der USA einen anderen Platz ein als in der Europas, und das nicht nur wegen einstweilen noch ganz unsicherer Signale einer möglichen Mäßigung des 45. Präsidenten. Ohne den Rassismus Trumps, ohne die Verbindungen mancher seiner Gewährsleute in rechtsradikale Milieus herunterzu-

spielen: Trumps Bewegung ist weniger in diesen verankert und weniger von ihnen abhängig, als es für viele Muster des europäischen Populismus, einschließlich der deutschen AfD, gilt. Wenn man einmal von den linken Varianten einiger südeuropäischer Krisenländer, von Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien, absieht, dann sind Ursprung und Verankerung in der extremen Rechten ein verbindendes Merkmal von Skandinavien über Deutschland bis in die Alpenländer. Erst recht gilt das für den französischen Front National, mit Einschränkungen auch für die britische UKIP. Dabei kann das Spektrum breit sein: Es reicht von einem sehr traditionellen Konservatismus, der sich in dessen modernisierten Varianten nicht mehr wohlfühlt, bis zum manifesten Antisemitismus- und Neonazimilieu. Aber so wichtig die Unterschiede auf dieser Bandbreite sind, so gehört zum europäischen Populismus zugleich die Weigerung – nein: die strukturelle Unfähigkeit, eine klare Grenze zum antidemokratischen Rechts extremismus zu ziehen.

Ob der Faschismus historisch-kulturell zu Europa gehört oder jenseits des Atlantiks erfolgreich hätte sein können, muss hier gar nicht entschieden werden. Fest steht aber, dass die antimoderne Revolte in den USA ebenso wie die populistische Radikalisierung des Konservatismus schon vor Trump geblüht haben, etwa zuletzt in der Graswurzelbewegung der „Tea Party“. Trumps politischer Instinkt hat ihm richtig gesagt, dass in dieser Form der rechten Radikalisierung kein Erfolg winkt, jedenfalls nicht die Präsidentschaft. Ironischerweise könnte er nun dazu beitragen, seine ins Extreme verbissene Partei ein Stück zurück zur Mitte zu bewegen. Aber noch ist das Spekulation, und vielleicht Hoffnung, auf dem schmalen Grat zwischen populistischer Gefahr und demokratischer Normalität, soweit es diese Normalität in unseren Tagen überhaupt gibt.

Skepsis gegenüber der Liberalisierung treibt die Populisten.

Rechtsextremismus zu ziehen. Ob der Faschismus historisch-kulturell zu Europa gehört oder jenseits des Atlantiks erfolgreich hätte sein können, muss hier gar nicht entschieden werden. Fest steht aber, dass die antimoderne Revolte in den USA ebenso wie die populistische Radikalisierung des Konservatismus schon vor Trump geblüht haben, etwa zuletzt in der Graswurzelbewegung der „Tea Party“. Trumps politischer Instinkt hat ihm richtig gesagt, dass in dieser Form der rechten Radikalisierung kein Erfolg winkt, jedenfalls nicht die Präsidentschaft. Ironischerweise könnte er nun dazu beitragen, seine ins Extreme verbissene Partei ein Stück zurück zur Mitte zu bewegen. Aber noch ist das Spekulation, und vielleicht Hoffnung, auf dem schmalen Grat zwischen populistischer Gefahr und demokratischer Normalität, soweit es diese Normalität in unseren Tagen überhaupt gibt.

Paul Nolte ■

Der Autor ist Professor für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL Präsident als Protest

VON JÖRG BIALLAS

Wofür, außer für sich selbst, steht dieser Donald Trump eigentlich? Das ist schwer zu sagen. In einem mit beispielloser Schlichtheit geführten Wahlkampf wurde lediglich klar, wogegen der Mann ist: gegen Zuwanderung, gegen bewährte Werte in den US-Außenbeziehungen, gegen Freihandel, gegen Muslime und vieles mehr.

Unter Trumps Führung sollen die USA wieder zu alter Stärke zurückfinden. „Make America great again“, lautete seine Botschaft. Das war einfach und kam an. Ist die alte Machtelite, zu der landläufig auch Trumps Wahlkampf-Gegnerin Hillary Clinton und Ehemann Bill, der Ex-Präsident, gezählt werden, erst einmal abgelöst, geht es aufwärts. Vor allem wirtschaftlich. Der Rest, so die Logik des Milliardärs, ergibt sich dann von selbst. So funktioniert der „American dream“. Dass es so einfach nicht werden wird, ahnen auch viele Trump-Wähler. Längst nicht alle sind Fans des Mannes mit den Drei-Wort-Sätzen. Sie nehmen Trump in Kauf, um dem Establishment eins auszuwischen.

So funktioniert Protestwahl, in den USA und anderswo. Wie hoch der Preis für diese Demonstration sein wird, kann heute niemand seriös ermesen. Wie aber soll die Welt jetzt mit diesem Polit-Quereinsteiger umgehen, dem stets eine Aura von Selbstverliebtheit umweht? Zunächst einmal respektvoll. Trump ist ein demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt. Seine Berufung zum Präsidenten durch das amerikanische Volk macht die Zeitläufte gewiss nicht berechenbarer. Aber sie ist bis zum Beweis des Gegenteils auch kein Beleg dafür, dass die Supermacht USA fürdenhin planlos durch die Weltpolitik taumelt.

Es wird jetzt darauf ankommen, unaufgeregt ein Gefühl für die Verhältnisse im Weißen Haus zu entwickeln. Schwierigkeiten sind absehbar, etwa angesichts der außenpolitischen Unbedarftheit des neuen Hausherrn. Es ist schon bemerkenswert, wenn der US-Präsident noch vor seiner offiziellen Ernennung erst einmal China brüskiert, weil er mit der taiwanischen Staatschefin telefoniert hat. Die Welt wird daran aber nicht zu Grunde gehen. Donald Trump ist eine Herausforderung. Eine Katastrophe ist seine Wahl zum US-Präsidenten einstweilen nicht.

Demonstrationen gegen Trump wie hier in New York wenige Tage nach der Wahl sind inzwischen abgeebbt.

© picture alliance / ZUMAPRESS.com

GASTKOMMENTARE

WAR DIE OBAMA-ÄRA EIN GEWINN FÜR DIE USA?

Gute Bilanz

PRO



Hans Monath, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Es stimmt: Viele Hoffnungen, die Barack Obama einst nach dem Motto „Yes, we can“ geweckt hat, konnte er in acht Jahren nicht erfüllen. Doch sein Land steht heute weit besser da, als viele Deutsche wahrhaben wollen. Auch die guten Umfragewerte des Präsidenten zeigen, dass ihn eine Mehrheit in den USA nicht als Gescheiterten ansieht. Als Obama ins Weiße Haus einzog, steckte sein Land in einer tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise. Investmentbanken brachen zusammen, große Autobauer meldeten Konkurs an, die Arbeitslosenrate stieg. Heute herrscht nahezu Vollbeschäftigung, die Wirtschaft boomt. Dank seiner Gesundheitsreform („Obamacare“) ist erstmals in der Geschichte ein Großteil der US-Bürger krankenversichert. Der Präsident setzte fortschrittliche Akzente in gesellschaftspolitischen Fragen. Keiner seiner Vorgänger nahm den Klimaschutz so ernst wie er, saubere Energien erklärte er gleichsam zum Staatsziel. Dass er in seiner zweiten Amtszeit wichtige Versprechen nicht umsetzen konnte, lag vor allem an der Blockade durch die republikanische Mehrheit im Kongress. In der Außenpolitik fällt die Bilanz gemischter aus. Wie versprochen, beendete Obama die Kriege in Afghanistan und im Irak und holte die eigenen Soldaten zurück. Auch weil er der militärischen Versuchung widerstand, schuf er ein machtpolitisches Vakuum, das andere füllten. Aber er ging nicht das Risiko ein, die USA in einen neuen Krieg von unkalkulierbarer Dauer hineinzusteuern. Der Präsident, der an den Wert von Verhandlungen und Regeln glaubt, schloss einen großen Abrüstungsvertrag mit Russland und das Atomabkommen mit dem Iran. Obama wird seinen Platz im Geschichtsbuch bekommen – und das nicht nur, weil er der erste schwarze Präsident der USA war.

Politik kann er nicht

CONTRA



Michael Bröcker, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Ein. Nach acht Jahren im Amt bleibt bei Barack Obama das Gefühl zurück: Der Mann kann alles, nur nicht Politik. Basketball spielen, reden, singen. Aber politische Versprechen umsetzen? Viel blieb schon im Ansatz stecken: das Ende von Guantanamo, das Abmildern der Einkommensunterschiede, ein verschärftes Waffenrecht, Regeln für die Finanzwelt. Was Obama sonntags ankündigte, blieb montags im operativen Gestrüpp hängen. Bei seinem Antritt versprach er 2009, dass Hoffnung über Angst, Einigkeit über Zwietracht siegen werde. Obama wollte das Land einen. „Yes, we can“. Heute wissen wir: He couldn't. Die USA sind tiefer gespalten als je zuvor. Die Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung stiegen, die der Mittelschicht stagnierten. Die mittlere Bevölkerungsgruppe, über Jahrzehnte die reichste der Welt, verlor erstmals den globalen Spitzenplatz. Und die ärmsten 30 Prozent der US-Amerikaner erlebten gar Einkommensverluste. Es ist Obamas Verdienst, dass Millionen US-Amerikaner nun eine Krankenversicherung haben. Aber Millionen müssen jetzt auch höhere Beiträge zahlen und zudem gestiegene Ausgaben für Kitas, Schulen, Studienplätze und Wohnungen. Latinos und Schwarze haben immer noch geringere Aufstiegschancen als Weiße. Der Schuldenberg des Staates ist auf Rekordhöhe. Und Millionen leben in der Perspektivlosigkeit. Obamas vermeintliches Job-Wunder ist keines, schaut man genau hin. Die offizielle Arbeitslosigkeit ging zurück, doch bleiben dabei jene außen vor, die sich nicht mehr suchen melden. Sechs Millionen leben in dieser Schattenwelt. Barack Obama war der coolste Präsident der US-Geschichte. Aber auch einer der schlechteren.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Steinbrück, wie schwer fällt es Ihnen, nach dem Wahlsieg von Donald Trump weiterhin ein überzeugter Transatlantiker zu sein?

Nicht schwer. Denn die transatlantischen Beziehungen sind zu wichtig, um sie von einem noch so umstrittenen Präsidenten abhängig zu machen. Sie haben mit oder ohne Trump einen besonderen Stellenwert, erst recht angesichts des Zustandes, in dem die Welt sich derzeit befindet.

Wird unter Trump ein neues Kapitel in den transatlantischen Beziehungen aufgeschlagen?

Ganz sicher. Selbst wenn er nur einen Teil seiner protektionistischen Ideen realisiert, wird das die wechselseitigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA beinträchtigen. Das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP ist dann mausetot, obwohl es nicht nur ein wichtiges strategisches Projekt zur Verbesserung der Beziehungen wäre, sondern insbesondere für den Mittelstand in Deutschland enorme Potenziale erschließen würde. Darüber hinaus weiß derzeit niemand, welche Affinität Trump tatsächlich zu autokratischen und autoritären Personen rund um den Erdball hat und was das für die US-amerikanische Außenpolitik bedeutet. Ob ihm seine Bemerkungen zu Putin einfach aus dem Mund gepuzelt sind, wie so vieles andere auch, oder ob dahinter ernsthafte Überlegungen stehen, ist völlig unklar. Sicher ist wohl, dass Trump die EU sehr viel stärker drängen wird, mehr Eigenverantwortung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu übernehmen. Das hätte Hillary Clinton allerdings auch gemacht.

Könnte genau das nicht ein Antrieb für die EU-Staaten sein, in Zukunft enger zusammenzuarbeiten?

Mit Blick auf die Risse im europäischen Haus könnte die Wahl von Trump tatsächlich ein Wamschuss sein. Wenn dessen Politik dazu führt, dass die EU-Staaten sich wieder gemeinsam gegen Nationalisierungstendenzen stellen und die Institutionen endlich in die Lage versetzen, sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, der Steuerpolitik, der Flüchtlingsfrage und der Stabilisierung der Eurozone stärker zu koordinieren, wäre das eine hochwillkommene Antwort auf Trump.

Über das Wesen und die Ziele von Trump wird viel spekuliert. Viele halten ihn für eine Gefahr für die Welt, nicht wenige für einen Faschisten. Wer ist dieser Mann aus Ihrer Sicht?

Er ist ein Narzisst und ein undisziplinierter Mensch, der bereit ist, mit Ressentiments und Ängsten zu spielen. Aber das ist nicht das Gefährlichste. Entscheidender ist die Tatsache, dass er wie kaum ein anderer Präsident in der Geschichte der USA politisch und administrativ völlig unerfahren in dieses Amt kommt. Wird er in Stress- und Krisensituationen so ellenbogenartig und aggressiv reagieren wie bisher? Oder wird er angemessen handeln und auf Ratschläge hören? Die Antwort auf diese Fragen ist für die USA, Europa und wahrscheinlich für die ganze Welt von großer Bedeutung.

Was sagt der Erfolg von Donald Trump über den Zustand der Demokratie in den Vereinigten Staaten?

Ich glaube, dass die Demokratie in den USA bereits vorher dysfunktional gewesen ist. Besonders zwei Entwicklungen haben sie erheblich unter Druck gesetzt und zu einer extremen Polarisierung beigetragen. Zum einen die „Super PACs“, also Lobbygruppen, die mit Genehmigung des Obersten Gerichtshofes irrsinnige Gelder zur Unterstützung eines geeigneten Kandidaten spenden und das natürlich mit einer entsprechenden Einflussnahme auf die Politik verbinden. Zum anderen die völlig grotes-

»Trump ist ein Narzisst«

PEER STEINBRÜCK Der SPD-Politiker sieht schwere Zeiten auf Europa und die Welt zukommen, sollte Trump seine Agenda realisieren



© picture-alliance/dpa

maßgeblich von der republikanischen Partei und ihrer Bereitschaft, sich der Tea-Party-Bewegung zu unterwerfen, genährt worden, aber auch durch eine sehr einseitig, ja geradezu ideologisch ausgerichtete Medienlandschaft. Sein Sieg hinterlässt ein auf lange Sicht tief gespaltenes Land und eine zerrissene republikanische Partei, in der die Moderaten nun eindeutig in der Minderheit sind und mit Liebeszug rechnen müssen. Nicht zuletzt müssen die Demokraten realisieren, dass sie im Hinblick auf den Zustand der US-amerikanischen Gesellschaft auf die falsche Kandidatin gesetzt haben.

Im deutsch-amerikanischen Verhältnis gibt es seit Jahren Spannungen – angefangen vom Irak-Krieg über die Spähaffäre bis hin zum Streit um TTIP. Wie steht es heute um die Beziehungen?

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren zuletzt kein Honeymoon mehr, das ist wahr. Aber es macht keinen Sinn, nur aus deutscher Sicht kritisch auf die USA zu schauen. Denn ernstzunehmende Vorbehalte gibt es auch von Seiten der Amerikaner.

Welche?

Sie mahnen schon lange eine stärkere Führungsrolle Deutschlands bei der Stabilisierung der Eurozone, der europäischen Integration, beim Einsatz für mehr Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik an. Und sie wollen, dass wir Deutsche mehr dafür tun, damit die europäische Wirtschaft wieder wächst. Insgesamt beklagen die USA die Unfähigkeit Europas, in der Weltpolitik als Einheit aufzutreten und sie damit zu entlasten. Wie viele Nato-Gipfel hat es gegeben, auf denen die Europäer versprochen haben, künftig zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben? Am Ende war das alles nur Schall und Rauch.

Sie sind am 30. September aus dem Bundestag ausgeschieden. Was wollen Sie Ihren alten Kollegen für den Bundestagswahlkampf mitgeben mit Blick auf den Wahlausgang in den USA?

Als Ex-Abgeordneter und als Ex-Minister brüllt man nicht von den Seitenlinien auf den Platz. Aber ganz allgemein gesprochen: Trump ist ab dem 20. Januar US-Präsident. Das ist, wie die Amerikaner sagen, „a matter of fact“. Wir werden also nicht umhin kommen, mit diesem Mann zu leben. Deshalb sollten mehr Abgeordnete im Bundestag künftig ihr Interesse auf die transatlantischen Beziehungen legen. Sie sollten in die USA fahren und dort Kontakte knüpfen, und zwar nicht nur an der Ostküste, nicht nur in Boston, New York und Washington, sondern auch an der Westküste, wo technologisch extrem viel passiert, und im Mittleren Westen, wo viele Trump-Wähler leben. Sie sollten sich eine eigene Meinung bilden – und werden feststellen, dass die USA zwar ein zerrissenes, polarisiertes, ambivalentes, aber auch in vielerlei Hinsicht ein fantastisches Land mit vielen begeisternden Facetten und Begabungen ist.

Das Gespräch führten Johanna Metz und Sören Christian Reimer. ||

Peer Steinbrück (69, SPD) war von 2005 bis 2009 Bundesfinanzminister und saß von 2009 bis 30. September 2016 im Deutschen Bundestag, wo er die Parlamentariergruppe USA leitete.



ke Aufteilung der Wahlkreise, die eine sehr homogene Wählerschaft zur Folge hat. Dadurch kommt es nicht mehr so sehr darauf an, wie der Wähler entscheidet. Viel wichtiger ist, welche Kandidaten die Delegierten der jeweiligen Parteien aufstellen. Das hat dazu geführt, dass in den vergangenen Jahren immer radikalere Abgeordnete in den Kongress gewählt wurden. Schließlich darf das Wahlsystem in den USA hinterfragt werden, nach dem Hillary Clinton trotz eines Vorsprungs von zwei Millionen Wählerstimmen verloren hat.

Das Wahlergebnis hat offenbart, dass sich vor allem die weiße Arbeiterschicht von den Eliten abgehängt und als Verliererin der Globalisierung fühlt. Ist der amerikanische Traum ausgeträumt?

Nein, nichts ist in Stein gemeißelt. Ein nächster Präsident, eine nächste Präsidentin kann vieles wieder verändern. Aber Trump ist in der Tat ein Symptom für die Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft und nicht vom Himmel gefallen. Der Boden, der ihn aufsteigen ließ, ist in den vergangenen fünf bis sechs Jahren

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Transatlantiker: Omid Nouripour

Omid Nouripour war entsetzt. „Als feststand, dass Donald Trump Präsident der USA wird, war mein erster Gedanke: Oh, Gott – was kommt jetzt auf uns zu“, erinnert sich der außenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion. Schließlich, so sagt er, habe Trump im Wahlkampf und auch danach zu so gut wie jedem Thema ständig andere Positionen eingenommen. Den Gedanken, dass sich die USA unter Präsident Trump tatsächlich nur noch mit sich selbst beschäftigen und die Entwicklungen in der Welt weitgehend ignorieren, hält er für eher unwahrscheinlich. „Mit Isolationismus ist noch nie ein Land auf der Welt groß geworden“, sagt der 41-Jährige. China beispielsweise sei Hauptschuldner der USA und habe daher großen Einfluss darauf, was in der US-Wirtschaft passiert. Und auch die Annahme, die USA würden ihre militärischen Engagements im Ausland beenden, trifft seiner Ansicht nach nicht zu. „Trump hat gesagt, es wird kein militärisches Engagement der USA mehr geben, es sei denn, es sei im Interesse der USA. Das ist eine Hintertür, die ist so groß, da passen mehrere Panzer-Divisionen durch“, betont Nouripour. Wie auch immer – Europa muss sich wohl auf drastische Veränderungen bei der Sicherheitspolitik einstellen, oder nicht? „Die mit Abstand wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik muss es sein, den Zusammenhalt der EU zu gewährleisten. Unser Friede, unser Wohlstand hängt unabhinglich davon ab“, sagt Nouripour. Um den Zusammenhalt zu schaffen, müsse aber

auch auf die Sorgen einzelner Partner eingegangen werden. „Es gibt eine mannigfaltige und von mir nachvollziehbare Angst vor Russland – nicht nur im Baltikum. Wenn die Amerikaner dem Baltikum keine Garantien mehr geben wollten, müsste es die EU tun. Dafür brauchen wir eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich“, fordert der Grünen-Politiker. Gleichwohl hat Nouripour die Hoffnung, dass die „ungemein wichtigen“ transatlantischen Beziehungen erhalten bleiben.



© DBP/Actim-Medie

»Die USA sind ein wundervolles Land mit nicht immer einer tollen Regierung, aber einer tollen Gesellschaft.«

„Die Amerikaner haben in ihrer Geschichte schon mehrfach gesagt, sie bräuchten uns nicht. Dann haben sie aber wieder gemerkt, dass das falsch ist“, sagt er. Trump hin oder her: Für Omid Nouripour, der sich als „überzeugten Transatlantiker“ bezeichnet und seinen Fuß schon in 40 der 51 Bundesstaaten gesetzt hat, waren und bleiben die USA ein „wundervolles, großartiges Land mit nicht immer einer

tollen Regierung, aber einer tollen Gesellschaft“. Die Zivilgesellschaft in den USA sei die vitalste auf dem ganzen Planeten. „In vielen Fragen, bei denen wir Grüne Bündnispartner brauchen, finden wir sie in den USA, weil man sich dort mit diesen Themen befassen hat.“ Die Auseinandersetzung um ökologische Fragen stamme aus der Zivilgesellschaft der USA, führt Nouripour als Beleg an. Mag es in den USA auch noch so toll sein – die „schönste Stadt der Welt“ ist laut Nouripour Frankfurt am Main. 1975 im Iran geboren kam Nouripour als 13-Jähriger in die hessische Metropole. Seine Familie hatte schon in den 1970er Jahren dort eine Wohnung gekauft. Dass er Mitte der 1990er Jahre den Schritt in die Politik wagte, hat auch mit Cem Özdemir zu tun, erzählt er. „Als der 1994 in den Bundestag gewählt wurde, ist mir klar geworden, dass man gar nicht blond und blauäugig sein muss, um in Deutschland Politik zu machen.“ Bei den Grünen gelandet ist er im Übrigen unter anderem, weil man ihn dort nicht gefragt hatte, „wo kommst du her“. Immer noch, so freut er sich, spiele bei seiner Partei die Herkunft keine Rolle. Fragt man ihn jetzt, wo er herkommt, lautet die Antwort: Frankfurt. Dort lebt auch seine Familie. „Die schönste Zeit in meinem Leben ist die, die ich mit meiner Familie verbringe“, sagt Nouripour. Und dennoch: „So richtig abspannen kann ich nur, wenn ich auf meinem Hometrainer sitze, laut Frankfurter Rap höre und mit der Eintracht auf der Playstation die Champions League gewinne.“ Götz Hausding ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
23. Dezember 2016

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unangelegte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtsverwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenscheite „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



New Yorker Zeitungsstand am 9. November, dem Tag nach der US-Präsidentenwahl: „Sie sagten, es könne nicht passieren“, titelte die „New York Post“ (rechts) zu Trumps Erfolg.

© picture-alliance/Photoshot

Der unwahrscheinlichste Sieger

DONALD TRUMP Mit Hetze und abseitigen Vorschlägen gewann der neue Präsident bei einer frustrierten Mittelschicht

In den ersten Wochen nach seiner Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat Donald Trump fortgesetzt, was den unglücklichsten Wahlkampf in der US-Geschichte auszeichnet hat. Über Twitter unterbreitete er einen erratischen Vorschlag nach dem anderen. Erst zweifelte er ohne Not die Rechtmäßigkeit der Wahl an, obwohl er doch gewonnen hatte. Dann stellte er aus gegebenem Anlass die Meinungsfreiheit in Frage, unter die in den USA auch das Verbrennen der US-Flagge fällt. Er verkündete mit einem Tweet, dass er sich vollständig aus seinem Geschäftsimperium zurückziehen werde. Schließlich ließ er sich in dem sozialen Netzwerk auch noch über Kabarettisten aus, die sich über ihn lustig machten. Trump und sein Smartphone bildeten eine Symbiose, die viel zu den unerwarteten Wahlsieg des unwahrscheinlichsten aller Präsidentschaftsbewerber beigetragen hat. Das innige Verhältnis will Trump offenbar auch nach der Wahl nicht völlig auflösen. Warum auch? In Trumps eigenen Worten ist Twitter ein hervorragendes Medium, um seine Positionen ungefiltert unter die Leute zu bringen. Ihm folgen bereits fast 17 Millionen Menschen.

»Schwachsinnige Idee« Twitter allein erklärt allerdings nicht den Erfolg des Milliardärs, den das liberale Magazin „The New Yorker“ eine „amerikanische Tragödie“ nennt. Genauer gesagt: Eine Eigenheit des US-Wahlsystems hat dafür gesorgt, dass nicht Hillary Clinton, sondern Donald Trump am 20. Januar den Amtseid als Präsident vor dem Kapitol in Washington ablegen wird. Der Filmemacher Michael Moore spricht von einer „obskuren, schwachsinnigen Idee aus dem 18. Jahrhundert“, die zum Wahlsieg Trumps geführt habe.

Anders als etwa in Österreich wird der Präsident in den USA nicht direkt vom Volk gewählt, sondern von einem Wahlmännergremium, dem „Electoral College“. Je nach Einwohnerzahl hat jeder US-Bundesstaat eine bestimmte Zahl von Stimmen in dem 538-köpfigen Gremium. Kalifornien etwa hat 55 Stimmen, Delaware nur drei. Weil in den meisten Bundesstaaten das Mehrheitswahlrecht gilt, heißt das: Gewinnt ein Kandidat auch nur mit einer Stimme Vorsprung in einem Staat, bekommt er automatisch alle Wahlmännerstimmen zugesprochen – „Winner takes it all“. Am 8. November ist Trump das Unerwartete gelungen. Er hat Staaten wie Pennsylvania, Wisconsin und Michigan gewonnen, die bis zu diesem Zeitpunkt als Hochburgen der Demokraten galten. So kam, was weder professionelle Politikbeobachter noch Demoskopien für möglich gehalten hätten. Trump bekam die Mehrheit im Electoral College, Clinton dagegen die Mehrheit der landesweit abgegebenen Stimmen. Die Ex-Außenministerin dürfte am Ende mit 2,5 Millionen Stimmen vor Trump liegen. Der Bauunternehmer aus New York ist also kein Präsident des Volkes, sondern ein Präsident des Wahlsys-

tems. Aber deswegen wird Trump trotzdem Präsident. Der 70 Jahre alte Donald J. Trump, eine hochgewachsene, bullige Gestalt mit der Frisur eines Mannes, der dem Verlierer eines Haarschneide-Wettbewerbs in die Hände gefallen ist, hat eine Heerschar von Experten, Journalisten, Politikern und professionellen Beobachtern ungläubig gemacht. Als er im Juni 2015 auf der Rolltreppe seines Wohn-Wolkenkratzers an der Fifth Avenue in Manhattan ins Erdgeschoss fuhr, um dort zu verkünden, dass er die feste Absicht habe, Nachfolger von Barack Obama zu werden, war das Gelächter groß. Guter Witz, sagten die Experten. Ein Journalist der „Washington Post“ versprach sogar, er werde die Zeitungseite essen, auf der er Trump in einem Kommentar im Herbst 2015 ein schnelles Scheitern vorhergesagt. Als Trump dann der Kandidat der US-Republikaner wurde, ließ sich Dana Milbank von einem Spitzenkoch ein Menü aus Zeitungspapier kochen und verspeiste es. Trump, dessen Vorfahren aus Deutschland und Schottland stammen, ist ein Kunststück gelungen. Er ist gewissermaßen in das Kostüm eines Robin Hood geschlüpft und hat sich zum Volkstribun erklärt, dessen Rhetorik Millionen von Wählern in den USA erlegen sind. Er war gleichermaßen der „Mittelfinger der republikanischen Basis“ (Kolumnist Chris Cillizza) wie auch der „menschliche Molotow-Cocktail“ (Filmemacher Michael Moore), der aus Wut über die Missstände im Land auf das politische Establishment in Washington geworfen wurde.

Über den ganzen Wahlkampf hinweg – und in gewisser Weise auch über die Wahl-

nacht hinaus – sagte und machte Trump, wonach ihm gerade war. Reflexion ist nicht seine Sache. Er zweifelt nicht an sich. Er bittet nicht um Entschuldigung. Wird er angegriffen, keilt er gnadenlos aus. Beleidigungen erklärt er zu notwendigen Verstößen gegen die „politische Korrektheit“ – ein Begriff, der während des Wahlkampfes von Trumps Anhängerschaft als eine Ursache für den vermeintlichen Niedergang der USA genannt wurde. Trump profitierte von der Verärgerung und der Furcht, die sich vor allem in der weißen Mittelschicht der USA ein Sprachrohr suchte. Viele Menschen haben das Gefühl, von den Eliten in Washington veraltet zu werden. Sie klagen über zu geringe Lohnzuwächse, sie sehen sich im Nachteil gegenüber den Millionen von illegalen Immigranten, sie fühlen sich verraten. Viele US-Amerikaner sind zornig, weil die Regierung von Barack Obama vor knapp acht Jahren auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise Banken und Großunternehmen mit Staatsgeld vor dem Untergang gerettet hat, aber die kleinen Leute nicht davor bewahrt hat, ihre Häuser zu verlieren. Da spielte es keine Rolle mehr, dass Obama die Misere von seinem Vorgänger George W. Bush geerbt hatte. Der erste afro-amerikanische Präsident in der Geschichte der USA wurde im Wahljahr 2016 dafür zur Verantwortung gezogen, dass er nicht erfolgreicher war. Jahrelang hat die populistische Tea-Party-Bewegung dieses Gefühl aufgesogen und

Trump hat gelernt, dass der Schein wichtiger ist als das Sein.

transportiert, allerdings damit wenig Erfolg gehabt. Im Wahlkampf des Jahres 2016 wandten sich immer mehr Anhänger der Tea Party nicht mehr nur gegen US-Präsident Barack Obama. Sie probten auch erfolgreich den Aufstand gegen das republikanische Establishment.

Erfolgreicher Verkäufer Trump wurde darüber zum Sprecher einer tief verunsicherten und frustrierten Gesellschaftsschicht, die den Zwang zur politischen Korrektheit abschütteln wollte und einem Mann ins höchste Staatsamt wählte, der kein Blatt vor den Mund nimmt und vor allem so viel eigenes Geld hat, dass er nicht allzu sehr abhängig ist von Großspendern. Nach der Wahl kündigte er sogar an, er werde auf das Präsidentengehalt verzichten. Das wurde ihm, wie wohl völlig überflüssig, als generöse Geste ausgelegt. Es war ohnehin bemerkenswert, wie unbedeutend der persönliche Reichtum Trumps für seine Anhänger war. Es war für sie unerheblich, dass er quasi mit dem Silberlöffel im Mund zur Welt kam. Keine Rolle spielte auch die Weigerung Trumps, seine Steuererklärungen zu veröffentlichen. Das war Pflicht für Kandidaten in den Wahlkämpfen der Vergangenheit. In diesem Jahr aber nicht. Im Gegenteil sogar: Je mehr sich Berichte über Trumps Steuerakrobatik und über seine Misserfolge im Business häuften, desto enger rückten die Anhänger des Geschäftsmannes zusammen.

Das Trump-Lager verzicht seinem Kandidaten jeden Affront. Trump konnte Frauen beleidigen, er konnte von ihnen als „fettes Schweinen“ und „ekelhaften Tieren“ reden, er konnte gegen Einwanderer hetzen, er konnte sie als Mörder und Vergewaltiger bezeichnen. Ein Video, in dem Trump frauenfeindliche Bemerkungen machte, störte die Wähler, aber auch die Wählerinnen des Immobilienmagnaten ebenso wenig wie die Vorwürfe von einem Dutzend Frauen, sie seien von Trump sexuell belästigt worden. „Auch wenn er nicht gewinnen sollte, so bringt er doch anderen Politikern bei, keine Politiker mehr zu sein“, fasste eine pensionierte Lehrerin ihre Faszination im August 2015 zusammen. Der Trumpismus, eine Mischung aus Hetze, Verschwörungstheorie, Inhaltsleere und Fremdenfeindlichkeit, hat am 8. November gesiegt. Trump gerierte sich in der Politik als ebenso erfolgreicher Verkäufer wie im Immobilienbusiness. Schon vor fast 40 Jahren sagte der US-Architekt Der Scutt ehrfurchtsvoll über den damals noch jungen Trump: „Dieser Donald, der könnte den Arabern Sand verkaufen.“ Dieses Talent hat Trump nicht verloren, auch wenn er selbst überrascht gewesen sein dürfte, dass ihm der Wahlsieg gelungen ist. Wäre Trump nicht erst Immobilienmagnat, dann Anti-Politiker und schließlich designierter US-Präsident ge-

worden, er würde auf jedem Krämermarkt mit Erfolg Gurkenhobel verkaufen können. Er konnte wie kein Zweiter aus der Reihe der insgesamt 17 republikanischen Präsidentschaftsbewerber viel sagen, ohne eine klare Aussage zu machen. Sein politisches Programm erschöpfte sich in dem Satz: „Die Regierung ist inkompetent, aber ich bin ein großartiger Manager.“ Das sollte einfach heißen: Ich muss es machen, denn nur ich kann es machen. Und die Wähler glaubten es. Kein Vorschlag ihres Idols schien ihnen abseitig. Trump musste bei Wahlveranstaltungen nur einen Satz beginnen. Die Masse vervollständigte ihn wie ein Chor, der einem Vorsänger antwortet. „Mexiko“, brüllten seine Anhänger, wenn Trump fragte, wer für den Bau einer Mauer an der Grenze bezahlen werde. Sie klatschten Beifall, wenn der Bauunternehmer versprach, er werde die illegalen Einwanderer aus dem Land schaffen, die Handelsabkommen neu verhandeln, die ins Ausland verlagerten Arbeitsplätze wieder nach Hause bringen. Sie jubelten, wenn Trump sagte, er werde Amerika wieder großartig, stark und mächtig machen. Viele dieser Veranstaltungen glichen Massentreffen von bekennenden Realitätsverweigerern.

Marke Trump Es half auch nichts, dass das liberale Amerika zum Gegenangriff blies. Trump, so das normalerweise sehr zurückhaltende Magazin „The Atlantic“, sei eine Krämerseele, die Verschwörungstheorien verbreite, ein entsetzlicher Sexist, erratisch, xenophob, ein Bewunderer autoritärer Herrscher, leicht reizbar, ein Feind des fakten-basierten Diskurses. Diese Kritik wirkte jedoch in der Rückschau eher kontraproduktiv. Jeder Angriff der Gegenseite bestätigte die im Trump-Lager tief verankerte Überzeugung, dass das politische Establishment nur zurückschlägt, um sich seine Pfründe zu sichern. Hillary Clinton galt als Mustervertreterin einer politischen Klasse, für die andere Regeln gelten als für Joe Six-pack und seine Familie. Dass Lügen und falsche Beschuldigungen dabei im Spiel waren, ist unerheblich gewesen. Wahrheiten waren nicht gefragt, sie störten nur. Als langjähriger Moderator der Reality-TV-Show „The Apprentice“ hat Trump gelernt, dass der Schein wichtiger ist als das Sein. Das Fernsehen hat den designierten Präsidenten der USA zu einer weltweit bekannten Marke gemacht, die dem Trump-Clan auch in der Zukunft geldwerte Vorteile bringen dürfte. Noch ist unklar, ob es Trump gelingen wird, von einem Politik-Darsteller zu einem realen Politiker zu werden, den es braucht, um ein Land wie die USA zu regieren. Das Getwitter, von dem Trump auch nach dem Wahlsieg nicht abgelassen hat, lässt eher vermuten, dass sich der künftige „Leader of the Free World“ in Stillfragen kaum ändern wird. Warum auch? In Trumps Augen hat sich der Erfolg eingestellt.

Damir Fras

Der Autor ist US-Korrespondent der DuMont-Zeitungsgruppe.

BIOGRAPHIE

14. Juni 1946 Donald John Trump wird in New York City als viertes von fünf Kindern eines Immobilienunternehmers geboren. Seine Mutter stammte aus Schottland, die Familie seines zum Multimillionär gewordenen Vaters aus Deutschland.

1964 bis 1968 Studium der Wirtschaftswissenschaften

1968 Trump tritt in das väterliche Unternehmen ein, dessen Leitung er 1971 übernimmt. 1974 erfolgt die Umfirmierung in „The Trump Organization LLC“.

1977 Heirat mit dem Fotomodell Ivana Zelnickova. Aus der 1991 geschiedenen Ehe gehen Donald jr. (geboren 1977), Ivanka (1981) und Eric (1984) hervor.

1983 Bau des 202 Meter hohen „Trump-Tower“ an der Fifth Avenue in Manhattan

1990/91 Einbruch der Baukonjunktur, Neustrukturierung der Holding. 1995 folgt die Konzentration der Hotel- und Casino-Beteiligungen in der Holding „Trump Hotels & Casino Resorts Inc.“

1993 Geburt von Tochter Tiffany und Heirat mit deren Mutter, der Schauspielerin Maria Maples. 1999 Scheidung

2001 Fertigstellung des 262 Meter hohen „Trump World Tower“ in Manhattan.

2004 Trump tritt als CEO bei der Kasino-Holding zurück; Insolvenz.

2004 bis 2015 Produktion und Ko-Moderation der TV-Serie „The Apprentice“

2005 Trump heiratet das 1970 geborene Model Melania Knauss, 2006 wird Sohn Barron geboren.

2009 Antrag auf Gläubigerschutz der „Trump Entertainment Resorts Inc“

Juni 2015 Trump kündigt seine Bewerbung als Kandidat der Republikaner für die US-Präsidentenwahl 2016 an.

Februar bis Mai 2016 Bei den Vorwahlen der Republikaner schlägt Trump alle Mitbewerber aus dem Rennen; im Juli wird er auf einem Parteitag offiziell als Kandidat der Republikaner nominiert.

8. November 2016 Bei der Wahl des US-Präsidenten setzt sich Trump gegen die Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, durch.

sto



10. November 2016: US-Präsident Barack Obama (rechts) empfängt seinen gewählten Nachfolger Donald Trump im Oval Office des Weißen Hauses.

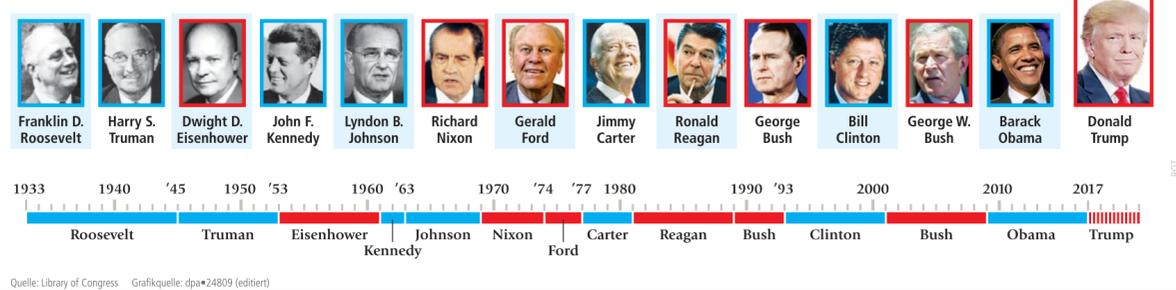
© picture-alliance/newscom



Die Vereinigten Staaten

★ Politik ★ Wirtschaft

Die US-Präsidenten seit 1933



Donald Trumps Kabinett

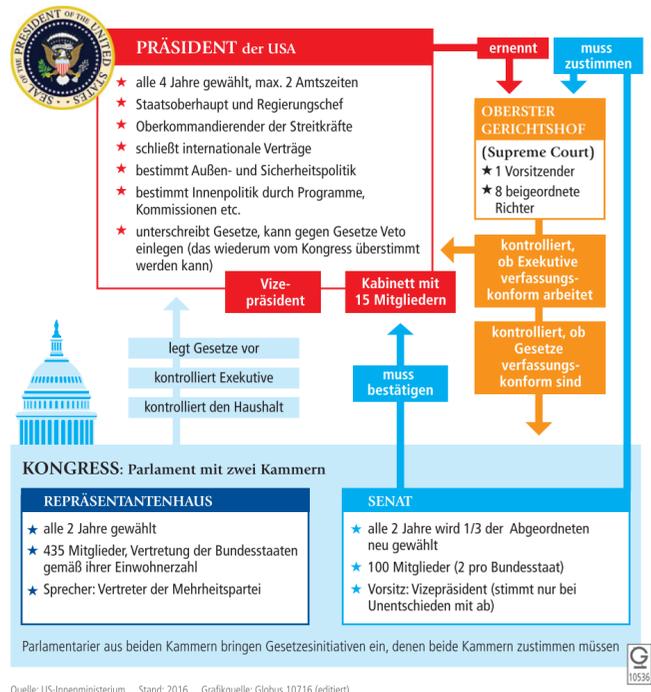
Das Kabinett besteht aus 15 Ministern und weiteren wichtigen Führungsbeamten der US-Regierung. Sie stehen dem Präsidenten in beratender Funktion zur Seite. Die wichtigsten Posten im Überblick:

- ★ benötigt Zustimmung des Senats
- ☆ keine Zustimmung des Senats nötig

Vize-Präsident Mike Pence konservativ, präsentiert sich volksnah, gute Parteikontakte	Innenminister Ryan Zinke studierter Geologe, will Regulierungen abschaffen
Außenminister Rex Tillerson Multimillionär, Präsident des Ölkonzerns ExxonMobil	CIA-Direktor Mike Pompeo Anhänger der Tea Party, enger Vertrauter des Vize-Präsidenten
Finanzminister Steven Mnuchin ehem. Investmentbanker u. Wall-Street-Insider	Justizminister Jeff Sessions konservativ, gegen Einwanderung, bezweifelt Klimawandel
Verteidigungsminister James Mattis pensionierter Vier-Sterne-General, genannt „Mad Dog“	Leiter Umweltbehörde EPA Scott Pruitt bestreitet Klimawandel, Vertrauter der Kohle-/Ölindustrie
Heimatschutzminister John Kelly ehem. General, oft als „Falke der Grenz-sicherung“ beschrieben	Arbeitsminister Andrew Puzder Unternehmer, gegen Regulierungen und Mindestlohn
Handelsminister Wilbur Ross Milliardär, Banker, will Steuern senken u. Infrastruktur verbessern	Stabschef im Weißen Haus Reince Priebus Anwalt, bisheriger Parteichef der Republikaner
Gesundheitsminister Tom Price Kritiker von Obamas Gesundheitsreform	Energieminister Rick Perry Ex-Gouverneur von Texas, strebt Energie-Unabhängigkeit an
Verkehrsmministerin Elaine Chao Arbeitsministerin unter George W. Bush	Nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn Russland-nah, gegen Einwanderung von Muslimen
Erziehungsmministerin Betsy DeVos Bildungsaktivistin, gegen staatl. Finanzierung von Schulen	Wohnungsbau u. Stadtentwicl. Ben Carson ehemaliger Neurochirurg, für Reduzierung d. Sozialstaats
Geheimdienstdirektor im Gespräch u. a. Ex-CIA-Chef David Petraeus, Michael Rogers	Chefstrategie und Berater Stephen Bannon ehemals Publizist, Trumps Wahlkampf-Manager

Quelle: whitehouse.gov, dpa Stand: aktuellster verfügbarer Grafikquelle: dpa*24957

Das politische System der USA



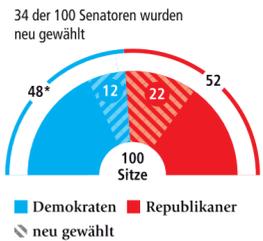
Der US-Kongress

Sitzverteilungen in Repräsentantenhaus und Senat nach den Wahlen vom 8. November

Das Repräsentantenhaus



Der Senat



Der US-Präsident als Oberkommandierender

Der Präsident der USA ist nicht nur der mächtigste Staatschef der Welt, er ist außerdem Oberkommandierender der US-Streitkräfte. So kann er in eigener Entscheidung Truppen in einen Krieg schicken und muss erst nach 90 Tagen dem Parlament Rechenschaft darüber ablegen.

Atomstreitkräfte USSTRATCOM	Heer US Army	Marine US Navy	Marineinfanterie US Marine Corps	Luftwaffe US Air Force	Spezialeinheiten USSOCOM
90 Bomber	490.000 Soldaten	323.600 Soldaten	184.100 Soldaten	313.000 Soldaten	63.150 Soldaten
450 ICBMs*	2.384 Kampfpanzer	57 U-Boote	447 Kampfpanzer	139** Bomber	27 Kampfflugzeuge
15 Atom-U-Boote	1.207 Flugabwehrsysteme	10 Flugzeugträger	418 Kampfflugzeuge	1.304 Kampfflugzeuge	109 Drohnen
	730 Kampfhubschrauber	22 Kreuzer	156 Kampfhubschrauber	94 Aufklärungsflugzeuge	
	346 Drohnen	62 Zerstörer		über 339 Drohnen	
		904 Kampfflugzeuge			

*Interkontinentalraketen
**inkl. Bomber der Atomstreitkräfte

Quelle: The Military Balance 2016, dpa Grafikquelle: dpa*24866 (ediert)



Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses lauschen im Januar 2016 Präsident Obamas letzter »State of the Union«-Rede. Nun ist es an Donald Trump, die gewählten Volksvertreter von seiner Agenda zu überzeugen.

© picture-alliance/AA

Komfortable Ausgangslage

PARLAMENTARISMUS Weißes Haus und Kongress sind in der Hand der Republikaner. Durchregieren geht aber nicht

Es gab Zeiten im vergangenen Wahlkampf, da hatten die Demokraten ganz große Hoffnungen: Nicht nur sahen sie Hillary Clinton schon im Weißen Haus, auch im Senat wollten sie nach zwei Jahren in der Minderheit wieder das Ruder übernehmen. Und mancher träumte – als Donald Trumps Skandale und Fehlritte im Spätsommer Schlag auf Schlag folgten – schon davon, auch das Repräsentantenhaus, wo die Republikaner seit 2010 den Ton angeben, erneut unter Kontrolle der Demokraten zu bringen. Es wären perfekte Startbedingungen für Präsidentin Clinton gewesen.

Es kam anders. Statt im Weißen Haus und in den Büros der Mehrheitsführer im Senat und Repräsentantenhaus müssen sich die Demokraten nun in der „Political Wilderness“, der politischen Wildnis, einrichten. Auf nationaler Ebene geben künftig die Republikaner komplett den Ton an. Im Repräsentantenhaus musste die „Grand Old Party“ zwar leichte Verluste einstecken: Mit 241 Sitzen ist die Mehrheit (218 Sitze) aber noch sehr komfortabel. Die Demokraten haben 194 Sitze. Im Senat halten die Konservativen mit 52 Senatoren eine Mehrheit. 46 Senatoren sind Demokraten. Zwei weitere sind offiziell Unabhängige, machen aber mit den Demokraten gemeinsame Sache – darunter Bernie Sanders, der Herausforderer von Clinton im Vorwahlkampf. Kann Präsident Donald Trump also durchregieren? Rein systemisch gesehen ist das nicht vorgesehen oder gewollt. Das politische System setzt auf „Checks & Balances“, das Regieren soll kompliziert, Macht verstrickt sein. Der Präsident hat zwar in der Außenpolitik relativ viele Freiheiten und kann – bis auf den unwahrscheinlichen und komplizierten Fall einer Amtsenthebung – nicht abberufen werden. Umgekehrt kann der Präsident formell kein Gesetz einbringen und so die parlamentarische Agenda setzen. Dafür braucht er im Kongress einen Verbündeten.

Die magische Zahl Aber auch der Kongress selbst ist komplex. Gesetze müssen von zwei Kammern verabschiedet werden. Repräsentantenhaus und Senat unterscheiden sich dabei in Hinblick auf Legislaturperioden, Wählerschaft und Verfahren. Die 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses müssen sich alle zwei Jahre den Wählern

in ihren Wahlbezirken stellen. Es herrscht quasi permanenter Wahlkampf, auch wenn viele Sitze nicht zwischen den Parteien, sondern maximal während der Vorwahlen innerhalb der Parteien umstritten sind. Ein Grund dafür ist der parteiische Zuschnitt von Wahlbezirken („Gerrymandering“). Die Wahlperiode der 100 Senatoren, zwei pro Bundesstaat, dauert sechs Jahre. Es wird versetzt gewählt, sodass alle zwei Jahre ein Drittel des Senats zur Wahl steht. Und dann gibt es noch die Regeln: Während das Repräsentantenhaus auf die simple Mehrheit setzt, 218 Stimmen reichen, um zu arbeiten, ist die Lage im Senat komplizierter. Dort ist bei strittigen Themen häufig 60 die magische Zahl. So viele Stimmen braucht es, um eine Debatte zu einem Punkt für beendet zu erklären, um überhaupt über die Sache abstimmen zu können. Einfach ist anders.

In den USA soll das Regieren kompliziert und Macht verstrickt sein.

„Der Kongress kann arbeiten, wenn er es will. Aber der Kongress kann auch sehr dysfunktional sein, wenn er es nicht will“, sagt Molly Reynolds von der Brookings Institution, einer Washingtoner Denkfabrik mit Neigung zum politischen Spektrum der Demokraten. In den vergangenen Jahren habe die Legislative zur Dysfunktionalität geneigt. Das war teils Kalkül: Die Republikaner nutzten die parlamentarischen Instrumente, um Präsident Barack Obama das legislative Leben schwer zu machen. Die Anti-Obama-Strategie zeigte bis zuletzt Wirkung: Der Senat verweigerte Obama seit März 2016 eine Anhörung für seinen Kandidaten für den vakanten Sitz am Obersten Gerichtshof. Nun kann Trump einen Kandidaten nominieren.

Unkonventionelle Ansätze Ob Trump in seiner Amtszeit auf die Unterstützung der Republikaner im Kongress zählen kann, hängt laut Reynolds vom jeweiligen Thema ab: „Bei manchen Dingen wie etwa Steuererhöhungen besteht zwischen Trump und den Republikanern im Kongress Einigkeit darüber, sie anzugehen.“ Konkretes müsste noch ausgearbeitet werden. Spannender könnte es bei Themen werden, bei denen Trump einen im Vergleich zur konservativen Dogmatik der Republikaner unkonventionellen Ansatz vertritt oder gar keine wirkliche Priorität setzt. Ein Beispiel: Der Umgang mit Obamas Gesundheitsreform (siehe Beitrag rechts unten), bei der Trump von seiner Maximalkritik zumindest rhetorisch schon Abstand genommen hat. Das Thema könnte bei den Republikanern im Kongress als Spaltplatz wirken. Reynolds verweist darauf, dass etwa der „Freedom Caucus“, eine Gruppe von besonders radikalen Konservativen, auf eine zügige Abwicklung der damit verbundenen Programme setzt. Andere Republikaner favorisieren

längere Übergangszeiten, auch weil noch keine Alternative absehbar ist. Konflikte zwischen Konservativen und Noch-Konservativen prägen die Fraktion im Repräsentantenhaus schon in den vergangenen Jahren. Auch die von Trump angekündigten Investitionen in die Infrastruktur der Vereinigten Staaten könnten gerade den „Defizit-Falken“ bei den Republikanern sauer aufstoßen, sprechen sie sich doch gegen überbordende Staatsausgaben aus. Das müsse es aber nicht zwangsläufig, denn die Kontrolle über den Kongress und das Weiße Haus könne solche Differenzen über-

Große Pläne, viele Fallen

GESUNDHEIT Versicherungsbörsen stecken in der Krise. Einzelne US-Staaten blockieren Obamas Gesundheitsreform

Deke Dickerson war überglücklich, als 2010 der Affordable Care Act – die nationale Gesundheitsreform der Obama-Regierung – vom US-Kongress verabschiedet wurde. Der 52 Jahre alte Musiker aus Kalifornien konnte nun auf dem freien Markt eine Krankenversicherung erwerben – angesichts seiner Diabetes bislang eine Unmöglichkeit. Dickerson war einer von rund 20 Millionen unversicherten Amerikanern, für die durch die historische Reform ein Gesundheitsschutz möglich wurde. Die Rate der Unversicherten in den USA ist seither auf einem historischen Tiefstand. Experten sind sich einig, dass die Gesundheitsreform ein Erfolg ist. So sagt Jennifer Pomeranz, Dekanin des Fachbereichs für Gesundheitspolitik an der New York University: „Obamacare funktioniert.“ Dennoch ist die Kritik weiter groß. So bezeichnete der designierte US-Präsident Donald Trump „Obamacare“ wiederholt als „komplettes Desaster“. Sein bestellter Gesundheitsminister Tom Price gehörte im Kongress zu den erbittertesten Gegnern des Gesetzes und kündigte an, wesentliche Aspekte der Reform rückgängig zu machen. Die Kritik ist nicht gänzlich aus der Luft gegriffen. Tatsächlich mehren sich die Anzeichen dafür, dass Obamacare mit Problemen zu kämpfen hat. So schrieb selbst der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, Paul Krugman, einer der eifrigsten Befürworter der Reform, jüngst in der „New York Times“, dass „Obamacare in ein Schlagloch gerauscht“ sei.

Versicherungsbörsen Zentrales Element des Affordable Care Act sind Versicherungsbörsen der Einzelstaaten. Die Versicherungsgesellschaften waren dazu angehalten, günstige Produkte für diese Börsen zu entwickeln. Auf den staatlichen Webseiten konnten Bürger diese Policen dann vergleichen und auswählen. Für bestimmte Einkommensgruppen waren staatliche Zuschüsse verfügbar. Der Wettbewerb der Produkte sollte zusätzlich die Preise drücken. Doch in ihrer vierten Saison stecken die

Börsen in der Krise. Mehr als 75 Prozent dieser Versicherungen schreiben Verluste. Die Versicherungsbranche verlor 2014 durch die Obamacare-Policen 2,7 Milliarden Dollar, 2015 war die Summe fast doppelt so groß. Für 2017 haben einige große Versicherer den Ausstieg angekündigt, andere erwägen drastische Prämienhöhungen. Das größte Problem: Nicht genügend Bürger beteiligen sich daran. Nur zwölf Millionen Amerikaner haben eine Versicherung über die Obamacare-Börse abgeschlossen – zu wenige, um das Programm für die Versicherer profitabel zu machen. Hinzu kommt, dass die Obamacare-Versicherten die Verluste für die Unternehmen in die Höhe treiben. Es sind vorwiegend ältere und kranke Menschen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen. Junge Leute, die wenige Leistungen benötigen, ziehen es häufig vor, sich gar nicht zu versichern und stattdessen die milden Strafgebühren zu zahlen, die für Nichtversicherte anfallen. Freunde der Reform wie Pomeranz erkennen diese Probleme an. „Die wachsenden

tünchen, meint Reynolds. Manch ein Prinzipienreiter könnte einklinken. Ganz ohne Demokraten wird es allerdings nicht gehen. 52 Sitze im Senat sind zwar eine Mehrheit, aber wenn die Demokraten wollten, könnten sie vieles blockieren. Obstruktion könnte bei manchen Themen eine Möglichkeit sein, bei anderen seien Kompromisse zu erwarten, prognostiziert die Kongress-Expertin. Denn die Wahlen von 2018 werfen ihre Schatten voraus. Mancher Senator der Demokraten steht dann in einem Bundesstaat zur Wiederwahl, den Trump gerade erst gewonnen

hat. Komplette gegen Trump zu arbeiten, könnte sich am Wahltag rächen. Diese Überlegungen setzten aber eine halbwegs normale Präsidentschaft voraus. Wenn Trump zu einem Nixon-ähnlichen Alptraum würde, dann könnte die Kontrollfunktion des Kongresses im Mittelpunkt stehen, mal ganz abgesehen von der Möglichkeit der Amtsenthebung. Ausschüsse haben die Möglichkeit, sich intensiv und öffentlichkeitswirksam mit Fehlverhalten der Administration auseinanderzusetzen, Gesetze könnten das Handeln von Trump und seinem Team einschränken. Und der



USA-Problem: Übergewicht und Diabetes

Kongress hat die Budgethoheit – „the power of the purse“. Im Zweifel wird der Geldhahn zugedreht. Ein erstes Schlaglicht auf dieses Potenzial wirft die Debatte um den Einfluss Russlands auf die Wahl. Während Trump die Vorwürfe von CIA und FBI zur Seite wischt, fordern Republikaner im Kongress Untersuchungen. Generell sehe sie aber nicht, dass die Republikaner im Kongress schon in diese Richtungen gehen würden, sagt Reynolds. Auch hier gelte: „Es gibt viele Wege, wie der Kongress die Exekutive kontrollieren kann. Er muss es aber wollen.“

Sören Christian Reimer

„Der Kongress kann arbeiten, wenn er es will. Aber der Kongress kann auch sehr dysfunktional sein, wenn er es nicht will“, sagt Molly Reynolds von der Brookings Institution, einer Washingtoner Denkfabrik mit Neigung zum politischen Spektrum der Demokraten. In den vergangenen Jahren habe die Legislative zur Dysfunktionalität geneigt. Das war teils Kalkül: Die Republikaner nutzten die parlamentarischen Instrumente, um Präsident Barack Obama das legislative Leben schwer zu machen. Die Anti-Obama-Strategie zeigte bis zuletzt Wirkung: Der Senat verweigerte Obama seit März 2016 eine Anhörung für seinen Kandidaten für den vakanten Sitz am Obersten Gerichtshof. Nun kann Trump einen Kandidaten nominieren.

Sören Christian Reimer

Prämien und der Ausstieg zahlreicher Versicherungen ist zweifellos ein Problem“, sagt Pomeranz. Sie weist aber darauf hin, dass in Staaten, die Obamacare voll umgesetzt haben, das System gesund ist. „Wir verzeichnen im Grunde eine Spaltung zwischen den demokratisch und republikanisch geführten Staaten.“ Tatsächlich sei in den Staaten, wo die Regierung kooperiert, die Rate der Unversicherten gesunken, die Börsen funktionierten, und die Indikatoren der Volksgesundheit hätten sich drastisch verbessert. In anderen Staaten verhindern ideologisch motivierte Obstruktion den Erfolg. „Für mich ist dieser Widerstand der Hauptgrund dafür, dass das Ziel einer universellen Versorgung bislang nicht erreicht werden konnte“, sagt Pomeranz.

Gerichtliche Vorgaben Den meisten Sand ins Getriebe der Gesundheitsreform streute 2012 eine Verfassungsklage des Verbandes unabhängiger Betriebe gegen den Affordable Care Act. Das Gericht schmetterte zwar die Klage ab, welche die universelle Pflichtversicherung als verfassungswidrig erklärt haben wollte. Doch das Gericht ließ die Einzelstaaten, an einem zentralen Aspekt des Gesetzes – der sogenannten „Medicaid Expansion“ – teilzunehmen oder eben nicht. Medicaid ist ein staatliches Programm zur Gesundheitsversorgung der ärmeren Bevölkerung, das seit 1965 in Kraft ist. Obamas Gesetz sah die Ausweitung des Programms auf weitere Bevölkerungsteile vor. Das Verfassungsgericht untersagte dem Bund, jenen Staaten, welche die Erweiterung von Medicaid nicht umsetzen, die Mittel für das existierende Programm zu streichen. Einer der Staaten, der sich weigerte, Medicaid zu erweitern, war Mississippi. Mittlerweile gilt Mississippi – der ärmste Staat der USA – als Musterbeispiel für das Scheitern von Obamacare. In Mississippi sind seit der Einführung der Reform weniger Menschen versichert als vorher. Der Staat, dessen Gouverneur sich der Tea Party zurechnet, hat nicht nur die Erweiterung von Me-

dicaid abgelehnt, sondern auch den Aufbau der staatlichen Versicherungsbörse verschleppt. Zudem wurden Bundesmittel zur Prämienbeihilfe für Versicherte mit niedrigen Einkünften abgelehnt. Ergebnis: Die Indikatoren der Volksgesundheit in Mississippi sind verheerend, die Krankenhäuser stecken in finanziellen Schwierigkeiten. Warum die politischen Verantwortlichen in einem Staat wie Mississippi es schaffen, dieses Scheitern von Obamacare auf das Bundesgesetz zu schieben, obwohl sie es selbst verschulden, ist für Pomeranz ein Rätsel: „Die Menschen sind zurecht zornig, aber sie verstehen nicht, dass es ihre eigene Staatsregierung ist, die diese Entscheidungen getroffen hat und nicht Washington.“ Für Pomeranz, Krugman oder auch Hillary Clinton liegt die Lösung in der Ausweitung von Obamacare, nicht in der Abschaffung. Zuletzt war aus dem Trump-Lager zu hören, dass er einige Aspekte von Obamacare beibehalten möchte, die Möglichkeit etwa, für Personen mit Vorerkrankungen wie Deke Dickerson, Versicherung zu erwerben. Allerdings würden solche Menschen in sogenannten „High-Risk“-Pools zusammengefasst. Diese Pools würden zwar vom Bund subventioniert. Dennoch wäre mit deutlichen Prämienhöhungen zu rechnen. Pomeranz ist skeptisch: „Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wie das finanzierbar sein soll, wenn man gleichzeitig die Pflichtversicherung aufhebt.“ Dickerson macht das alles ebenfalls große Sorgen: „Ich habe Angst davor, was da auf uns zu kommt.“ Die Angst ist gerechtfertigt. So sagte Timothy Jost, Experte für Gesundheitspolitik an der Washington University zu den Plänen des designierten Gesundheitsministers Price: „Sie werden den Leuten am wenigsten helfen, die Trump gewählt haben – der Arbeiterschicht.“ Dickerson hat zwar nicht Trump gewählt. Doch als Niedrigverdiener wird auch er vermutlich zu den Verlierern der reformierten Reform zählen.

Sebastian Moll

Der Autor ist Journalist in New York.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Ich bin im Moment angepisst!“, wütete Dave McClure, der Start-Up-Förderer und Silicon-Valley-Investor, aufgebracht von der Bühne, und er verlangte von seinen Zuhörern beim Web-Gipfel am 9. November ähnliche Emotionen: „Was ist mit euch nicht in Ordnung, wenn ihr nicht auch angepisst seid? Was ist, verdammt noch mal, mit euch nicht in Ordnung?“

Klatschend und johlend signalisierten die Anwesenden im portugiesischen Lissabon dem 50-jährigen High-Tech-Unternehmer und PayPal-Mitbegründer, dass sie über den Sieg von Donald Trump bei der Präsidentschaftswahl am Vorabend in den USA ähnlich entsetzt seien.

Aber vielleicht haben sie es einfach nicht besser verdient? In diesem Wahljahr war das Silicon Valley nicht das Silicon Valley: Die Mutter aller Labore, sonst stets unkonventionell und auf Neues versessen, boykottierte bei den Präsidentschaftswahlen das Experimentelle nach besten Möglichkeiten. Nicht dass die ältliche Hillary Clinton der Traum der Computer-Nerds und Unternehmensgründer gewesen wäre. Doch Trump, so ihr Konsens, dürfe auf keinen Fall ins Weiße Haus.

Nun sind die 55,7 Millionen Dollar, die aus der Kommunikations- und Elektronik-Industrie in Clintons Wahlkampfkasse flossen, schlicht verbrannt. Die Geldgeber aus der amerikanischen Internet- und High-Tech-Industrie hatten sich verkalkuliert.

Nur einer für Trump Der einzige nennenswerte Trump-Unterstützer aus diesem Milieu, der deutsch-amerikanische PayPal-Gründer und Milliardär Peter Thiel, dürfte hingegen seine Spende in Höhe von 1,25 Millionen Dollar an den künftigen Präsidenten als kluge Investition ansehen. Seit über einem Jahrhundert ist die prosperierende San-Francisco-Bay-Region mit dem Silicon Valley der Brutkasten für revolutionäre Erfindungen. Die Erfolgsgeschichte begann 1891 mit der Eröffnung der Stanford University, gestiftet vom Eisenbahn-Tycoon und Ex-Gouverneur Leland Stanford und seiner Frau Jane. Die Universität in Palo Alto, damals recht abgelegen, aber heute nur eine halbe Autostunde von San Francisco entfernt, trägt bemerkenswerterweise im Wappen das (von Ulrich von Hutten entlehnte) deutschsprachige Motto „Die Luft der Freiheit weht“. Stanford sollte den Kindern der Pioniere im Westen eine Alternative zu den Elitehochschulen des Establishments an der Ostküste bieten.

Die erste Kombination aus bahnbrechender Erfindung und kluger Investition in jener Region wird auf das Jahr 1909 datiert, als der damalige Universitäts-Präsident David Starr Jordan die Arbeit des Erfinders Lee de Forest finanzierte. Dessen Vakuumröhren, produziert in Palo Alto, ermöglichten die Entwicklung von Telefon- und Radiotechnik.

Das war der Grundstein. Bald nachdem der Erfinder der Transistoren und spätere Nobelpreisträger William Shockley 1956 seine revolutionären Halbleiter entwickelt hatte, erhielt die Gegend den Spitznamen Silicon Valley, entlehnt von dem für die Mikroelektronik unverzichtbaren Halbmetall Silizium.

Shockley hatte sich mit seiner Firma übrigens in Mountain View eingerichtet, heute Sitz von Google. Der Genius loci ist geblieben. Adobe, Apple, Cisco, eBay, Hewlett Packard, Netflix, Oracle, Tesla und Yahoo sind weitere Silicon-Valley-Marken des digitalen Zeitalters mit weltweitem Wiedererkennungswert. Hinzu kommen etwa 500 Start-Up-Firmen. Schon die Adresse bedeutet bares Geld: Unternehmen im Silicon Valley sind bis zu zehnfach so viel wert wie vergleichbare Wettbewerber fernab des Tals.

Im Tal der Kreativen

FORTSCHRITT Das Silicon Valley ist schon seit einem Jahrhundert Ideenschmiede



Google entwickelt im Herzen von Silicon Valley, in Mountain View, Prototypen von selbstfahrenden Autos.

© picture-alliance/AP Photo

„Es ist okay zu scheitern.“ So beschreibt William F. Miller, Computerwissenschaftler, Atomphysiker und ehemaliger Vizepräsident der Stanford University, das Geheimnis von Silicon Valley. Werde andernorts ein Bankrott als Beleg dafür genommen, „dass ein Unternehmer nichts taugt, wird bei uns gesagt: Toll, er hat es probiert, er hat Mut. Also, bitte noch einmal“, sagt der 91-jährige Miller. Venture-Capital-Investoren und Kreative versammeln sich in einer attraktiven Regi-

on zwischen Pazifikküste und Weinbergen, und sie adoptieren die Philosophie der zweiten oder dritten Chance nach einem Scheitern – ist das der simple Algorithmus des Silicon Valley?

Ein zusätzlicher Erfolgsfaktor kommt hinzu, mit dem in der Region nicht mehr so gern geprahlt wird: Pentagon, Geheimdienste und andere Regierungsstellen haben vor allem in der Startphase enorme Summen investiert. Das begann 1957 mit dem „Sputnik-Schock“, ausgelöst durch

den ersten sowjetischen Satelliten in der Erdumlaufbahn. Washington wollte den Technologievorsprung der Kommunisten ausgleichen. Die von Shockley gegründete Firma Fairchild erhielt großzügige Entwicklungsbudgets von der Air Force und der eilig gegründeten Nasa. Gordon Moore und Robert Noyce, zwei Ex-Mitarbeiter von Shockley, gründeten kurz darauf die Chip-Fabrik Intel. Der Auslandsgeheimdienst NSA prahlte gern, der größte Arbeitgeber für Mathema-

tiker in den USA zu sein. Der Inlandsgeheimdienst CIA gründete die Venture-Capital-Firma In-Q-Tel – benannt nach Q, dem genialischen Entwickler aus den James-Bond-Filmen. In-Q-Tel investiert in für Geheimdienste interessante Firmen Beträge von 500.000 bis zwei Millionen Dollar, berichtete die „Washington Post“ 2005 über das ansonsten nicht sehr transparente Geschäftsmodell. Pro investierten Dollar fließen elf bis 15 Dollar zurück – da kann sich sogar der Steuerzahler freuen.

Im Laufe der Jahrzehnte ist der Anteil der US-Behörden und Dienste an den Investitionen in die Silicon-Valley-Firmen massiv geschrumpft. Private Investoren übernahmen den Part. Und dann kam es zu einer Art Scheidung zwischen flippigen Internet-Nerds und professionellen Schlapphüten. Im Juni 2012 war noch alles gut, als sich in Las Vegas Computer-Hacker und Sicherheitsexperten zur jährlichen Black-Hat-Konferenz trafen. Ein Redner war der damalige Chef der NSA (National Security Agency), Keith Alexander. Der Vier-Sterne-General hatte die Uniform daheim gelassen und lud in T-Shirt und Blue Jeans zur Karriere bei seinem Geheimdienst ein: „Wir brauchen euch!“ Im Juli 2013 besuchte Alexander erneut die Black-Hat-Konferenz. Diesmal trug er sein Militärhemd, und er warb nicht um Mitarbeiter, sondern wie ein Angeklagter um mildernde Umstände. Es gehe um die Verteidigung der Nation gegen den Terrorismus, sagte er. „Lügner!“, schrien Zuhörer, er solle mal die Verfassung lesen. Als der Ober-Spion von der Bühne ging, hatte das etwas von Sündenfall und der Vertreibung aus dem Paradies.

Kungeln mit Geheimdienst Wochen zuvor hatte Edward Snowden das Ausmaß der Kooperation zwischen Industrie und Nachrichtendiensten enthüllt. In Top-Secret-Programmen halfen die amerikanischen Internet-Riesen der NSA willig, Daten über Telefonate und die Email-Kommunikation ihrer Kunden zu speichern. Amerikas Internet-Wirtschaft büßte dafür. Brasilien, dessen damalige Präsidentin wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am Telefon abgehört wurde, kündigte Aufträge für Microsoft und vereinbarte zudem mit der Europäischen Union die Verlegung eigener Unterseekabel nach Portugal, weil man der amerikanischen Infrastruktur nicht mehr vertraute. Ausländische Konkurrenten jagten den stets übermächtigen US-Konzernen durch Hinweis auf ihre eigene Diskretion Marktanteile ab.

Inzwischen demonstrieren die Konzerne Distanz gegenüber dem Staat. Google, Microsoft und Twitter veröffentlichten Reports über den Zugriff der Behörden auf ihre Daten. Es kam zu Klagen gegen die Regierung. Die Politik entschärfte Gesetze, die zur Zusammenarbeit mit der NSA verpflichteten.

Droht dem Silicon Valley jetzt neues Ungemach? Im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, er werde das Programm für H-1B-Visa „für immer beenden“, über das High-Tech-Firmen hochqualifizierte Computer-Experten aus dem Ausland für begrenzte Zeiträume einstellen. Stattdessen sollten zuerst Amerikaner eingestellt werden. Zudem hatte Trump Apple scharf attackiert, weil sich das Unternehmen nach dem islamistischen Terroranschlag im kalifornischen San Bernardino weigerte, den Behörden den Code zur Entschlüsselung des iPhones eines Attentäters zu überlassen. Apple-Chef Tim Cook argumentierte, die Überlassung des Codes, mit dem jedes iPhone entsperret werden könnte, würde „sämtliche Freiheiten unterminieren, die unsere Regierung schützen soll“.

Andere Ankündigungen Trumps dürften den Unternehmen hingegen gefallen, darunter die Senkung der Körperschaftsteuer und die Reduzierung von Auflagen. Am Ende dürfte sich das Silicon Valley auch mit dem ungewöhnlichen neuen Präsidenten arrangieren. Mark White, renommiertes Anwalt im Tal der Erfinder, sagt es so: „Silicon Valley wird ständig neu erfunden. Wir machen das, indem wir einfach voranschreiten. Und dieser Prozess erzeugt eine Menge Leuchtkraft.“

Der Autor ist Korrespondent von „Welt/N24“ in den USA. ||

Gegen TTIP waren eigentlich alle

FREIER HANDEL Amerika besinnt sich auf den Protektionismus. Der Weltkonjunktur drohen harte Zeiten

Karel de Gucht, der vormalige EU-Handelskommissar, suchte nicht nach diplomatischen Floskeln. „Ich glaube, TTIP ist tot“, sagte der Belgier wenige Tage nach dem Sieg Donald Trumps bei den US-Präsidentschaftswahlen über den Freihandelsvertrag zwischen Europa und Amerika (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Trump stand mit seinem ausgesprochen protektionistischem Programm und seiner Absage an multilaterale Freihandelsverträge im Wahlkampf allerdings keineswegs isoliert da. Wenn es ein Thema gab, bei dem er und seine Rivalin Hillary Clinton weitgehend übereinstimmten, dann war es die Kritik an der Idee des weltweiten Warenverkehrs nach einvernehmlichen Normen und ohne hohe Zölle.

Der TPP-Deal Clinton mochte nichts mehr wissen von transpazifischen TPP-Deal, den sie als Außenministerin noch als „Goldstandard“ gefeiert hatte, und der künftige Präsident bezeichnete das von den USA und elf weiteren Staaten wie Japan, Australien, Peru oder Kanada bereits unterzeichnete Regelwerk als „Katastrophe“. Trump will zudem den 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko geschlossenen nordamerikanischen Freihandelsvertrag (North American Free Trade

Agreement, NAFTA) „entweder neu verhandeln oder platzen lassen“. Der noch nicht ausgehandelte transatlantische Vertrag TTIP zwischen der EU und den USA wurde im Rennen ums Weiße Haus ignoriert. Trotzdem sind die Chancen auch für TTIP gesunken. Denn obwohl die Republikaner, die ab Januar im Weißen Haus, im Senat und im Repräsentantenhaus herrschen, bislang als Anwälte des globalen Freihandels galten, ist der Wind umgeschlagen in Washington. In Europa war TTIP zudem schon vor Trumps Wahlsieg unter massiven öffentlichen Druck geraten.

„Die amerikanische Wirtschaft braucht Freihandel“, sagte Dan Coats, scheidender republikanischer Senator und einst US-Botschafter in Deutschland, im Dezember beim GABC (German-American Business Council) in Washington. Trump sei nicht grundsätzlich gegen Freihandel, „sondern er ist gegen multilaterale Handelsverträge. Bilaterale Verträge bleiben möglich.“ Nach dem Ansatz Trumps müsste jedes der 28 EU-Mitglieder an der Stelle von TTIP bi-

laterale Vereinbarungen mit Washington treffen – aus Sicht der EU keine Alternative, denn die Mitgliedsländer haben die Zuständigkeit für den allergrößten Teil der Handelspolitik an Brüssel verloren.

Ironischerweise könnte China, das von Trump zusammen mit Mexiko als wichtigstes Argument gegen den Freihandel angeführt wird, am stärksten vom Ende von TPP profitieren. Denn in Asien wird befürchtet, einer isolationistischen Handelspolitik der USA könnte ein Rückzug von verteidigungspolitischen Verpflichtungen etwa gegenüber Japan und Südkorea folgen. Wenn sich die Supermacht aus der Wachstumsregion verabschiedet, dürften die Anrainer rasch engere Bande zu Peking knüpfen. „TPP ist ein schrecklicher Vertrag“, sagte Trump im November 2015. „Das ist ein Vertrag, der für China entworfen wurde, damit sie wie immer durch die Hintertür hereinkommen und jeden völlig ausnutzen.“

Doch China war nie Vertragspartner von TPP. Die Idee bestand vielmehr darin, Volkswirtschaften wie Japan, Vietnam oder

Singapur mit Australien, Chile, oder den USA zu verknüpfen, um gemeinsame Standards bei Produkten und Arbeitsbedingungen zu entwickeln. In gleicher Weise wollten mit der EU und den USA die beiden größten Volkswirtschaften der Welt über TTIP die Bedingungen des internationalen Handels definieren.

Nun scheint diese Chance zunächst verspielt. Trump droht Ländern wie China oder Mexiko hohe Einfuhrzölle an, weil die Importe aus diesen Ländern deutlich größer sind als die Exporte dorthin. Das Handelsdefizit zu China ist enorm. Doch China dürfte mit ähnlichen protektionistischen Maßnahmen reagieren. Dann drohen der Weltkonjunktur harte Zeiten. Das englischsprachige Blatt „China Watch“ machte gerade mit einem Zitat von Präsident Xi Jinping auf, das als Appell an Trump zu verstehen und bis vor kurzem nur als Aufforderung in die andere Richtung vorstellbar war: „Freihandel ist der Weg nach vorne, sagt Xi.“

A.G. ||

»Freihandel ist der Weg nach vorne.«

Präsident Xi Jinping (China)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Mit Mut zum Wandel die Eurokrise beenden



Eurokrise

Verzicht auf den Euro als Chance für Europa

Von Dr. Gerhard Riehle, LL.M.

2016, 323 S., brosch., 52,- €

ISBN 978-3-8487-3232-6

eISBN 978-3-8452-7625-0

nomos-shop.de/2772

Anders als die Politik den Bürgern glauben machen will, sind der Erhalt des Euro und die dauerhaft dafür anfallenden hohen finanziellen Opfer nicht „alternativlos“. Die fundierte Arbeit von Gerhard Riehle klärt auf und entwickelt eine für Staat, Gesellschaft und Europa günstigere Zukunftsstrategie.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-library.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Proteste gegen Polizeigewalt in Charlotte, North Carolina: Polizisten hatten hier im September den Schwarzen Keith Lamont Scott erschossen.

© picture-alliance/AP-Images

Ein langer Marsch

RASSISMUS Schwarze in den USA erfahren noch immer massive Diskriminierung und Gewalt. Die Fronten verhärten sich

Im März 2015 reiste Barack Obama nach Selma in Alabama. 50 Jahre zuvor hatte die Polizei hier am „Bloody Sunday“ Bürgerrechtler zusammengeschlagen, die friedlich über die Edmund-Pettus-Brücke marschierten. Die Brutalität verursachte solche Empörung, dass Martin Luther Kings Bewegung (siehe Stichwort) ihren größten Erfolg errang: In Washington verabschiedete der Kongress den „Voting Rights Act“, der die Teilnahme von Schwarzen an Wahlen gewährleisten sollte. Fünf Jahrzehnte später konnte sich Amerikas erster schwarzer Präsident selbst als Erfüllung von Kings Versprechen rühmen. Obama würdigte die Demonstrationen in Selma als Wegbereiter aller Afroamerikaner, die heute Unternehmen führten, als Richter amtierten oder dem Land in Washington dienten, „vom Kongress bis hin zum Oval Office“. Wer diesen Fortschritt kleinredet, dem mangle es an Respekt vor den Vorvätern – und vor der eigenen Fähigkeit, die Dinge zum Besseren zu wenden.

»Amerikas Rassengeschichte wirft nach wie vor einen Schatten auf uns.«

US-Präsident Barack Obama

Nur wenige Tage vor der Gedenkfeier hatte Obamas Justizministerium allerdings dem Polizei- und Justizwesen der Stadt Ferguson in Missouri die systematische Diskriminierung der afroamerikanischen Bevöl-

kerungsmehrheit vorgeworfen. Im Jahr davor hatte sich in dem Vorort von Saint Louis die aufgestaute Wut entladen, nachdem ein weißer Polizist einen unbewaffneten Schwarzen erschossen hatte. Und einige Monate später noch einmal, als Geschworene entschieden, den Polizisten nicht anzuklagen.

Obama ging in Selma darauf ein. „Was in Ferguson passiert ist, mag kein Einzelfall sein“, sagte er, „aber es ist nicht mehr endemisch.“ Den Vorwurf, dass sich nichts geändert habe, wies er zurück. Dennoch werfe Amerikas „Rassengeschichte“ nach wie vor „ihren langen Schatten auf uns“, sagte der Präsident. Die Nation sei weit gekommen. „Doch der Marsch ist noch nicht vorbei.“

Allerdings streben die Marschierenden führungslos in verschiedene Richtungen. Vor allem jungen Aktivisten erscheint Obamas Wahl und Wiederwahl nicht wie

eine Vollendung von Kings Vision, sondern wie eine Sackgasse. Das ist nicht in jedem Fall ein Urteil über die Leistung des Präsidenten: Viele junge Schwarze feiern ihn und die First Lady weiterhin als Idole. Andere werfen Obama aber vor, im Amt zu zaghaft vorgegangen zu sein – womöglich in der Sorge, von den Weißen als Präsident der Schwarzen betrachtet zu werden. Ge-

mein ist beiden Lagern, dass sie im Kampf gegen Rassismus nicht mehr dem Modell von King folgen wollen, in dem Massendemonstrationen ein von Pastoren und Protestführern eingesetztes Druckmittel waren, um Politikern konkrete Zugeständnisse abzutrotzen.

„Black Lives Matter“ (BLM), die wirkmächtigste Bürgerrechtsgruppe dieser Tage, ist eigentlich gar keine. Was als Hashtag für Twitter-Botschaften anfang, ist bis heute eher eine Marke als ein Verband. BLM hat keine Satzung, keinen Vorstand, keinen Forderungskatalog. Es gibt ein Netz von knapp vierzig regionalen, lose verbundenen Aktivistengruppen – und viele weitere Gruppen, die unter dem gleichen Banner protestieren. Schwarzen Interessenvertreter alter Schule wie dem „Pastor“ und Fernsehmoderator Al Sharpton laufen dagegen die Anhänger weg.

Ungeklärte Umstände Im Herz der Aufwallung steht der Protest gegen Polizeigewalt und Rassismus im Justizwesen. Ferguson, Baltimore und Charlotte sind nur einige der Städte, in denen Schwarze unter teils bis heute ungeklärten Umständen durch Polizeikugeln oder in Polizeigewahrsam umkamen. Aktivisten hielten Mahnwachen ab oder blockierten wichtige Straßen. In etlichen Fällen haben die Angehörigen der Opfer eine Handhabe, weil Passanten die Vorfälle mit ihren Handys gefilmt haben. FBI-Chef James Comey wittert angesichts steigender Mordraten in eli-

chen Großstädten einen „Ferguson-Effekt“ – eine wachsende Befangenheit, die Polizisten aus Angst vor Strafverfolgung am beherrschten Eingreifen zum Schutz der Bevölkerung hindert.

Fakt ist: Harsche Strafen, die zur Überfüllung amerikanischer Gefängnisse und einer rund zehnmal höheren Haftquote als in Deutschland führen, werden überproportional oft gegen Afroamerikaner verhängt. Schwarze Autofahrer werden häufiger angehalten, schwarze Drogensüchtige häufiger festgenommen, schwarze Bürger häufiger wegen ihrer Rasse nicht als Geschworene zugelassen. Auch die wirtschaftlichen Disparitäten bleiben krass: Das mittlere Haushaltseinkommen von Afroamerikanern liegt nur knapp über der Hälfte des

weißen Vergleichswerts. Das Haushaltsvermögen beträgt sogar nur ein Zwölftel. Die Nachfahren der Sklaven hatten vergleichsweise wenig Gelegenheit, Vermögen zu erwerben und vererben, deshalb sind Schwarze viel seltener Hausbesitzer. Gut ein Viertel der Afroamerikaner lebt in Armut. Dennoch war es noch nie so salonfähig wie heute, an Afroamerikaner gerichtete Sozial- und Förderprogramme auf eine angebliche rassische Besessenheit der Linken zurückzuführen. Auch darauf gründet der Wahlsieg von Donald Trump. Er und „Black Lives Matter“ sind Antipole. Doch sie haben eine gemeinsame Wurzel: den Vertrauensverlust in vermittelnde Instanzen, der in Amerika breite Bevölkerungsschichten erfasst hat. Trump wie auch die

Aktivisten erreichen ihr Publikum direkt über Twitter. Sowohl die Schwarzen-Bewegung als auch der designierte Präsident mobilisieren eher mit lauten Protestbotschaften als mit Lösungsverschlüssen oder gar Gesetzesvorhaben. Trump hat „Black Lives Matter“ im Wahlkampf fälschlich vorgeworfen, Gewalt gegen Polizisten gutzuheißen und die schwarzen Polizistenmörder von Dallas und Baton Rouge angestachelt zu haben. „Black Lives Matter“-Aktivisten wiederum bezeichnen den Präsidenten in spe als Rassistin oder gar Faschisten. Zu einer Einladung ins Weiße Haus dürfte es sobald nicht kommen. Doch es gäbe sowieso keinen Sprecher, der im Namen der Bewegung einen „Deal“ mit Trump schließen könnte. Unter Obama ging Al Sharpton im Weißen Haus ein und aus. Doch immer weniger Afroamerikaner versprechen sich etwas vom Marsch durch die Institutionen.

Manche Demokraten glauben, dass Hillary Clinton auch deshalb verloren hat, weil sie die Wählerschaft zu offensichtlich in lauter Minderheiten unterteilt habe. Dass sie sich die Klage über einen „systemischen Rassismus“ in Amerika zu eigen machte, empfanden viele Weiße als Schlag ins Gesicht. Und für die Demokratinnen ging die Rechnung nicht auf: Rund zwei Millionen schwarze Obama-Wähler mochten Clinton ihre Stimme nicht geben. **Andreas Ross** ■

Der Autor ist Nordamerika-Korrespondent der FAZ.

STICHWORT

Kampf für die Rechte der Schwarzen

> Martin Luther King Der Bürgerrechtler (Foto) führte in den 1960er Jahren die gewaltlose Bewegung gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in den USA an und protestierte erfolgreich gegen die Rassentrennung in öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen. Am 4. April 1968 wurde der Friedensnobelpreisträger bei einem Attentat in Memphis erschossen.

> Black Lives Matter Es begann im Juli 2013 mit einem Facebook-Hashtag, inzwischen ist daraus die wirkmächtigste Bewegung in den USA gegen den staatlichen Rassismus geworden.



© picture-alliance/Globeimages

»Nur einen Terroranschlag entfernt von der Verhängung des Kriegsrechts«

MUSLIME Weniger als ein Prozent der US-Amerikaner gehören dem Islam an. Der künftige Präsident will sie in einer Datenbank erfassen – zur »Terrorvorbeugung«

Der handgeschriebene Brief ist in seiner Aussage unmissverständlich. Donald Trump, heißt es in den anonymen Schreiben, werde mit den Muslimen das machen, was Hitler mit den Juden gemacht habe: „Ihr Muslime seid ein abscheuliches und schmutziges Volk. Ihr seid böse. Ihr betet den Teufel an. Aber der Tag der Abrechnung ist gekommen.“ Der Brief ist dieser Tage in einer Moschee in Kalifornien eingegangen. Die Polizei versucht, die Schreiber der hasserfüllten Zeilen zu ermitteln. Und die Adressaten versuchen, Haltung zu bewahren.

Angst vor Schlimmerem Seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten sind viele Muslime in einem Gemütszustand zwischen Hoffen und Bangen. Einerseits hoffen sie, dass es nicht so schlimm kommen wird, was befürchtet. Andererseits haben sie Angst, dass es noch viel schlimmer kommen könnte. Die angesehene Beobachtungsstelle für Rassismus, Extremismus

und Fremdenfeindlichkeit, das Southern Poverty Law Center, hat in den ersten zehn Tagen nach der Wahl fast 900 Fälle von Hass-Attacken gegen Minderheiten registriert. Etwa sechs Prozent davon waren gegen Muslime gerichtet – jene Religionsgruppe, die sich Trump im Wahlkampf in besonderem Maße vorgenommen hat. Nach einer Statistik der US-Bundespolizei

FBI ist die Zahl der Übergriffe auf Muslime im Jahr 2015 rasant angestiegen. Auch im Büro von Jim Sues ist ein Brief eingegangen, abgeschickt in Anchorage/Alaska von einer Gruppe, die sich „Global Security Bureau“ nennt und nur eine Postfachadresse aufweist. Im Umschlag steckt ein Flugblatt, das nicht auf den ersten Blick mit Hasstiraden aufwartet wie der Brief aus Kalifornien.

Aber Sues macht sich dennoch Sorgen wegen der Kreuzritter-Symbolik und der wirren Einträge. Er sagt, die hasserfüllte Rhetorik gegen Muslime gebe es nicht erst seit der Wahl. Aber er habe den Eindruck, die Wahl Trumps zum Präsidenten habe eine Schleuse geöffnet.

Sues ist Regionaldirektor von CAIR im Bundesstaat New Jersey. Der Rat für amerikanisch-islamische Beziehungen unterstützt US-Muslime, wenn sie sich diskriminiert fühlen. Sues sagt, er habe immer noch Hoffnung, dass Trumps schrille Ankündigungen aus dem Wahlkampf nicht mehr als Kneipenschwätz waren. Dessen anti-muslimischer Wahlkampf begann vor mehr als einem Jahr. Im November 2015 behauptete Trump, er habe gesehen, wie am 11. September 2001 Tausende von Muslimen in New Jersey gejubelt hätten, als das World Trade Center einstürzte. Beweise dafür gibt es nicht. Trumps Anhänger jubelten trotzdem.

Dann geschah das Attentat von San Bernardino, und Trump forderte einen vorläufigen Einreisestopp für Muslime in die USA. Diese Idee schwächte er später etwas ab, um dann von einer Datenbank zu fabulieren, in die alle Muslime in den USA aus Gründen der Terrorvorbeugung aufgenommen werden sollten. Außerdem sollen

Menschen aus Ländern, die mit dem Terrorismus in Verbindung stehen, künftig sorgfältig wie nie zuvor überprüft werden, bevor sie ein Einreisevisum bekommen.

Das ist alles noch unscharf. Doch viele Muslime sind verunsichert und ängstlich. Muslimen-Funktionär Sues sagt, würden Trumps Ansagen in Politik umgesetzt, dann würde sich die Spaltung der US-Gesellschaft nur noch verschärfen. Er hofft darauf, dass sich Trump mit Mitarbeitern umgeben wird, die um diese Gefahr wüssten. Doch die ersten Personalentscheidungen deuten in eine andere Richtung. Der künftige nationale Sicherheitsberater Trumps hat den Islam beispielsweise einmal als gefährliche politische Ideologie bezeichnet, einen „böartigen Krebs“. Intellektuelle wie Moustafa Bayoumi sorgen sich. „Es fühlt sich an, als seien wir nur einen Terroranschlag entfernt von der Verhängung des Kriegsrechts“, schreibt der Professor aus New York im „Guardian“: „Und dabei hat die neue Regierung ihre Arbeit noch nicht einmal aufgenommen.“ Heute gebe es weiße US-Amerikaner, die glaubten, dass die Muslime daran arbeiteten, das islamische Rechtssystem der Scharia einzuführen. „Diese Vorstellung kultiviert eine Stimmung der Verbitterung und des Argwohns, obwohl sie fundamental

falsch ist“, sagt Bayoumi. Doch wie gegen Stereotypen ankämpfen, wenn der Sieger der Präsidentschaftswahl die klischeehaften Bilder immerzu mit neuer Farbe auffrischt?

Mohamed Khairullah hat eine Idee. Er ist 41 Jahre alt, gebürtiger Syrer, Muslim und seit mehr als einem Jahrzehnt Bürgermeister des Städtchens Prospect Park in New Jersey. Khairullah sagt, man müsse sich einmischen, jetzt noch mehr als zuvor: „Wenn du nicht am Tisch sitzt, dann bist du Teil der Speisekarte.“

Wachsende Widerstände Seit der Wahl habe er viele Nicht-Muslime getroffen, die zusammen mit Muslimen im Land Schlimmeres verhindern wollten. Wenn Trump die Idee einer Datenbank für Muslime tatsächlich verwirklichen wolle, dann werde er schon sehen, was er bekommen werde. „Mir haben Christen und Juden gesagt, dass sie sich dann einfach als Muslime ausgeben und registrieren lassen werden“, sagt Khairullah. Widerstand formiert sich auch anderer Stelle. Hunderte Mitarbeiter von US-Technologieunternehmen haben mittlerweile auf der Website neveragain.tech schriftlich hinterlegt, dass sie niemals Informationen für eine Muslimen-Datenbank liefern wollen. **Damir Fras** ■



Muslime feiern den Fastenmonat Ramadan in der Turkish American Cultural Center Moschee in Washington.

© picture-alliance/AA

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die durchweg spanisch sprechende Baukolonne, die vor kurzem an der 33. Straße im Nordwesten Washingtons neuen Asphalt auftrug, war auf die Frage nicht vorbereitet. Was die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten für ihr Lebensgefühl und das ihrer Familien bedeute, wollte der dort lebende Autor dieses Berichts in Erfahrung bringen. Schweigen. Unsichere Blicke. „Keine Ahnung“, sagte einer der Männer. Ein anderer: „Das liegt in Gottes Hand.“ Ein Dritter: „Arbeiten Sie für die Regierung?“ Stunden später erklärte der Vorarbeiter, Miguel (32), warum. „Viele meiner Männer sind seit Jahren mit ihren Familien in Amerika. Gute, tüchtige Leute, aber sie haben keine Papiere. Und als Illegaler muss man nach dieser Wahl einfach höllische Angst haben.“

Die Szene ist typisch für den aktuellen Seelenzustand vieler der rund zwölf Millionen Menschen, die in der Grauzone leben – das Gros Latinos aus Mexiko und den südlicher gelegenen Ländern Mittel- und Lateinamerikas. Donald Trump hat den Kampf gegen die illegale Einwanderung zum Top-Thema seiner Kandidatur gemacht, gepaart mit dem Versprechen, an der Grenze zu Mexiko eine unüberwindbare Mauer zu bauen. Vor allem die Beteuerung, massenhaft Menschen abzuschleppen, die sich regelwidrig im Land aufhalten, hat nach Untersuchungen von Meinungsforschern viele enttäuschte Wähler der von Abstiegsängsten geplagten weißen Arbeiterklasse an die Wahlurnen getrieben.

Experten rätseln Niemand weiß verlässlich, wie der neue Präsident wirklich verfahren wird. Er hat seine Position schon im Wahlkampf mehrfach verwässert. So war zunächst von der Abschiebung aller zwölf Millionen Illegalen die Rede. Die Zahl, die Trump kurz nach der Wahl nannte, liegt bei „zwei, bis drei Millionen“. Woher er ausschließlich straffällig gewordene Personen versteht – Drogendealer, Gang-Mitglieder.

Experten rätseln über die Zahl. Das renommierte „Migration Policy Institute“ geht davon aus, dass maximal 800.000 illegale Migranten kriminell geworden sind, 300.000 davon wegen schwererer Straftaten. Laut Justizministerium liegen knapp 75.000 Abschiebefehle (Stand Ende 2015) vor, die ausgeführt werden könnten. 500.000 Fälle sind strittig und noch vor Clearingstellen anhängig. Wie Trump diese Menschen dingfest machen und zügig außer Landes bringen will, ist unbekannt. „Dazu bräuhete man eine Sondertruppe mit vielen tausend Beamten. Wer soll das bezahlen?“, sagen Einwanderungs-Fachleute in Washington.

In der Latino-Community herrscht große Aufregung. Maria Cordero, eine inzwischen eingebürgerte Mexikanerin, die in Brownsville/Texas im Auftrag der Bürgerrechtsorganisation ACLU Flüchtlinge berät, berichtet, dass Trumps harsche Rhetorik „Angstzustände“ auslöst. In Corderos Nachbarschaft wohnen viele Illegaler. Weil die Grenze nur einen Steinwurf entfernt ist, patrouillieren regelmäßig Autos der „Border Patrol“ durch die Straßen. „Wir haben eine Facebook-Seite eingerichtet, damit sich die Nachbarn warnen können“, sagt Cordero. „Denn wer aufgegriffen wird, geht das Risiko der unmittelbaren Abschiebung ein.“

Besonders prekär ist die Lage für Einwanderer, die einst als Kinder von ihren Eltern über die Grenze nach Amerika gebracht wurden und hier trotz fehlender Papiere ein völlig integriertes Leben führen. Als die Republikaner im Kongress Barack Obamas Einwanderungsreform mit Hilfe des Obersten Gerichtshofes blockierten, die Millionen Illegalen ein dauerhaftes Aufenthalt-

Die nackte Angst

ZUWANDERUNG Zwölf Millionen Menschen leben illegal in den USA, Trump will viele von ihnen abschieben. Während sich unter den Einwanderern Panik breit macht, wachsen in vielen Bundesstaaten die Widerstände gegen die Pläne



Eine US-Patrouille kontrolliert am Grenzzaun zwischen Amerika und Mexiko bei Santa Teresa in New Mexico. Wird Trump die Absperren ausbauen? © picture-alliance/AP Photo

recht und eine Perspektive zur Erlangung der Staatsbürgerschaft eröffnet hätte, machte der scheidende Präsident mit präsidentialen Anordnungen („executive order“) Politik. Er rief das Programm „Deferred Action for Childhood Arrivals“ (DACA) ins Leben; junge Latinos, die vor ihrem 16. Lebensjahr und vor Juni 2007 in die USA gekommen sind, erhielten auf Antrag eine Arbeitserlaubnis für zwei Jahre und müssen keine Abschiebung mehr fürchten. Bis kurz vor der Wahl hatten sich knapp

850.000 Menschen für DACA registrieren lassen, mehr als 600.000 verlängerten ihre bereits abgelaufenen Arbeitserlaubnisse. Doch Donald Trump hat angekündigt, viele Dekrete seines Vorgängers am ersten Amtstag zu annullieren. An vielen Universitäten im Süden der USA grassiert nun „unter hispanisch-stämmigen Studenten die nackte Angst“, berichten Sozialarbeiter in Phoenix/Arizona auf Anfrage. Interessenverbände, die nicht den Republikanern nahestehen, nennen Trumps Rhetorik „verlogen“. Es entstehe der Eindruck, unter der noch amtierenden Regierung herrsche „eine Politik der offenen Tür und Amerika werde von Fremden überrannt“. Das Gegenteil sei nachweislich der Fall, sagt das Heimatschutzministerium (DHS). In den acht Amtsjahren Obamas wurden demnach über 2,7 Millionen Menschen abgeschoben. Allein 2014 waren es mehr als 400.000. In der republikanischen Vorgänger-Regierung George W. Bush lagen die jährlichen Abschiebungen zwischen

150.000 und 350.000. Außerdem kehren mehr Latinos freiwillig hinter den Rio Grande zurück. Auch, weil in Mexiko punktuell bessere Arbeitsmarktchancen winken. Den Vorwurf Trumps, die Sicherung der Grenze zu Mexiko sei unter Obama total vernachlässigt worden, lässt das DHS ebenfalls nicht gelten. Knapp 20.000 „Border Patrol“-Kräfte sind inzwischen im Einsatz, teilweise mit modernen Infrarot-Kameras an den Hubschraubern. Im abgelaufenen

Haushaltsjahr 2016 sind nach Regierungsangaben mehr als 400.000 Latinos am illegalen Grenzübergang gehindert worden. Die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und dem südlichen Nachbarn, die von San Diego von der Pazifikküste durch Kalifornien, Arizona, New Mexico und Texas bis Brownsville am Golf von Mexiko führt, misst rund 3.100 Kilometer. Knapp tausend davon sind bereits mit einem Eisenzaun abgeriegelt. Etliche Teilstücke dienen als grüne Grenze. Sie zu bebauen, würde astronomische Kosten verursachen oder an der Topographie scheitern; etwa da, wo der Rio Grande sich als natürliche Grenze durch die Landschaft schlängelt. Mindestens 30 Milliarden Dollar, schätzen Experten, würde die von Trump geforderte Mauer kosten. Es sei unwahrscheinlich, dass der Kongress angesichts der hohen Staatsverschuldung die dazu nötigen Haushaltsmittel bewilligt, mutmaßen Zeitungen wie die Washington Post.

Wirtschaftsverbände warnen Im Wahlkampf hatten Kongress-Abgeordnete bei der Lager, Wirtschaftsverbände und einzelne Unternehmen darauf hingewiesen, dass illegale zentraler Bestandteil des US-amerikanischen Arbeitsmarktes sind. So sind in der Landwirtschaft fast 25 Prozent Illegaler, am Bau 15 Prozent. Verschiedene Studien sehen einen wirtschaftlichen Einbruch von 70 Milliarden US-Dollar im Jahr voraus, falls Millionen Menschen abgeschoben würden. Die Autoren erinnern daran, dass mehr als die Hälfte derer, die illegal in den USA leben und einer Beschäftigung nachgehen, ordnungsgemäß Steuern zahlen. Allein in Kalifornien tragen Illegaler nach Berichten der Los Angeles Times drei Milliarden Dollar pro Jahr zum Bundesstaatshaushalt bei. Trump hat sich der Kritik bisher nie öffentlich gestellt. Aber sie wird lauter. Zum Beispiel in Kalifornien. Dort hat eine überwältigende Mehrheit der Wähler Hillary Clinton gewählt, die Demokraten stellen in beiden Kammern des Parlaments die Mehrheit. Angefangen von Los Angeles' Bürgermeister Eric Garcetti bis zu Gouverneur Jerry Brown lehnt die erste Riege der Politik sowohl Trumps Abschiebungsdrohung wie auch den Mauerbau-Plan ab. Noch bevor Trump am 20. Januar an die Schalthebel der Macht gelangt, hat der Kongress in Sacramento gesetzliche Maßnahmen verabschiedet, die Einwanderer, die illegal, aber strafrechtlich unauffällig in Kalifornien leben, vor der Abschiebung schützen sollen. Unter anderem soll ein Fonds aufgelegt werden; aus ihm sollen Rechtsanwältinnen bezahlt werden können, die sich um Einwanderer kümmern, die in den nächsten Monaten eine Aufforderung zur Ausreise erhalten. Die Demokraten, und nur sie, stellen sich vor diese Gruppe. „Einwanderer sind Teil der Kultur und der Gesellschaft unserer Bundesstaaten“, sagt Kongresssprecher Anthony Rendon. Kalifornien ist nicht allein. Mehr als 300 Städte und Landkreise im ganzen Land haben sich als Zufluchtsorte („Sanctuary-Cities“) erklärt, in denen Polizei und Behörden nicht akribisch auf die Staatsangehörigkeit achten. Sie stellen sich quer gegen Trump, der ihnen bereits mit der Streichung von Finanzhilfen gedroht hat. Maria Cordero macht der Aufstand der Städte Mut. Sie schwamm vor 22 Jahren mit Tochter und Sohn durch den Rio Grande und ließ sich kurz hinter der Grenze in Brownsville nieder. Sie hat ein Haus, ein solides Einkommen und einen klaren Rechtsstatus. Doch drei ihrer fünf Geschwister sind immer noch illegal. Sie hat Angst, „dass der neue Präsident unsere Familie auseinanderreißt“. Dirk Hautkapp ■

Der Autor ist Korrespondent der Funke-Mediengruppe in Washington.

Unerreichbarer Sehnsuchtsort

FLÜCHTLINGE Für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten war es schon immer schwer, Asyl in den USA zu bekommen. Unter Trump dürfte es für Muslime fast unmöglich werden

Als Jeff Sessions vor einigen Wochen erklärte, seine Mitbürger im ländlichen Alabama wollten keine Fremden aus dem Nahen Osten in ihrer Nachbarschaft, schenkte dem für erzkonservative Positionen bekannten Senator kaum jemand Gehör. Die Wahl Donald Trumps zum neuen Präsidenten Amerikas hat das radikal geändert. Sessions übernimmt das Justiz-Ressort. Er gilt als einer der einflussreichsten Einflüsterer des New Yorker Milliardärs, der im Wahlkampf massiv gegen die Flüchtlingspolitik von Barack Obama und seiner demokratischen Rivalin Hillary Clinton agitiert und den radikalen Islamismus für seine Kampagne instrumentalisiert hat.

Ausgelöst durch vereinzelte Attentate mit islamistischem Hintergrund stellte Trump das sogenannte „Vetting“ in Zweifel. Dabei werden Asylbewerber für eine Einreise aus Kriegsgebieten intensivsten Nachforschungen unterzogen. In jedem einzelnen Fall nehmen Experten des Heimatschutzministeriums (DHS) den jeweiligen Kandidaten im Heimatland persönlich unter die Lupe. Parallel werden die Geheimdienste eingeschaltet, um eventuelle Terror-Hintergründe in der Biografie auszuleuchten. Im Fall von syrischen Kandidaten kann das Verfahren wegen oftmals nicht vorhandener oder nicht beglaubigter Papiere bis zu zwei Jah-

re dauern. Tausende werden regelmäßig abgelehnt. Das Außenministerium schickt sogar Kontroll-Personal in Anrainer-Staaten wie Jordanien, wo Hunderttausende syrische Flüchtlinge festsitzen. Trotzdem erweckte Donald Trump nach den Terroranschlägen von Paris und Brüssel den Eindruck, dass Amerika fahrlässig massenweise potenzielle Terroristen ins Land lässt. Er sprach von einem „trojanischen Pferd“ und beschwor, verstärkt durch soziale Netzwerke, den nationalen Notstand. Seiner Konkurrentin Clinton sagte er wahrheitswidrig nach, den Flüchtlingszuzug um „über 500 Prozent“ steigern zu wollen. Für den Fall seiner Wahl kündigte er an, die Einreise aus Ländern komplett zu stoppen, von denen islamistisch motivierter Terrorismus ausgeht. Menschen aus Ländern in denen ein radikaler Islam gelebt wird, sprach Trump die Vereinbarkeit mit westlichen Werten ab. „Sie versklaven Frauen und ermorden Schwule. Ich will sie nicht in unserem Land haben.“ Sein ältester Sohn, Donald Trump junior, verglich syrische Flüchtlinge mit vergifteten Bonbons der in den USA begehrten Marke Skittles. „Wenn ich eine Schale Skittles hätte und Dir sagen würde, dass Dich drei davon töten würden. Würdest Du dann eine Handvoll nehmen?“, schrieb er auf Twitter.



Demonstranten in New York heißen syrische Flüchtlinge willkommen. Trump warnt hingegen davor, potenzielle Terroristen ins Land zu lassen. © picture-alliance/Pacific Press

„Genau das ist unser Problem mit syrischen Flüchtlingen.“ Trumps Abschottungsversprechen, seit der Wahl mehrfach von ihm wiederholt, markiert eine weitere Verengung des Flaschenhalses, durch den die Opfer von Bürgerkriegen in Amerika einen sicheren Hafen finden können. Zu Zeiten des Vietnam-Krieges öffnete Washington jährlich etwa 200.000 Flüchtlingen die Tore. In den 1990er Jahren fiel die Zahl auf unter

120.000 ab. Die Anschläge vom 11. September 2001 sorgten zwischenzeitlich für einen Absturz auf unter 30.000 Menschen pro Jahr. In den Obama-Jahren stieg die Zahl zum Schluss auf rund 70.000 Flüchtlingsaufnahmen. Wobei Syrer die kleinste Gruppe darstellen. 2015 gab Amerika exakt 69.933 Personen eine neue Heimat, darunter stammten nur 1.693 Menschen aus Syrien. 70 Prozent der zugelassenen Flüchtlinge waren nach Regierungsangaben Frau-

en und Kinder, die meisten stammten aus dem Kongo, Burma, Irak und Somalia. Alle Versuche Obamas, den Kongress in Washington zu mehr Engagement zu bringen und sich im Lichte der europäischen Flüchtlingskrise als humanitäre Weltmacht zu präsentieren, waren jedoch zum Scheitern verurteilt. Bestärkt durch viele konservative Gouverneure in den Bundesstaaten, stellten sich die Republikaner im Kongress konsequent quer.

Für Obama war das peinlich, weil er während des Papstbesuches 2015 und in der darauf folgenden Generaldebatte bei den Vereinten Nationen erklärt hatte, dass Amerika sich künftig stärker seiner Verantwortung stellen werde. Die Rede war von insgesamt 110.000 Flüchtlingen im Jahr 2017 – eine Marke, die nicht erreicht wird. Stattdessen wurde das Budget aufgestockt, mit dem Washington internationale Hilfsorganisationen unterstützt, um möglichst viele Opfer des syrischen Bürgerkrieges in der Region zu halten. Seit 2011 flossen hier über fünf Milliarden Dollar. In dem am 1. Oktober abgelaufenen Fiskaljahr 2016 schaffte Amerika nur mit Ach und Krach die Aufnahme von 10.000 Syrern. Ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts von knapp 4,5 Millionen, die dort entwurzelt oder auf der Flucht sind.

In der Fachwelt wird Trumps Blockadepolitik scharf kritisiert und unter Populismus und Fremdenfeindlichkeit abgebuht. Einwanderer aus muslimischen Ländern unter Generalverdacht zu stellen und pauschal als Sicherheitsrisiko zu brandmarken, ist von den Kriminalitätsstatistiken nicht gedeckt, sagen Experten.

Unbeirrter Kurs Nach Angaben des „Migration Policy Institute“ ließen die Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 rund 800.000 Flüchtlinge ins Land. Nur in drei Fällen habe es seither nachweisbare Verbindungen zu terroristischen Aktionen gegeben. Die Zahl von Muslimen, die im gleichen Zeitraum in den USA von weißen Rechtsextremisten getötet wurden, sei höher. Der designierte Präsident Trump hält dennoch weiter unbeirrt an seiner Linie fest. Für Flüchtlinge aus bestimmten islamischen Ländern bleibt Amerika voraussichtlich ein unerreichbarer Sehnsuchtsort. Dirk Hautkapp ■



Der ausgeträumte Traum

SOZIALE GERECHTIGKEIT Wer hart arbeitet, kommt voran – dieses lang geltende Credo gilt für viele nicht mehr

Als Donald Trump in der Wahlnacht in New York an die Mikrofone tritt, spricht er den Satz aus, der ihn zum Präsidenten gemacht hat: „Die vergessenen Männer und Frauen dieses Landes werden nicht länger vergessen sein.“ Wen er meint? Den Stahlarbeiter in Indiana, den Kohle-Bergbau-Arbeiter in Pennsylvania, den Ladenbesitzer in Ohio. Den „kleinen Mann“, der täglich kämpft, um seinen Alltag zu meistern. Trump hatte erfolgreich in sein Land hineingehört. Er kannte die Sorgen der Menschen und nannte sie beim Namen. Er wusste um das Leid und die Enttäuschung, die in den USA in vielen Regionen gärt. So wurde der Multimillionär, gegen jede Ratio, zur Hoffnung des kleinen Mannes.

Hillary Clinton dagegen schaffte es nicht, ihren lebenslangen Einsatz für Benachteiligte zu vermitteln. Sie erreichte in weiten Teilen Amerikas Künstler, Intellektuelle, Wissenschaftler, viele Städter, auch die Minderheiten. Für den „kleinen Mann“ aber blieb sie vor allem eins: unnahbar und ungläubwürdig. Wie schon 2008, als sie im Vorwahlkampf gegen Barack Obama und seine Botschaft von „Change“ verlor, überließ sie auch diesmal ihrem Kontrahenten den Stempel des Machers und der Andersartigkeit. Die Botschaft „Make America Great Again“ des Polit-Outsiders Trump traf den Nerv der Zeit genauso wie das „Yes, we can!“ des jungen Obama. Clinton übersah damals wie heute: Die Gräben innerhalb der US-Gesellschaft, die wirtschaftliche und soziale Schieflage, der Frust über die Elite, sie sind tiefer als sie es jemals waren – und der Wille nach Veränderung ist groß.



Flaschensammeln in luxuriöser Umgebung: Straßenszene aus Manhattan in New York

© picture-alliance/Norbert Schmidt

Land der Extreme Amerika war schon immer ein Land der Extreme. Einerseits: die weltweit meisten Millionäre, berühmte High-Tech-Medizin, das legendäre Silikon Valley, die weltbesten Hochschulen. Andererseits: Mangels Pflanzversicherung war Krankheit über Jahre ein zentraler Grund für Privatsolvenz. Studieren kann sich nur leisten, wer ein finanzstarkes Elternhaus im Rücken hat, oder sich nicht scheut, Kredite in astronomischen Summen aufzunehmen. Gute Schulen gibt es nur dort, wo reichlich Steuern fließen – in wohlhabenden Regionen. Das soziale Sicherheitsnetz ist dünn: Kündigungsschutz kennen die meisten Amerikaner nicht. Staatliche Hilfe wie Arbeitslosengeld gibt es nur unter strikten Bedingungen. Es

musste zuvor meist eine bestimmte Lohnhöhe erreicht sein, zudem ist die Zahlung in der Regel auf 26 Wochen beschränkt. Viele Millionen Amerikaner leben unterhalb der Armutsgrenze. Im Vor-Wahljahr 2015 waren es 43,1 Millionen. Auch die Kinderarmut ist in einer der reichsten Nationen der Welt ein massives Dauer-Problem: Eins von fünf Kindern lebt in Armut. Die Finanzkrise 2008 hat die Situation verschärft. Die folgende Rezession kostete fast acht Millionen Jobs. Die Krise zog auch die in ihren Sog, die sich bislang auf der sicheren Seite wähnten: die Mittelschicht. Selbst in gut situierten Regionen wie der US-Hauptstadt Washington D.C.

prägten verbarrikadierte Häuser das Straßenbild, Zwangsversteigerungen enteigneten ihre Besitzer. Zu den Ausläufern der Krise gesellten sich Effekte der Globalisierung, strukturelle Veränderungen in Schlüsselindustrien, Wandel durch Digitalisierung. Während Metropolen wie New York glänzen, bluten andere Regionen aus. Ganze Landstriche leiden bis heute unter hoher Arbeitslosigkeit, die Menschen haben – wenn überhaupt – nur eine schlechte Krankenversicherung, wer etwas verdient, verdient wenig. Für viele von ihnen hieß die Antwort auf ihre nun schon seit Jahren währende Misere: Trump wählen.

Weitere Zahlen zeigen, wie rau das Leben in den USA sein kann: In den vergangenen Jahren beantragten so viele US-Bürger Lebensmittelhilfen wie noch niemals zuvor. Sie erhielten über das „Supplemental Nutrition Assistance Program“ eine Art staatliche Kreditkarte, um damit einkaufen gehen zu können. In der Spitze waren fast 48 Millionen Amerikaner auf diese Hilfe angewiesen – und dieser Wert stammt aus dem Jahr 2013, als der Ausbruch der Krise schon fünf Jahre her war. Aktuell liegt die Zahl der Bezieher noch immer bei mehr als 44 Millionen. Zum Vergleich: Im Vorkrisenjahr 2007 bekamen 26 Millionen staatliche Lebensmittelhilfe.

In Trumps Amerika ist der Begriff der „working poor“ geläufig. Menschen schufte zu niedrigen Löhnen, teils sogar in mehreren Jobs gleichzeitig. Sie arbeiten als Pizzaverkäufer, Paketzusteller, Putzkräfte. Zum Leben reicht es dennoch kaum, selbst mit gesetzlichem Mindestlohn von 7,25 Dollar in der Stunde nicht. Laufende Kredite, hohe Gesundheitsausgaben und Lebenshaltungskosten lasten auf den Schultern der Familien. Die Folge: Vielen Menschen ist in den vergangenen Jahren ihr positives Grundgefühl abhanden gekommen, eigentlich ein Ur-Bestandteil der DNA jeden Amerikaners. Das lange geltende Credo: Wer hart arbeitet, kommt voran,

es gilt im Amerika von heute für viele nicht mehr. Das große Versprechen von Glück und Wohlstand für alle ist gebrochen. Das Ungleichheitsgefühl wird von Fakten gestützt: Seit 30 Jahren stagnieren die Löhne von Arbeitern und Angestellten, in den unteren Einkommensklassen sinken sie sogar, analysiert Politik-Professor Robert B. Reich, Arbeitsminister unter Bill Clinton, in seinem aktuellen Buch „Saving Capitalism – For the Many, not for the Few“. Für die obersten Zehntausend sehe es dagegen immer rosiger aus. Reich zeigt: Mitte der 1960er Jahre verdiente ein CEO eines Großunternehmens durchschnittlich zwanzig Mal so viel wie sein Arbeiter, heute mehr als dreihundert Mal so viel. Nicht nur er beklagt: Die Schere bei Einkommen und Wohlstand geht immer weiter auseinander. Armut, Sorgen und Frustration schlagen sich inzwischen auf bittere Art und Weise nieder: Amerika wird von einer beispiellosen Heroin-Epidemie überrollt, es grassiert ein massiver Schmerzmittelmissbrauch. Besonders verbreitet ist das Suchtproblem dort, wo die Struktur schwach und der Zuspruch für Trump groß ist, hat die Denkfabrik Brookings unlängst analysiert. Die Zahl der Suizide ist so hoch wie seit Mitte der Achtziger Jahren nicht mehr. Aktuelle Forschungsergebnisse der Princeton University zeigen: Amerikas weiße Männer mit niedrigem Bildungsniveau sterben wieder früher. Der Grund: Drogen, Alkohol, Selbstmord. Es gibt Hoffnung: Trump erbt von Obama eine robuste US-Wirtschaft. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 4,6 Prozent. So niedrig war sie zuletzt vor neun Jahren. Der Optimismus bleibt aber gedämpft: „Trotz aller Verbesserungen glauben viele Millionen Amerikaner verständlicherweise, dass der Aufschwung an ihnen vorbeigegangen ist“, erkennt die New York Times. Unqualifizierte Arbeiter müssen weiter schlecht bezahlte Jobs ohne verlässliche Planung und mangelnde soziale Sicherung verrichten. Haupternährer von Familien, die einst gute Jobs in der Produktion hatten, seien gezwungen Service-Jobs anzunehmen, wenn sie denn überhaupt einen Job finden. Es liegt nun an Donald Trump dafür zu sorgen, dass „die vergessenen Männer und Frauen“ tatsächlich nicht länger vergessen sind. *Nora Schmitt-Sausen*

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin. Sie hat von 2008 bis 2012 die Wirtschaftskrise in den USA miterlebt.

»Trump's Wahl passt zum neoliberalen Angriff auf Politik und Demokratie«

INTERVIEW Politikwissenschaftlerin Wendy Brown über den Zustand der amerikanischen Demokratie und die Fehler von Linken und Demokraten

Frau Brown, was sagt die vergangene Präsidentschaftswahl über den Zustand der US-Demokratie aus?
Da bin ich mir nicht sicher. Wenn man unter Demokratie versteht, dass Menschen zur Wahl gehen und dann das Ergebnis anerkennen, ist genau das passiert. Wenn mit Demokratie aber mehr gemeint ist, nämlich die Bejahung der demokrati-

schen Prinzipien in Amerika, dann sind wir in schlechter Verfassung. Dazu zählen Gleichheit, Inklusion, Universalität, garantierte Freiheitsrechte und eine maßvolle republikanische Teilhabe. Donald Trump ist kein Verfechter vieler dieser Werte. Er lehnt nicht alle ab, aber er ist kein Fürsprecher politischer und wirtschaftlicher Gleichheit und Inklusion. Er ist kein Vertreter des Konstitutionalismus, sondern hegt eine Affinität zum Autoritarismus. Seine Wahl passt allerdings zum neoliberalen Angriff auf Politik und Demokratie.

struktur. Hinzu kommt, dass der Lebensstandard insbesondere von Teilen der weißen Mittel- und Arbeiterklasse gegenüber deren Erwartungen und Vorstellungen gesunken ist. Würde das als Folge des Neoliberalismus benannt? Eben nicht! Trumps Spezialität war es gerade, die Ursachen zu verschieben. Das ist eine klassische Technik des rechten Flügels, die Effekte des Neoliberalismus, die gerade bei Weißen zu Wut und Ressentiments geführt haben, Immigranten und Nicht-Weißen anzuhängen.

diese Gruppe anspricht und argumentiert, dass sie von Immigranten, Latinos, dem globalen Süden oder Chinesen bestohlen werden? Man muss keine Ergebnisse liefern. Man muss es nur schaffen, eine Solidarität aufzubauen, die auf Resentiments basiert, und als Hass mobilisiert wird. Ich sage nicht, dass Trump damit Erfolg haben wird. Aber genau das ist unsere Sorge – und ich glaube, diese Sorge wird auch in Europa geteilt.



Wendy Brown

gegen die ländliche Mitte. Solange wir das nicht angehen, haben wir eine permanente Mobilisierung in diesen Regionen mit den Zurückgelassenen und Ausgeschlossenen. Anders ausgedrückt: Sie wissen, dass wir sie verachten, und sie hassen uns dafür. Ein Teil des Hasses, der da wählte, richtete sich eben nicht nur gegen Immigranten oder Frauen. Es war der Hass auf die Küsteneliten, die urbanen, gebildeten Schichten. Das ist der Kampf, in dem wir uns jetzt befinden. Aber es ist eben kein Klassenkampf. Viele junge Menschen in den Städten leben von viel weniger Geld als die weiße Mittel- und Arbeiterklasse. Und der wahre Abstieg in die Armut findet bei den Afro-Amerikanern statt.

In der USA grassiert Misstrauen gegenüber der Politik, die politische Kultur hat in dem Wahlkampf arg gelitten. Wie schafft man es, Menschen wieder dazu zu bewegen, nicht nur zu demonstrieren, sondern wieder aktiv Politik machen zu wollen?

Protest ist sehr wichtig. Wir brauchen aber kompetente, sachkundige und überzeugende Kandidaten. Es ist aber sehr schwer, solche Menschen zu finden, die auch den grässlichen Umständen gerade der nationalen Politik standhalten können. Es fällt schwer, sich vorzustellen, warum und wie sich junge Menschen angesichts dessen in die Politik begeben sollten – und doch brauchen wir genau das sehr dringend.

Braucht es nun eine Art Klassenpolitik?

Nein, das funktioniert in Amerika nicht. Aber man kann eine Politik gegen extreme Ungleichheit und Unfairness machen. Dazu müssen wir aber eine Spaltung überwinden: Eine der großen Trennlinien in der Wählerschaft war die Bildung. 90 Prozent der Weißen ohne College-Abschluss haben Trump gewählt. Der freie Zugang zur höheren Bildung, ein Erbe der Nachkriegszeit, wurde in den vergangenen 30 Jahren systematisch abgebaut. Das ist auch eine Folge des Neoliberalismus. Hinzu kommt die ideologische Spaltung in den Medien. Wir leben heute alle in unseren eigenen Blasen.

Zu den Filter-Blasen kommt offenbar auch eine Stadt-Land-Trennung.

Das sieht man auf den Nachwahlkarten: Es stehen die urbanen Küstenregionen

Das Gespräch führte und übersetzte Sören Christian Reimer.

Wendy Brown ist Politikwissenschaftlerin an der University of California, Berkeley. Zuletzt ist auf Deutsch von ihr das Buch erschienen: „Die schlechtere Revolution: Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört“ (Suhrkamp).

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Donald Trump auf einer Matroschka-Figur (Mitte) auf einem Moskauer Markt, eingerahmt von den Abbildern seines Vorgängers Barack Obama (rechts) und Russlands Präsident Wladimir Putin (links)

© picture-alliance/NurPhoto

Trump im Porzellanladen

AUSSENPOLITIK Wie die Vorgänger wird der künftige Präsident oft reagieren müssen, statt nach seinen Plänen agieren zu können

Donald Trump macht manches anders als seine Vorgänger. Das sollte man ihm nicht vorwerfen. Ein Gutteil seiner Wähler hat gerade deshalb für ihn gestimmt. Sie erwarten, dass er mit den Konventionen bricht. Soll man es also als erfrischend und kreativ empfinden, dass er nicht einfach die gewohnte China- und Russlandpolitik fortsetzt? Sein Telefonat mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing Wen bringt Bewegung in die Beziehung zu China. Und die Auswahl eines Unternehmers mit guten persönlichen Beziehungen zu Wladimir Putin als Außenminister könnte denen in Deutschland entgegenkommen, die fordern, der Westen solle ausprobieren, ob mehr Dialog mit Putin zu besseren Ergebnissen führt als die Sanktionspolitik. Einerseits.

Andererseits haben die ersten Duftmarken, die Trump in der Außenpolitik setzt, Irritationen ausgelöst. Sein Abweichen von traditionellen Verhalten macht schlagartig klar, welchen Wert die Berechenbarkeit hat. Sie ist nicht einfach nur eine altmodische Tugend, sondern gehört zu den Stützpfeilern von Stabilität und Friedenssicherung.

Mit Bedacht Wer die Außenpolitik einer Supermacht neu ausrichten möchte, sollte nicht disruptiv vorgehen, sondern mit Bedacht und seine Absichten erklären. Sonst kann die Kursänderung Gefahren heraufbeschwören. Verantwortungsbewusste außenpolitische Wenden verlangen Geduld und sorgfältige Vorbereitung, siehe Barack Obamas Öffnung nach Iran und Kuba sowie früher Willy Brandts Ostpolitik. Auch

überlegte Ansätze können scheitern: Obamas Angebot eines neuen Umgangs mit der islamischen Welt in der Kairoer Rede vom Sommer 2009 wurde durch den gewaltsamen Verlauf des „Arabischen Frühlings“ überholt. Wo auf dieser Skala ist Trump einzuordnen? Sein öffentliches Nachdenken im Wahlkampf darüber, ob die Bündniszusage der Nato unbedingt gilt oder nur für Alliierte, die mindestens zwei Prozent des BIP für Verteidigung ausgeben, rief Stirnrünzeln hervor. Es könnte manche in Moskau auf den gefährlichen Gedanken bringen, zu testen, wie weit die Solidarität im Zweifel reicht. Trump löste reale Ängste im Baltikum und in Polen aus.

Was also ändert sich in der US-Außenpolitik mit dem Wechsel von Obama zu Trump? Gegenfrage: Wie viel belastbares Wissen haben wir da überhaupt? Schon das ist ein Novum. Die deutsche Außenpolitik kennt die Herausforderung, dass sie über die Absichten ihrer Gegner bis zu einem gewissen Grade nur spekulieren kann. Bei einem engen Verbündeten ist das neu. Wo verläuft bei Trump die Grenze zwischen Andersmachen, Unwissen und einem Verhalten wie der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen der internationalen Diplomatie?

Im Wahlkampf kam Außenpolitik nur auf dem Niveau von Schlagworten vor: Den IS wollte Trump mit „Bombenteppichen“ bekämpfen. China für angebliche Währungs-

manipulation und unfaire Handelspraktiken bestrafen. Die für Amerika schlechten Freihandelsabkommen kündigen. Eine Mauer nach Mexiko bauen. Und mit Putin werde er sich womöglich gut verstehen, der zeige Führungsqualitäten.

Daraus ergeben sich aber noch keine konkreten Handlungsabsichten. Wie will er mit Deutschland, Europa, Russland, dem

Verantwortungsvolle außenpolitische Wenden verlangen Geduld und sorgfältige Vorbereitung.

Nahen Osten und China umgehen? Hinweise liefert bisher allein seine Personalpolitik. Für manche Weltregionen fehlen sogar solche Signale, etwa für Deutschland und die arabische Welt. Für andere Regionen sind sie widersprüchlich. Und in manchen Beziehungen entsteht der Eindruck, dass die Geschäftsinteressen des Businessmans Trump und seiner Familie in das Handeln des „President Elect“ Trump hineinspielen. Die „New York Times“ publizierte Ende November ein Dossier zu solchen Interessenkonflikten in 20 Ländern, darunter Brasilien, die Philippinen und die Türkei.

Mitakteure Das Hauptinteresse in den USA gilt derzeit drei Fragen. Sein Umgang mit Russland? Erklären sich überraschende Manöver aus Unkenntnis oder sind sie kalkulierte Vorstöße auf Neuland? Und wie groß ist sein Handlungsspielraum angesichts einflussreicher Mitakteure, von den Ministern über den Kongress und das sicherheitspolitische Establishment bis zur Privatwirtschaft?

Trumps Russlandpolitik (siehe auch Beitrag unten) rückt in den Fokus, weil seine Entscheidung für den Ölmanager Rex Tillerson als Außenminister zusammenfiel mit den Vorwürfen der Geheimdienste, Putin habe die US-Wahl gezielt zu Trumps Gunsten beeinflussen wollen. Tillerson, heißt es, wolle die Sanktionen mildern und das Verhältnis zu Moskau entspannen. Doch Trumps Personalpolitik ist widersprüchlich. Er holt auch Skeptiker in sein Kabinett, die Russland neben dem IS für einen der Hauptgegner der USA halten wie Verteidigungsminister James Mattis und CIA-Chef Mike Pompeo.

Der Kongress wird die potenziellen Wahlmanipulationen untersuchen und damit Schlagzeilen produzieren. In dieser öffentlichen Atmosphäre dürfte es schwer fallen, einen Putin-freundlichen Kurs durchzusetzen – zumal es in den USA im Gegensatz zu Deutschland keine nennenswerte Lobby für die These gibt, der Westen habe Russland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts unfair behandelt. Unter Republikanern sind die Falken gegen Putin besonders stark. Die Senatoren John McCain und Lindsey Graham werden ihre Bedenken gegen Putin-Freunde wie Tillerson in den Anhörungen im Senat deutlich machen.

Auch gegenüber China sind die Signale doppeldeutig (siehe Beitrag auf Seite 12 oben). Das Telefonat mit Taiwans Präsidentin brach mit der US-Politik der letzten Jahrzehnte. Er

will zudem eine gebürtige Taiwan-Chinesin, Elaine Chao, zur Verkehrsministerin machen. US-Botschafter in Peking soll aber Terry Branstad werden, ein persönlicher Bekannter des chinesischen Präsidenten Xi – was Peking ausdrücklich lobte.

Wie schlüssig ist Trumps Vorgehen überhaupt? Die Reihenfolge, in der Gratulanten zu seinem Wahlsieg zu ihm durchgestellt wurden, wirkte erratisch. Dem irischen Premier gelang das vor seiner britischen Kollegin und der Bundeskanzlerin. Und warum war Trump nett zum philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte? Weiß er nicht, dass Duterte ein Demagoge ist, der Obama als „Sohn einer Hure“ beschimpft hatte? Im Gespräch mit Pakistans Premier Nawaz Sharif nahm Trump angeblich eine Einserklärung eine Einserklärung an – möglicherweise in Unkenntnis der Gründe, die Obama bewegen hatten, kein einziges Mal dorthin zu reisen. Was wiederum Indien, einen Verbündeten der USA, rätseln lässt, ob Trump eine Neuorientierung der US-Außenpolitik vollzieht. Und Deutschland? Die Europäer müssten mehr für ihre Verteidigung ausgeben, sagt Trump. Ansonsten gibt es keine Hinweise. Im Wahlkampf hatte er Kanzlerin Merkel für verrückt erklärt; mit ihrer Flüchtlingspolitik habe sie die Kontrolle verloren. Das wird bald genauso vergessen sein wie Außenminister Steinmeiers Bewertung Trumps als Hassprediger. Deutschland ist Amerikas einflussreichster Partner in

Die Geschichte kann einer Präsidentschaft eine Richtung geben, die der Gewählte nicht im Blick hatte.

Europa: die USA sind Deutschlands entscheidende Hilfe bei der Terrorabwehr sowie der größte Exportmarkt. Zudem stammt Trumps Großvater aus Kallstadt in der Pfalz; das wird bei der Charmeoﬀensive vor dem ersten Treffen Trump-Merkel eine Rolle spielen. Auch die Hinweise auf Trumps Pläne im Nahen und Mittleren Osten sind spärlich. Er hat David Friedman als US-Botschafter in Israel nominiert: einen Anhänger der Siedler-Bewegung. Doch er hat auch mehrfache die Absicht geäußert, den Friedensprozess als Moderator neu zu beleben.

Strategien Vieles ist noch unklar. Ob Trump überhaupt klare Vorstellungen einer strategischen US-Außenpolitik hat. Wie weit er sich für Details interessiert. Und wie viel Zeit und Energie er überhaupt auf internationale Beziehungen verwenden möchte. Die Erfahrung lehrt: Die Geschichte fragt nicht danach. Sie meldet sich mit Ereignissen zu unerwarteten Zeitpunkten und kann einer Präsidentschaft eine Richtung geben, die der Gewählte gar nicht im Blick hatte. Für George W. Bush war das der Terrorangriff am 9/11. Obama wurde vom Arabischen Frühling kalt erwischt. Zudem gibt es Akteure, auf die ein US-Präsident wenig Einfluss hat und auf die er doch reagieren muss: von Nordkoreas Atomtests über Terroranschläge bis zu Cyber-Attacken. Auch Trump wird oft reagieren müssen, statt nach seinen Plänen agieren zu können. *Christoph von Marschall*

Der Autor ist Redakteur des „Tagesspiegels“ und berichtete von 2005 bis 2013 als Korrespondent aus Washington.

Der Feind meines Feindes

RUSSLAND Der Kreml zeichnete Donald Trump als Freund des Landes. Mit seinem Sieg fehlt nun zwar der Sündenbock im Weißen Haus, dafür setzt man auf mögliche geopolitische »Deals«

Man könnte meinen, dass der scheidende amerikanische Präsident in Russland beliebt gewesen wäre. Schließlich wickelte Barack Obama die Interventionen seines Vorgängers ab und läutete den Rückzug Amerikas ein. Die Erfahrungen in Afghanistan, im Irak, in Libyen waren entscheidend dafür, dass der syrische Diktator Giftgas gegen sein Volk einsetzen konnte, ohne dass diese „rote Linie“ Obamas Militärschläge zur Folge hatte. Die halbherzige Unterstützung des Aufstands eröffnete dem russischen Präsidenten Putin den Freiraum, den er seit einviertel Jahren in Syrien nutzt – auch, um ein Zeichen zu setzen gegen den Interventionismus, den der Westen betreibt. Denn dafür stand in Moskau sogar der zögerliche Obama, schon um den Russen ein Feindbild zu geben.

Oft ist in Moskau von amerikanisch orchestrierten „Farbenrevolutionen“ die Rede, die man auch im „arabischen Frühling“ erkennen wollte. Die russische Führung sieht sich

dadurch selbst bedroht; sie hat nicht vergessen, wie Hillary Clinton als Obamas Außenministerin die Massenproteste gegen die Fälschung der Duma-Wahl 2011 rechtfertigte. Putin wollte gar ein „Signal“ erkennen, das Clinton den Demonstranten gegeben habe. Moskaus Intervention in der Ukraine 2014 ist auch eine Reaktion auf diese Bedrohung. Militärisch stehen die Zeichen seither auf neuer Konfrontation mit der Nato. Regelmäßig werden in Russland angekündigte Truppenübungen mit Zehntausenden Soldaten abgehalten. Zugleich stuft man die Stationierung von 4.000 Nato-Soldaten im Baltikum und in Polen als Aggression ein. Auch das dient dem Bild Russlands als „belagerter Festung“, in der sich das Volk hinter dem Führer schart. Im Kern ist die Bedrohung durch den Westen aber keine militärische Frage, sondern eine der Werte. Es geht um Russlands Großmachtstatus, für den die Wirtschaftsmacht nicht reicht, und darum, dass Wandel

Macht und Pfunde der Führung gefährden würde. Daher sind besonders die – in Russland entwerteten – demokratischen Wahlen zu diskreditieren. Man inszenierte den Außenseiter Donald Trump zu Hause als „gro-

ßen Freund Russlands“ und unterstützte ihn auch mit den Auslandsmedien RT und Sputnik, verbreitete Märchen über eine schwere Erkrankung Clintons, Fälschungen der Stimmzettel und eine Gründung des

„Islamischen Staats“ durch Obama und Clinton. Trump griff die Geschichten auf und auch solche, die nach amerikanischen Angaben auf russische Hackerangriffe auf die Demokraten zurückgehen.

Überraschung Der Kreml hatte sich und die Bevölkerung aber auf den Sieg Clintons eingestellt, man war überrascht über Trumps Sieg. Einerseits ist Putin nun erst einmal das wichtigste Feindbild weggebrochen und er hat für einen wichtigen Trumpf, die Unberechenbarkeit, Konkurrenz bekommen. Andererseits verstärkt Trumps Einzug ins Weiße Haus den Trend zu Amerikas Rückzug, wirft sogar Fragen nach der Nato-Bündnis-solidarität auf. Trump bedient wie Putin demokratisierende Erzählstränge, etwa, wenn er gegen Journalisten giftet und falsche Informationen verbreitet. Die Botschaft ist für beide Männer, dass alles verhandelbar und also käuflich ist. Putin bevorzugt erklärte Geschäftemacher wie



Der designierte US-Außenminister Rex Tillerson (rechts) - hier 2012 bei der Auszeichnung mit dem „Freundschaftsorden“ durch Russlands Präsidenten Wladimir Putin

© picture-alliance/dpa

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Russland, Weißrussland, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Zeichen auf Sturm

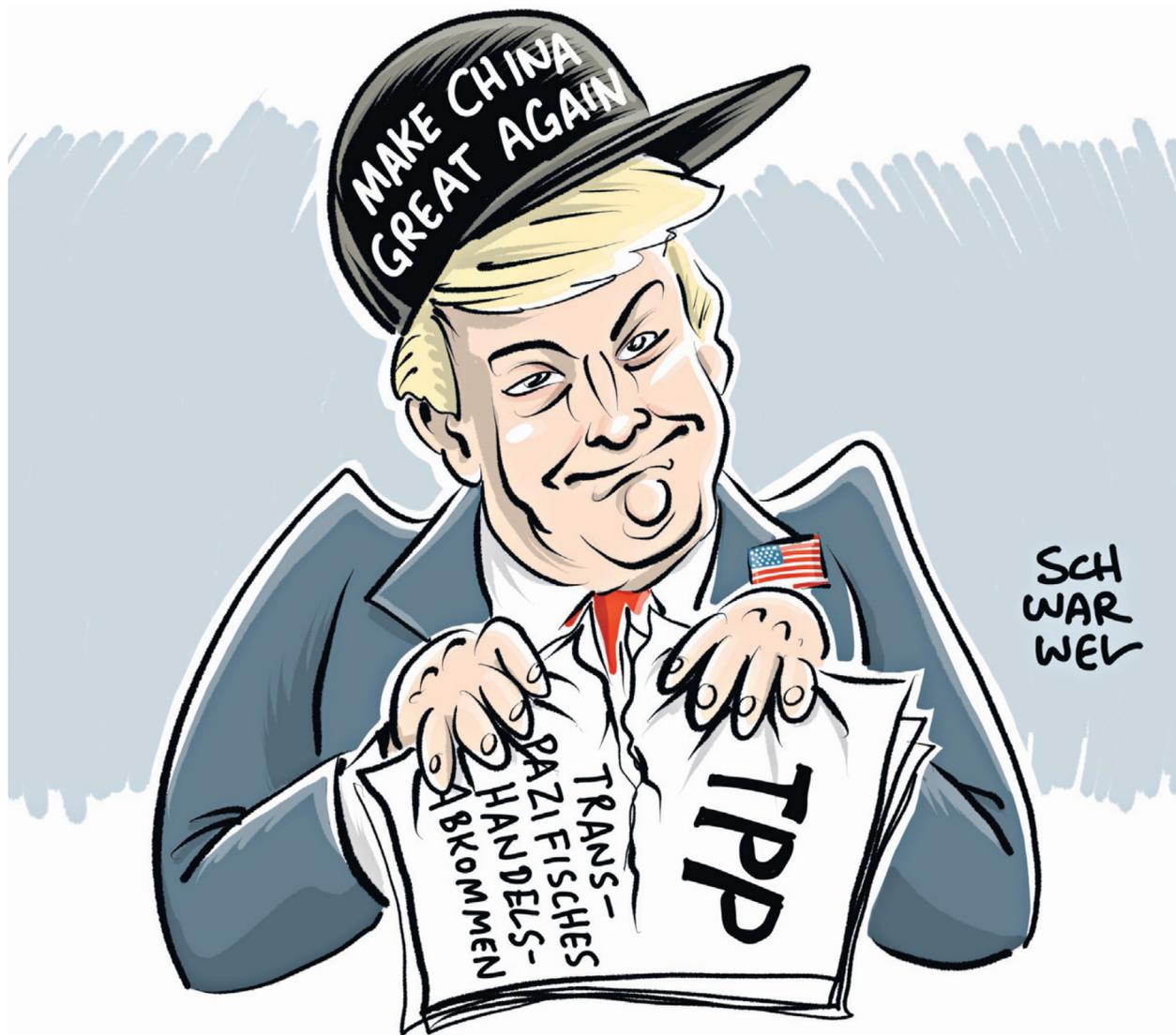
CHINA Peking reagiert kühl auf die Provokationen des künftigen US-Präsidenten. Die Führung spielt das Szenario eines Handelskrieges durch, hofft aber, dass Donald Trumps Geschäftssinn ihn letztlich doch als Pragmatiker handeln lässt

Anfangs hat Peking noch betont, gelassen auf die Wahl Donald Trumps zum Nachfolger von US-Präsident Barack Obama reagiert. Trump hatte im Wahlkampf mit hohen Einfuhrzöllen oder dem Ausstieg aus dem Klima-Abkommen von Paris gedroht, das Chinas Präsident Xi Jinping und Obama maßgeblich mit ausgehandelt haben. Trump kündigte außerdem an, China spätestens am 100. Tag seiner Amtszeit als Währungsmanipulator brandmarken zu lassen, der seine Währung künstlich niedrig halte. Dieses Etikett würde die USA zu Strafzöllen berechtigen. Peking blieb auch angesichts dieser Äußerungen noch gelassen. Präsident Xi Jinping gratulierte Trump zum Wahlsieg und betonte dabei: „Kooperation ist das einzig Richtige für die USA und China“.

Doch dann telefonierte Trump Anfang Dezember mit Taiwans Präsidentin Tsai Ingwen. Und legte damit den Finger in Chinas tiefste Wunde. Seit sich die Insel im Bürgerkrieg 1949 abspaltete, wird sie von der Volksrepublik als abtrünnige Provinz angesehen. China trotz allen Partnern ein Bekenntnis zum Ein-China-Prinzip ab, wonach es nur ein China gibt, zu dem auch Taiwan gehört. Niemand darf aus Sicht Pekings die de-facto unabhängige, demokratisch regierte Insel wie einen Staat behandeln; das Prinzip gehört zu den Grundfesten des chinesischen Staatsverständnisses. Doch Trump sagte im US-Fernsehen, er fühle sich keineswegs an die Ein-China-Politik gebunden – „es sei denn, wir verbinden dies mit einem Deal auf einem anderen Gebiet wie dem Handel“. Damit erklärte der künftige Präsident das Prinzip – wie so viele internationale Verträge – mal eben zur Verhandlungsmasse.

Spannungen Seit die USA und China vor 37 Jahren diplomatische Beziehungen aufgenommen, war das Verhältnis zwischen ihnen stets von gewisser Spannung geprägt. Man kooperierte, war aber nie eng befreundet. Doch bisher rüttelte keine Seite leicht an den Grundfesten dieser Beziehungen. Wie ernst Trump seine Aussagen zu Taiwan gemeint hat, ist unklar – wie so oft. Und so reagierte China vorerst kühl, aber kontrolliert. „Die Anerkennung des Ein-China-Prinzips ist das politische Fundament der Entwicklung der US-China-Beziehungen“, betonte Chinas Außenamtssprecher Geng Shuang. Werde dieses in Frage gestellt, seien „stetiges Wachstum der US-China-Beziehungen sowie die bilaterale Kooperation bei Schlüsselthemen unmöglich“. Wer Chinas Kern-Interessen schade, „schieße sich selbst in den Fuß“, warnte Außenminister Wang Yi. China werde nie um das Ein-China-Prinzip feilschen, schrieb Wang Tao, Leiterin für Wirtschaftsforschung bei der Schweizer Bank UBS in Hongkong. „Für China gibt es kein Abwägen zwischen Handel und Taiwan.“

Damit wird China von der Unberechenbarkeit des US-Milliardärs ebenso getroffen wie Europa und der Rest der Welt. Die staatlichen Zeitungen des Landes hatten vor der Wahl für einen Sieg Trumps vorwiegend wirtschaftspolitische Konflikte vorhergesagt. Bei einer möglichen Präsidentin Hillary Clinton war man vor der Wahl von mehr geopolitischen Streitigkeiten ausgegangen – etwa im Südchinesischen Meer, das China zum Leidwesen der von den USA unterstützten Anrainerstaaten fast komplett beansprucht. Im Wahlkampf hatte Trump China vor allem im Zusammenhang mit Wirtschaftsfragen angegriffen. Die Achillesferse der USA ist das gewaltige Handelsdefizit mit China – 337 Milliarden Dollar im Jahre 2015. China habe Millionen amerikanischer Jobs gestohlen, wetteuerte Trump daher im Wahlkampf immer wieder. Diese werde er zurückholen. Er werde die Höhe von 45 Prozent auf chinesische Güter erheben.



Der künftige US-Präsident hat im Wahlkampf ein Ende des transpazifischen Handelsabkommens (TPP) gefordert. Das könnte Chinas Position sogar stärken.

© picture-alliance/Schwarzwel

Der Klimawandel sei ein von China in die Welt gesetzter „Witz“. Kurz nach der Wahl drohte die nationalistische Zeitung „Global Times“ daher den USA bereits mit Konsequenzen, sollte Trump einen Handelskrieg anzetteln: China könne Boeing-Orders durch Airbus-Bestellungen ersetzen. Die Verkäufe amerikanischer Autos und Smartphones würden leiden, Importe von Soja und Mais aus den USA gestoppt. Viele seien verunsichert, sagte Kenneth Jarrett, Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Shanghai. Die Regierung könne zum Beispiel Chinas Staatsfirmen durch Druck oder Anweisungen dazu drängen, nicht mehr bei US-Firmen einzukaufen. „Jeder versucht, Pekings Stimmung einzuschätzen, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

In Staatsanleihen investiert Beide Staaten sind in der Tat wirtschaftlich eng verflochten, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

Beide Staaten sind in der Tat wirtschaftlich eng verflochten, und das wird auch die wirtschaftlichen Aktivitäten beeinflussen“, so Jarrett. US-Firmen werden mit neuen Investitionen vorerst zögern. Chinesische Wirtschaftsexperten hoffen derweil, dass Trumps Geschäftssinn ihn am Ende doch zum Pragmatiker werden lässt. Gemeinsame ökonomische Interessen unterliegen nicht den politischen Veränderungen in beiden Ländern, glaubt etwa Tao Wenzhao, Experte für China-USA-Beziehungen an der staatsnahen Chinese Academy of Social Sciences. Trump als smarter Geschäftsmann wisse: „Ein Handelskrieg würde beiden Seiten schaden.“

China hat ebenso wie Japan große Summen in amerikanische Staatsanleihen investiert. Ende September hielt das Land US-Schuldscheine im Wert von 1,16 Milliarden US-Dollar. Umgekehrt sind die Direktinvestitionen amerikanischer Firmen in Produktionsstätten in China nach wie vor hoch. Berechnet nach einer neuen, auf Transaktionen basierenden Datenbestandsmethode der Rhodium Group und des National Committee on US-China Relations, investierten US-Unternehmen zwischen den Jahren 1990 und 2015 rund 228 Milliarden Dollar in China. In die umgekehrte Richtung flossen immerhin 64 Milliarden US-Dollar. Dieses Geld schuf laut der Studie in den USA 100.000 Jobs, während US-Firmen in China

mehr als 1,6 Millionen Menschen beschäftigten. Eine von Trumps Ankündigungen aus dem Wahlkampf würde China derweil sogar begrüßen: Das Aus für den von Obama ausgehandelten transpazifischen Freihandelspakt TPP. Dieser umfasst viele Staaten auf beiden Seiten des Pazifik – und schließt China ausdrücklich aus. Und nicht nur das. Das Ende von TPP macht Chinas eigene Initiative in Asien für die Nachbarstaaten attraktiver: Die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), eine pan-asiatische Freihandelszone, für die China seit Jahren wirbt – auch als Gegengewicht zu TPP. Die 16 RCEP-Länder – die Mitglieder des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN, die 2012

den Anstoß zu der RCEP-Idee gaben, sowie China, Japan, Südkorea, Indien, Australien und Neuseeland – repräsentieren gemeinsam 30 Prozent des weltweiten BIP und fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Die Verhandlungen sind kompliziert; Indien etwa fürchtet ein noch größeres Handelsdefizit mit China, Japan die Öffnung seiner Agrarmärkte. Trotzdem hatte Japans Ministerpräsident Shinzo Abe kürzlich angekündigt, bei einem Scheitern von TPP den Fokus auf RCEP zu verschieben. Das Ende von TPP könnte also dazu führen, dass Asien am Ende enger zusammenrückt und sich dabei um China scharf.

Spannungen Parallel spielt die Sorge der Anrainerstaaten am Südchinesischen Meer, die USA könnten sich unter Trump aus der Region zurückziehen, China in die Hände. In dem Gewässer erheben mehrere Staaten, darunter Vietnam, Malaysia oder die Philippinen, ebenfalls Anspruch auf einzelne Inselgruppen und Riffe. Die Spannungen in der rohstoffreichen und als Handelsroute wichtigen See waren zuletzt gestiegen, nachdem China Landgewinnung auf umstrittenen Riffen vornahm. Die Philippinen verklagten Peking vor dem Internationalen Gerichtshof und bekamen Recht – was China ignorierte. In Vietnam gingen Menschen gegen China auf die Straße. Sie alle wussten Amerika auf ihrer Seite, denn die USA schickten regelmäßig Patrouillenboote. Hillary Clinton hatte China als Außenministerium offen zur Zurückhaltung gemahnt.

Trump indes hat an diesem Thema bisher keinerlei Interesse erkennen lassen. Er streifte den Konflikt allein in einem seiner typischen Tweets: „Hat China uns gefragt, ob es okay ist, seine Währung abzuwerten ...“, unsere Produkte stark zu besteuern ... oder einen massiven Militärkomplex im Südchinesischen Meer zu bauen? Ich glaube nicht!“ Der neue philippinische Präsident Rodrigo Duterte schwenkte bereits auf Chinas Linie und kündigte eine „Trennung“ von den USA in Wirtschaft und Militär an. Im Gegenzug gewährte China seinem Land Zugang zum von beiden Staaten beanspruchten, aber von China kontrollierten Scarborough Shoal, dessen Gewässer wichtige philippinische Fischereigründe sind. Laut Berichten denkt die Führung von Malaysia über einen ähnlichen Schwenk nach.

Im Wahlkampf forderte Trump zudem Japan und Südkorea auf, mehr für die Stationierung der US-Truppen auf ihrem Boden zu zahlen – und drohte indirekt mit Abzug. Zwar ist seit seinem Wahlsieg davon keine Rede mehr. Doch dürfte es China durchaus recht sein, wenn Trump den US-Alliierten in seinem Hinterhof Bedingungen stellt.

Wettrüsten In dieser von Unsicherheit geprägten Phase tut Peking gut daran, abwartend zu agieren. Die Welt schaut genau hin. Ein ernster Konflikt zwischen den beiden Giganten würde niemanden unberührt lassen. Steigen die Spannungen an der Taiwanstraße, befürchten Experten ein Wettrüsten in Ostasien. Handelskonflikte zwischen beiden Staaten könnten globale ökonomische Beben auslösen. Sollte etwa China sich entschließen, aus Protest gegen Strafzölle große Mengen seiner US-Staatsanleihen abzustößen, wäre das nicht nur schmerzhaft für Trump, der Geld für sein Infrastrukturprogramm braucht. Wenn massenhaft US-Staatsanleihen auf den Markt geworfen werden, würden deren Kurse drastisch sinken und im Gegenzug die Renditen steigen – und damit die Zinsen in den USA. Heftige Reaktionen der Aktien- und Devisenmärkte wären wohl die Folge, mit Konsequenzen für den Welthandel. Dies würde auch China selbst schaden. Man kann nur hoffen, dass es dazu nicht kommt. *Christiane Kühl*

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus Peking.

Im Süden nichts Neues

LATEINAMERIKA Der »Hinterhof« dürfte auch in den nächsten Jahren außerhalb des Zentrums der US-Außenpolitik stehen. Das muss für Washingtons südliche Nachbarn kein Nachteil sein

Seit Jahr und Tag oszilliert die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika zwischen Interventionismus und Vernachlässigung. Bald waren die USA mit Krieg und direkter Einflussnahme in ihrem »Hinterhof« erfolgreich, bald war im Gegenteil Desinteresse förderlich für Washington. Nicht erst während der Präsidentschaft Barack Obamas hatte sich die Außen- und Sicherheitspolitik des Weißen Hauses auf andere Weltgegenden zu konzentrieren. Schon unter Amtsvorgänger George W. Bush musste Washington vor allem im Nahen und Mittleren Osten deutlich mehr Energie und Ressourcen einsetzen als in Lateinamerika: Die epochale Wirkung der Terroranschläge vom 11. September 2001 dauert auch anderthalb Jahrzehnte später unvermindert fort. Dazu kommen der Aufstieg Chinas, die Schulden- und Flüchtlingskrisen in Europa, die Rückkehr Russland als geostrategischer Konkurrent.

Obama versuchte zwar, sich aus dem Irak zurückzuziehen und auch das militärische En-

gagement in Afghanistan zu reduzieren. Er musste sich aber der harten Wirklichkeit in der islamisch-arabischen Welt unterwerfen: Obamas Doktrin vom »Verebben des Krieges« blieb Wunschdenken. Auch aus der mit großem Aplomb verkündeten »Schwerpunktverlagerung nach Asien« (Pivot to Asia) ist nicht viel geworden. Das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen Amerika und dem Pazifischen Raum steckt in den Vorverhandlungen fest.

Man muss diese – gewollte oder ungewollte – Kontinuität vor Augen haben, um eine Bilanz der Lateinamerika-Politik Obamas zu ziehen und eine Prognose für die nächsten Jahre unter Trump zu wagen. Viel spricht dafür, dass auch unter dem Republikaner Lateinamerika nicht im Mittelpunkt des außen- und sicherheitspolitischen Interesses Washington stehen wird. Das muss nicht schlecht sein für die Entwicklungen in der westlichen Hemisphäre von der wütenden Rhetorik des Wahlkämpfers Trump gegenüber Mexiko dürfte nur we-

nig übrig bleiben. Ob die ominöse Mauer am Rio Grande gebaut wird, steht dahin. Elf Millionen illegale Einwanderer – davon fast sechs Millionen Mexikaner – abzuschreiben, ist schon logistisch ein Ding der Unmöglichkeit. Im Freihandel der Nachbarstaaten werden jeden Tag Güter und Dienstleistungen im Wert von rund 1,4 Milliarden Dollar ausgetauscht, und diesen für beide Seiten wirtschaftlich überlebenswichtigen Austausch wird der einstige Geschäftsmann Trump nicht einfach unterbinden. Die Zusammenarbeit im Krieg gegen die Drogenkartelle wurde in den vergangenen Jahren immer intensiver. Dieser Prozess wird unter Trump gewiss fortgesetzt.

Federtrichpolitik Den klarsten Bruch der Kontinuität in der Lateinamerika-Politik Washingtons vollzog Obama in der Kuba-Politik. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Lockerung der Sanktionen gegen Havanna wurden in ganz Lateinamerika positiv aufgenommen. Trump hatte anfangs Obamas Kuba-Politik gelobt,

vollzog kurz vor dem Wahltag vom 8. November aber eine Kehrtwende. Er werde die Annäherungspolitik beenden und umkehren, sollte das kommunistische Regime in Havanna auch weiterhin den Kubanern alle politischen Freiheiten verweigern, drohte Trump nun. Tatsächlich könnte er mit der gleichen Federtrichpolitik wie Obama sämtliche Präsidentenerlasse seines Vorgängers rückgängig machen und auch den US-Botschafter aus Havanna wieder abziehen. Trumps Kuba-Politik ist die große Unbekannte in der künftigen Lateinamerika-Politik Washingtons.

Dagegen spricht viel dafür, dass Trump das von Obama gegebene Versprechen einlösen wird, den Friedensprozess in Kolumbien mit bis zu 450 Millionen Dollar zu unterstützen. Washington spielte bei den vierjährigen Verhandlungen der Regierung in Bogotá mit der marxistischen Farc-Guerilla zwar keine Hauptrolle, unterstützte aber den Prozess, der schließlich im November 2016 zum Ende des längsten Bürgerkriegs in Lateinamerika führte.

Obamas Initiative zur Stabilisierung El Salvadors, Guatemalas und Honduras war – wie so vieles in der amerikanischen Lateinamerika-Politik – von innenpolitischen Interessen geleitet. Es galt, den Flüchtlingsstrom unbegleiteter Minderjähriger aus den Staaten des sogenannten nördlichen Dreiecks einzudämmen. Doch die reale Bedrohung durch Drogenkartelle und kriminelle Banden, vor der Kinder und Jugendliche in Massen fliehen, lässt sich nicht durch einige Diplomatentreffen und ein paar Millionen Dollar für die dortigen Sicherheitsbehörden abwehren.

Im letzten Jahr seiner Amtszeit hatte Obama auch einfach nur Glück mit Lateinamerika. Es vererbte die »rote Welle« linker Regierungen in wichtigen Staaten des Halbkontinents. In Brasilien, Argentinien und Peru kamen konservative Regierungen an die Macht, die eine Annäherung an Washington betrieben statt den schalen Antiamerikanismus der Vorgänger am Köcheln zu halten. Die erste schwere Prüfung für die neue Regierung in Washington wird Venezuela be-

reiten. Dort wird das sozialistische Regime unter Präsident Nicolás Maduro seine Macht mit allen Mitteln verteidigen und den weiteren Zerfall des einst reichen Landes mit den größten Ölreserven der Welt in Kauf nehmen. Auch in Venezuela hat Obama sein im Fall Kuba erprobtes Konzept des unerbittlichen Pragmatismus angewendet: Um der diplomatischen Begegnung »auf Augenhöhe« willen und aus Respekt vor dem jeweiligen Regime wurden Menschenrechte und Demokratie so gut wie nicht thematisiert. Deshalb fühlen sich Dissidenten auf Kuba und Oppositionspolitiker in Venezuela von der Regierung Obama im Stich gelassen.

Trump hat versprochen, er werde zuerst und vor allem »Amerika wieder großartig machen«. Was das für die Länder Lateinamerikas und für deren gut 620 Millionen Einwohner bedeutet, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Washingtons relative Vernachlässigung seiner südlichen Nachbarn in den vergangenen 15 Jahren war alles andere als eine Katastrophe für Lateinamerika. Es könnte dabei bleiben. *Matthias Rüb*

Der Autor berichtet als Lateinamerika-Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« aus São Paulo.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Abschiedsbesuch: US-Präsident Barack Obama (links) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im November 2016 im Kanzleramt in Berlin

© picture-alliance/AP Photo

Ungewisse Leitplanken

DEUTSCHLAND-USA Das Verhältnis wird sich verändern. Unklarheiten um Moskau und eine neue Sicherheitsarchitektur

Man ist man die Beziehungen von Mächten an dem, was maßgebliche Politiker übereinander sagen, stehen dem deutsch-amerikanischen Verhältnis trübe Zeiten bevor. Und dies ausgerechnet in einer Epoche, in der Russland die europäische Nachkriegsordnung herausfordert und der islamistische Terror spätestens mit dem Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin Deutschland erreicht hat. Er sei ein „Hassprediger“, sagte Frank-Walter Steinmeier (SPD), derzeit deutscher Außenminister und bald Bundespräsident, über Donald Trump während dessen Wahlkampf. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erinnerte am Tag nach Trumps Wahl an gemeinsame Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenwürde und bot „auf der Basis dieser Werte“ dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten „eine enge Zusammenarbeit an“.

Gemeinsame Prinzipien Washington, die einzige Weltsupermacht, und Berlin, das in den USA als führende Kraft Europas wahrgenommen wird, scheinen angesichts der aktuellen Herausforderungen zu einer noch tieferen Kooperation innerhalb der Nato wie auf bilateraler Ebene nahezu verdammt. Doch ausgerechnet in dieser Situation haben die

USA einen Mann ins Weiße Haus gewählt, der alle vermeintlichen Gewissheiten über Amerikas Innen- und Außenpolitik infrage stellt. Und Deutschland sieht ebenfalls Veränderungen entgegen, weil große Teile der Bevölkerung daran zweifeln, dass die in gewaltiger Zahl zuströmenden Migranten und Flüchtlinge integriert werden können. Darum dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit bei der Bundestagswahl 2017 mit der AfD eine neue Partei ins nationale Parlament einziehen. Zukunft ist nie kalkulierbar. Doch in den Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern gab es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges trotz diverser Umbrüche gemeinsame Prinzipien und Interessen, die von Politikern auf beiden Seiten des Atlantiks wie Leitplanken genutzt wurden. Am Vorabend des Amtsantritts von Trump wirken diese Leitplanken so unzuverlässig wie ein morscher Zaun am Rande einer Hochgeschwindigkeitsstrecke.

Ende der 1940er Jahre rettete die USA durch die Luftbrücke West-Berlin vor dem Zugriff der Sowjetunion und in den folgenden Dekaden des Kalten Krieges Westdeutschland insgesamt. Dann fiel 1989 die Mauer, zu deren Abriss Präsident Ronald Reagan den letzten sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow bereits 1987 in Berlin aufgerufen hatte. Reagans Nachfolger George H.W. Bush überwand Widerstände in Paris und London gegen die deutsche Wiedervereinigung.

Barack Obamas Popularität war anfangs größer als in Amerika.

Als Al Qaida am 11. September 2001 New York und Washington angriff, versicherte Kanzler Gerhard Schröder (SPD) den USA die „uneingeschränkte Solidarität“. Aber er verweigerte im März 2003 die Gefolgschaft beim Feldzug gegen den Irak. Die bilateralen Beziehungen stürzten auf ihren Tiefpunkt. Bis Barack Obama kam. Seine Popularität war in Deutschland zunächst größer als in den USA. 200.000 verzückte Anhänger versammelten sich im Juli 2008 an der Berliner Siegessäule, um der Rede des Senators zuzuhören, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal offizieller Präsidentschaftskandidat der Demokraten war. Der Honeymoon schien 2013 beendet, als Edward Snowden streng geheime Programme der NSA und Details über die Abhörpraxis des Auslandsgeheimdienstes bis ins Kanzleramt hinein enthüllte. Doch die Deutschen söhnten sich während des diesjährigen amerikanischen Wahlkampfes wohl auch mit Blick auf den gänzlich unbeliebten republikanischen Kandidaten Trump mit Obama aus. 89 Prozent der Bundesbürger sagten im Juni in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew, Obama tue in der internationalen Politik das Richtige – damit lagen sie vor Frankreich (84 Prozent) und Großbritannien (79 Prozent) und weit über dem Schnitt der befragten zehn EU-Staaten (77 Prozent).

„Wenn ich auf die vergangenen acht Jahre zurückblicke“, lobte Obama bei seinem Ab-

schiedsbesuch in Berlin Mitte November Kanzlerin Merkel, „hätte ich mir keinen standfesteren und verlässlicheren Partner auf der Weltbühne wünschen können.“ Die Gastgeberin äußerte sich ähnlich freundlich und zog einen Schlusstrich unter den NSA-Skandal, als sie „die Zusammenarbeit unserer Nachrichtendienste“ anpries und hinzufügte: „Heute sehen wir angesichts der weltweiten Bedrohung durch den islamistischen Terror, durch IS, wie wichtig die internationale Kooperation der Dienste und gerade auch mit den Diensten der Vereinigten Staaten von Amerika ist. Wir brauchen diese Kooperation.“

Worauf könnte diese Kooperation in der Ära Trump gründen? Merkel und Obama hatten sich für den transatlantischen Freihandelsvertrag TTIP eingesetzt. Er spielte im US-Wahlkampf keine Rolle. Aber Trump wandte sich (wie schließlich auch seine Gegenkandidatin Hillary Clinton) scharf gegen das transpazifische Freihandelsabkommen TPP. Auch das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta mit Mexiko und Kanada will er aufkündigen. Zwar sollte man Wahlkampfparolen nicht zum Nennwert nehmen. Doch erkennbar lehnt der künftige US-Präsident multilaterale Verträge ab. Er will allenfalls bilateralen Abkommen zustimmen. In diesem Klima hat TTIP kaum Realisierungschancen, zumal es auch auf europäischer Seite längst massiv umstritten ist. Trumps Äußerungen aus dem

Wahlkampf, die Nato sei möglicherweise „obsolet“, werden sich rasch relativieren. Zu erwarten ist jedoch, dass der 45. US-Präsident die Rolle seines Landes auf der internationalen Bühne reduzieren und eine ausgewogenere Verteilung der Lasten verlangen wird. Als Deutschland wiedervereinigt wurde, waren 200.000 US-Soldaten in der alten Bundesrepublik stationiert. 2006 waren es immerhin noch 72.500 Militärangehörige. In der Dekade seither hat sich ihre Zahl auf 34.000 Soldaten in 179 US-Militärbasen in Deutschland mehr als halbiert. Dieser Trend wird sich fortsetzen.

Die „New York Times“ schlug nach Trumps Wahl vor, dass „Frau Merkel nicht nur Europa führt, sondern außerdem Amerika bei der Führung der Nato ersetzt“. Doch Deutschland (Verteidigungsbudget 37 Milliarden Euro) kann auf keinen Fall jene Lücken schließen, die ein militärisches Disengagement der USA (Verteidigungsbudget 575 Milliarden Euro) reißen würde. Zur Erinnerung: Noch bei einer Nato-Übung 2014 nutzte die Bundeswehr schwarz angemalte Besenstiele, um die Bewaffnung des Schützenpanzers Boxer zu simulieren. Gleichwohl ist Trumps Forderung nach einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb der Nato nachvollziehbar. Auf ein Budget von mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts haben sich die Mitgliedsstaaten verständigt. Aber während die USA bei 3,61 Prozent liegen und Großbritannien immerhin

auf 2,21 Prozent kommt, sind es in Deutschland nur 1,19 Prozent. Diese Unterfinanzierung haben vor Trump bereits andere Amerikaner kritisiert, darunter Obamas vormaliger Verteidigungsminister Robert Gates. Er wurde weitgehend ignoriert.

Europäer ermahnt Trumps Drohung wird hingegen ernst genommen. Der Rückruf der Europäer in die sicherheitspolitische Verantwortung mag zur Unzeit kommen und harsch formuliert sein. Aber dass die USA nicht auf ewige Zeiten den Löwenanteil zur Verteidigung des alten Kontinents leisten würden, war abzusehen. Beunruhigender ist, dass Trump in Russland offenkundig einen Verbündeten sieht und seinen autoritären Amtskollegen Putin zu bewundern scheint. Dass der Milliardär die von CIA und FBI festgestellte Einflussnahme russischer Hacker auf den US-Wahlkampf nicht einräumen will, mag nachvollziehbar sein. Dass er aber mit dem Exxon-Chef Rex Tillerson einen Putin-Freund zum Außenminister macht, deutet (neben ähnlichen Personalentscheidungen) eine gefährliche geopolitische Kursverschiebung der USA an. Putin wird quasi ermutigt, seine Destabilisierungspolitik gegenüber der Ukraine und Osteuropa fortzusetzen.

Der neue Mann im Weißen Haus kann alle Kritiker widerlegen und ein verlässlicher, vertrauenswürdigere Präsident werden. Aber weil Optimismus alleine noch kein sicherheitspolitisches Konzept darstellt, ist Deutschland gut beraten, sich auf unsichere Zeiten einzurichten.

Angsar Graw

Der Autor ist Korrespondent von „Welt/N24“ in den USA.

Elefant und Pony

GEHEIMDIENSTE Die Verflechtungen mit Amerika haben eine lange Tradition

Hans-Georg Maaßen wollte es genau wissen. Im Herbst 2013 trat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit einem ungewöhnlichen Anliegen an die Berliner US-Botschaft heran. Er bat darum, Experten seines Hauses auf dem Dach nachschauen zu lassen, ob von dort aus etwa das Kanzleramt abgehört wurde. Maaßen war nicht der einzige, dem damals liebgewordene Gewissheiten abhandeln kamen. Die Enthüllungen des amerikanischen Geheimdienstkritikers Edward Snowden über das Treiben der National Security Agency (NSA) hatten auf deutsche Spitzenpolitiker und -beamte verstörend gewirkt.

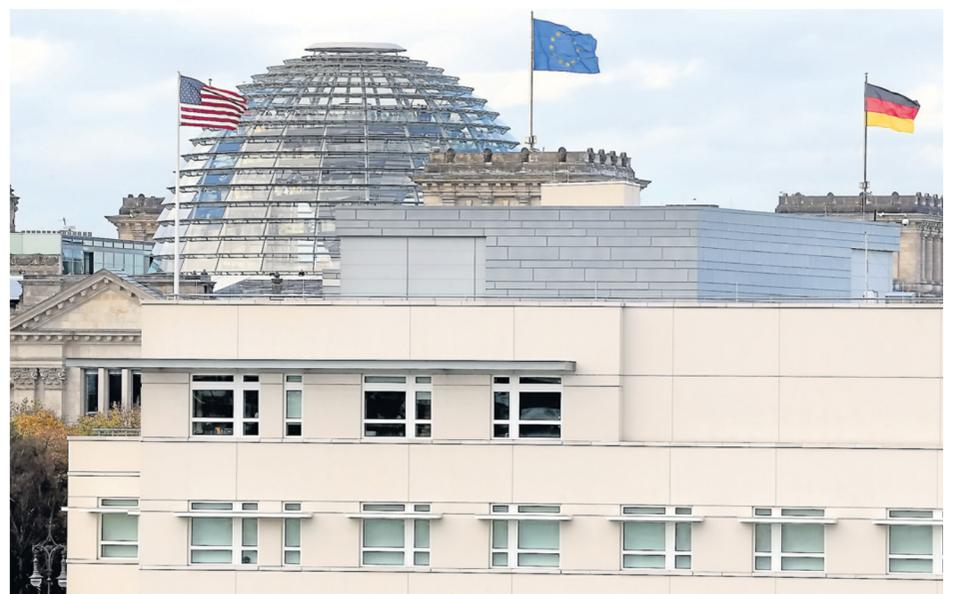
Bis dahin war die Bundesregierung der Meinung, dass der „engste Verbündete“ Vertrauen in die Rechtmäßigkeit seines Verhaltens verdiente. „Nein, daran kann ich mich nicht erinnern“, antwortete Günter Heiß, Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, dem NSA-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags auf die Frage, ob es schon vor der Snowden-Affäre Hinweise auf unliebsame Aktivitäten von US-Spionagediensten gegeben habe.

Die NSA hatte sogar das Mobiltelefon von Kanzlerin Merkel angezapft.

Metadaten Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) konnte gar nicht schnell genug Entwarnung geben, als sich im August 2013 herausstellte, dass „Der Spiegel“ bei der Lektüre der Snowden-Akten einem Missverständnis aufgesessen war. Die 500 Millionen Metadaten, die monatlich aus dem Horchposten in Bad Aibling an die NSA flossen, stammten offenbar nicht von deutschen Bürgern, sondern von Pakistanern oder Afghanen. Doch der Strom weiterer Enthüllungen riss nicht ab. Im Oktober 2013 kam heraus, dass die NSA wohl auch das Mobiltelefon der Kanzlerin angezapft hatte. Notgedrungen wandelte sich in Berliner und Pullacher Amtsstuben der Blick auf den engsten Verbündeten. Die Affäre habe „nachdenklich gemacht und Vertrauen in Frage gestellt“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier dem Ausschuss. So kam im Bundesnachrichtendienst (BND) erstmals der Gedanke auf, die Suchmerkmale der NSA in Bad Aibling kritisch zu sichten. Es fanden sich knapp 40.000 gegen Ziele in Ländern der Europäischen Union und der Nato gerichtete Selektoren. Im Februar 2014 verschärfte

das Auswärtige Amt in Berlin die zuvor recht locker gehandhabten Richtlinien für die Zulassung amerikanischer Vertragsfirmen der US-Streitkräfte in Deutschland. „Es hat sich seit Snowden gravierend was verändert“, war auch der Eindruck des früheren IT-Direktors im Bundesinnenministerium, Martin Schallbruch. Vorbehalte gegen die Nutzung von Verschlüsselungstechniken seien in Behörden rapide geschwunden. Dabei reichte die Tradition einer harmonischen geheimdienstlichen Verflechtung bis in die Nachkriegszeit zurück. Die „Hauptstelle für das Befragungswesen“, die bis zum Jahr 2014 Asylbewerber ausforschte, war zunächst eine Gründung der Westalliierten, bevor sie dann 1956 vom Bundesnachrichtendienst übernommen wurde. Bis zuletzt saßen Agenten des US-Militärgeheimdienstes mit am Tisch. Bad Aibling war seit den 1950er Jahren eine Anlage der US-Armee. Erst die rot-grüne Regierung drängte 2001 darauf, dass der BND Hausrecht bekam. Die NSA behielt aber einen Fuß in der Tür, was die Deutschen als Beitrag zur technischen „Ertüchtigung“ des BND begrüßten.

Unerlässlich „Die Amerikaner sind der Elefant, wir sind das Pony“, pflegte August Hanning, BND-Präsident in den Jahren von 1998 bis 2005, das Verhältnis



Was verbirgt sich auf dem Dach der US-Botschaft in Berlin?

© picture-alliance/dpa

zur NSA zu beschreiben. Als nach 2001 die weltweite Terrorbedrohung beide Seiten noch enger zusammenrücken ließ, hätte nach Hannings Überzeugung des BND seine Aufgabe ohne US-Hilfe nicht

erfüllen können. „Mit welchem Partner sollte ich denn sonst arbeiten, wenn ich nicht mehr mit der NSA arbeiten dürfte?“, fragt auch ein ranghoher Verfassungsschutzschützer.

Winfried Dolderer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Von Flensburg lernen

Flensburg hatte einst eine für Europa beschwingende und rumreiche Bedeutung. Im 18. Jahrhundert, als die Nordlichter in Flensburg noch Dänen waren, erblühte dieses Fleckchen Erde unter dem erheblichen Einfluss der hohen Prozente als europäisches Mekka des Rum-Verschnitts. Es half, dass man in Dänisch-Westindien Zucker en masse produzierte. Rum und Ruhm sind aber bekanntlich so bekömmlich wie vergänglich, die Geschichte wechselhaft und folglich kennt man Flensburg heute nur noch, weil dort das Kraftfahrt-Bundesamt sitzt. Kein Ruhmesblatt.

Aus dieser Mahnung der Geschichte haben unsere tschechischen Nachbarn nichts gelernt: Statt Rum zu machen beziehungsweise zu trinken, meckern die Tschechen gerade rum. Eben wegen Rum. Hintergrund ist eine Offerte aus dem ehemaligen Bruderstaat Kuba. Der Inselstaat war mit seinem sozialistischen Experiment so unglaublich erfolgreich, dass noch Schulden in Höhe von rund 276 Millionen Dollar aus Zeiten des Kalten Krieges bestehen. In Überwindung der bösen Geldwirtschaft schlug laut Medienberichten Kuba vor, die ausstehenden Summen in Naturalien, sprich: Rum, zu begleichen. Vermutlich weil Rum einen hohen Gebrauchswert hat und sich nach dem dritten bis siebten Glas jedwedes Gefühl der Entfremdung, wenn es denn nicht ganz verschwindet, doch zumindest richtig anfühlt. Und die marxistische Werttheorie ist dann auch vergessen. Doch die Tschechen lassen sich offenbar nicht rumkriegen: Sie wollen harte Währung, nicht harten Alkohol. Das wundert nicht, sprießen in dem Land doch bekanntlich die Pils wie Pilze auf dem Boden. Cuba Libre, aber bitte in Peso! *Sören Christian Reimer*

VOR 15 JAHREN...

Der Euro kam um Mitternacht

1.1.2002: Einführung der Gemeinschaftswährung Teuro. Krise. Rettungsschirm. Die Assoziationen, die der Euro bei vielen auslöst, sind nicht gerade positiv. Sicher ist sowieso: So eine emotionale Bindung wie zu ihrer D-Mark haben die Deutschen bis heute nicht zu der Gemeinschaftswährung aufgebaut. Obwohl sie mittlerweile seit 15 Jahren in ihren Geldbeuteln ist. Was der Bun-



Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) zeigt 2001 seine ersten Euro-Scheine.

destag im April 1998 beschlossen hatte und an den Finanzmärkten schon 1999 angekommen war, wurde am 1. Januar 2002 für alle Realität: Der Euro wurde eingeführt – in Deutschland und elf weiteren EU-Staaten.

Die Bürger waren zu diesem Zeitpunkt schon auf Tuchfühlung mit ihrem neuen Geld gegangen. Nicht nur, indem die Preise in vielen Läden schon seit Monaten in Euro und D-Mark ausgewiesen wurden. Zwei Wochen vor der Einführung, am 17. Dezember 2001, wurden sogenannte Münzhaushaltmischungen, die „Starter-Kits“, ausgegeben: Plastiktütchen mit Euro-Münzen im Wert von 10,23 Euro. Kaufpreis und Gegenwert: 20 D-Mark. Zahlen konnte man mit diesen Münzen allerdings erst ab 1. Januar, 0 Uhr. Zwar war der Euro ab diesem Zeitpunkt einziges gesetzliches Zahlungsmittel, doch die D-Mark hatte eine Gnadenfrist: Dank einer Selbstverpflichtung des Handels konnten die Deutschen noch bis 28. Februar mit der alten Währung einkaufen. Ob aus Nostalgie oder Sammelleidenschaft: Bis heute hören die Deutschen D-Mark-Bestände in Milliardenhöhe. Laut Bundesbank waren Mitte 2016 noch rund 12,76 Milliarden D-Mark im Umlauf – umgerechnet 6,53 Milliarden Euro. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DIE »AMERICAN ACADEMY«



Die „American Academy“ in Berlin und ihr Programmleiter Thomas Rommel setzen auf die Vernetzung von Experten aus den USA und Deutschland.



Transatlantischer Dialog am Wannsee

Wer die US-Botschaft in Berlin besuchen möchte, muss sich ins politische Zentrum begeben. Neben dem Brandenburger Tor hat die diplomatische Vertretung ihren Sitz. US-„Botschafter“ kann man aber noch an ganz anderer Stelle antreffen: In der American Academy am Wannsee. 1994 von US-Diplomat Richard Holbrooke gegründet, fördert die private Einrichtung den Dialog zwischen der alten und der neuen Welt.

Mit der S-Bahn geht es in den Berliner Südwesten, Ausstieg am Bahnhof Wannsee, dann fünf Gehminuten durch die Villenkolonie am Sandwerder. Auf der Uferseite liegt das weiße zweistöckige Gebäude aus dem 19. Jahrhundert, in dem die American Academy untergebracht ist. Das Eisentor öffnet sich, Programmleiter Thomas Rommel kommt durch die Tür. Er erklärt die Arbeit der Einrichtung: „Die Academy versteht sich als Ort, an dem hochqualifizierte Geistes- und Sozialwissenschaftler, aber auch Journalisten, Künstler und Policy-Experten aus den USA ihre Forschung voranbringen und sich mit der Stadt vernetzen“, sagt der Literaturwissenschaftler, der seit September an der Academy arbeitet und zuvor Rektor des

Bard College in Berlin war. Zwölf Stipendiaten arbeiten sechs Monate an ihrem Projekt und stehen mit Berliner Wissenschaftlern und Kulturschaffenden in Kontakt. Sie wohnen in der Akademie, tauschen sich regelmäßig aus: „So kann Interdisziplinarität auf natürliche Weise im Alltag entstehen“, erklärt Rommel.

Exklusiv, aber öffentlich – diese Prinzipien sind der Akademie wichtig. Die Stipendiaten sollen „die fachliche Spitze der USA“ abbilden. Eine Gutachterkommission wertet jährlich hunderte Bewerbungen aus. Aber jeder soll durch öffentliche Veranstaltungen an der Arbeit teilhaben können, nicht nur die klassisch bildungsorientierten Gruppen, sagt Rommel.

Primäre Interessen seien „das Netzwerken“ und der „intellektuelle und kulturelle Austausch“. „Die Fellows kommen als Botschafter Amerikas hierher und sie gehen als Botschafter Berlins zurück“, sagt Rommel. Ein Dialog entstehe auch bei den Diskussionsveranstaltungen: „Über die Fachdiskussion hinaus gibt es eine Vermittlung von Gesprächs- und Debattenkultur“, sagt Rommel begeistert. Das 2013 gegründete „Richard Holbrooke Forum for the

Study of Diplomacy and Governance“ wird ab Frühjahr 2017 zusätzlich Veranstaltungen anbieten.

Der Dialog zwischen Deutschland und den USA sei wichtig, weil die Länder eine besondere Freundschaft verbindet, betont Rommel. „Die Verbindung ist hier spürbar“, sagt er.

Ist der transatlantische Dialog nach der Wahl von Donald Trump noch wichtiger geworden? „Es ist nun besonders wichtig, ein Forum für den Austausch verschiedener Vorstellungen zu haben“, meint Rommel. Als unabhängige und überparteiliche Institution sei die Akademie dafür besonders geeignet.

Die Einrichtung finanziere sich ausschließlich durch private Gelder, Rommel zeigt die Spendentafel, die im Eingangsbereich hängt. Hauptspender sind die Nachfahren der jüdischen Bankiersfamilie Armhold, die vor dem Zweiten Weltkrieg in der Wannsee-Villa lebte und 1938 vor den Nationalsozialisten fliehen musste. Die Familie veranstaltete damals regelmäßig Diskussionsabende. „Die American Academy knüpft heute an diese Tradition an“, erzählt Rommel. *Eva Bräth*

PERSONALIA

>Gottfried Tröger † Bundestagsabgeordneter 1994-1998, CDU

Am 16. Dezember starb Gottfried Tröger im Alter von 81 Jahren. Der Diplom-Landwirt aus dem St. Egidien/Kreis Zwickau trat 1962 der Demokratischen Bauernpartei in der DDR bei und schloss sich 1990 der CDU an. Von 1990 bis 1994 war er Mitglied des Sächsischen Landtags. Tröger gehörte im Bundestag dem Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union an.

>Karl-Walter Fritz Bundestagsabgeordneter 1965-1969, SPD

Karl-Walter Fritz vollendet am 27. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der Versicherungskaufmann aus Wiesbaden wurde 1953 SPD-Mitglied, war von 1962 bis 1969 Vorsitzender des dortigen SPD-Unterbezirks und von 1960 bis 1964 Stadtverordneter. Fritz, Direktkandidat des Wahlkreises Wiesbaden, arbeitete im Bundestag im Finanzausschuss mit.

>Bernd Neumann Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CDU

Am 6. Januar begeht Bernd Neumann seinen 75. Geburtstag. Der Pädagoge aus Bremen wurde 1962 CDU-Mitglied, war von 1971 bis 1973 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union und stand von 1979 bis 2008 an der Spitze der CDU in Bremen. Von 1975 bis 2008 gehörte er dem CDU-Bundesvorstand an. Mitglied der Bremischen Bürgerschaft war er von 1971 bis 1987 und stand seit 1971 zudem an der Spitze der CDU-Fraktion. Neumann amtierte von 1991 bis 1998 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Forschung und Technologie und wurde mit Beginn der Ära Merkel 2005 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien. Neumann hatte sich in seiner bis 2013 dauernden Amtszeit vor allem für die Filmförderung und den Wiederaufbau des Stadtschlösses in Berlin mit dem Humboldt-Forum eingesetzt.

>Joachim Müller Bundestagsabgeordneter 1985-1987, Die Grünen

Am 7. Januar wird Joachim Müller 70 Jahre alt. Der Diplom-Kaufmann und promovierter Wirtschaftswissenschaftler war Gründungsmitglied der Grünen in Bremen. Dort gehörte er von 1979 bis 1983 auch der Bürgerschaft an. Im Deutschen Bundestag engagierte sich Müller im Haushaltsausschuss sowie im Ausschuss für Forschung und Technologie. *bmh*

Das war das Jahr 2016 im Bundestag

LESERPOST

Zur Ausgabe 49-50 vom 5. Dezember 2016, „Pauken für das nationale Erbe“ auf Seite 8:

Es muss befürchtet werden, dass die Revision des Geschichtsbildes in Polen auch die Arbeit am gemeinsamen Deutsch-Polnischen Geschichtsbuch beeinflussen wird. In diesem Sommer ist der erste Band in Berlin vorgestellt worden, der von der Frühgeschichte bis zum Mittelalter reicht. Die folgenden Bände bis in die Gegenwart werden dann die strittigen Ereignisse der Beziehungsgeschichte behandeln, wo es bis heute unterschiedliche Sichtweisen (Vertreibungen, Potsdamer Abkommen u.a.) gibt.

Karlheinz Lau per E-Mail

RÜCKBLICK Armenien-Resolution, Kontrolle der Nachrichtendienste, Reform des Sexualstrafrechts – 750 Mal stimmten die Abgeordneten im Jahr 2016 ab und fassten zahlreiche Beschlüsse. Dabei lag ein Schwerpunkt auf der Asylpolitik. Ethisch komplexe Themen wie die Armenien-Resolution standen ebenfalls zur Diskussion. Einige Höhepunkte:

Die **Flüchtlingsituation** bestimmte wie im Jahr zuvor die Debatten und Abstimmungen im Deutschen Bundestag. So beschlossen die Abgeordneten zu Beginn des Jahres ein Gesetz zur Registrierung und zum Datenaustausch im Asyl- und Aufenthaltsrecht (18/7258). Die Einführung eines beschleunigten Asylverfahrens (18/7645) sowie die erleichterte Ausweisung straffälliger Ausländer (18/7646) beschlossen die Abgeordneten einen Monat später. Seit Dezember strukturiert das Asylbewerberleistungsgesetz (18/10521) Sozialleistungen neu. Das im Juli verabschiedete Integrationsgesetz (18/9090) soll für Asylbewerber die Ausbildungsförderung und den Arbeitsmarktzugang verbessern. „Nein heißt Nein“ – die unter diesem Leitsatz viel diskutierten Änderungen im Sexualstrafrecht verankerte der Bundestag am 7. Juli im Strafgesetzbuch (18/9097). Neugefasst wurde der Paragraf 177, der das Strafmaß für sexuelle Übergriffe, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung regelt.

TEILHABE Nach einer umfassenden Debatte und zahlreichen Änderungen beschloss der Bundestag kurz vor Ende des Jahres das **Bundesteilhabegesetz** (18/9522, 18/9954, 18/10102). Schwerpunkt ist die Neufassung des Neunten Buches des Sozialgesetzbuches. Eine wesentliche Änderung betrifft die Eingliederungshilfe: Große Diskussionen löste die **Armenien-Resolution** aus. Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung hatte der Bundestag am 2. Juni einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (18/8613) angenommen. Die Resolution erinnert an die Ermordung von Armeniern und christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich 1915 und 1916. Die Resolution führte zu Spannungen mit der Türkei, da diese die damit verbundene Einschätzung der Geschehnisse als Völkermord nicht akzeptiert. *Laura Heyer*

Arabische Nachwuchstalente gesucht

IPS Mit einem Stipendium vier Wochen hinter die Kulissen des Bundestags blicken

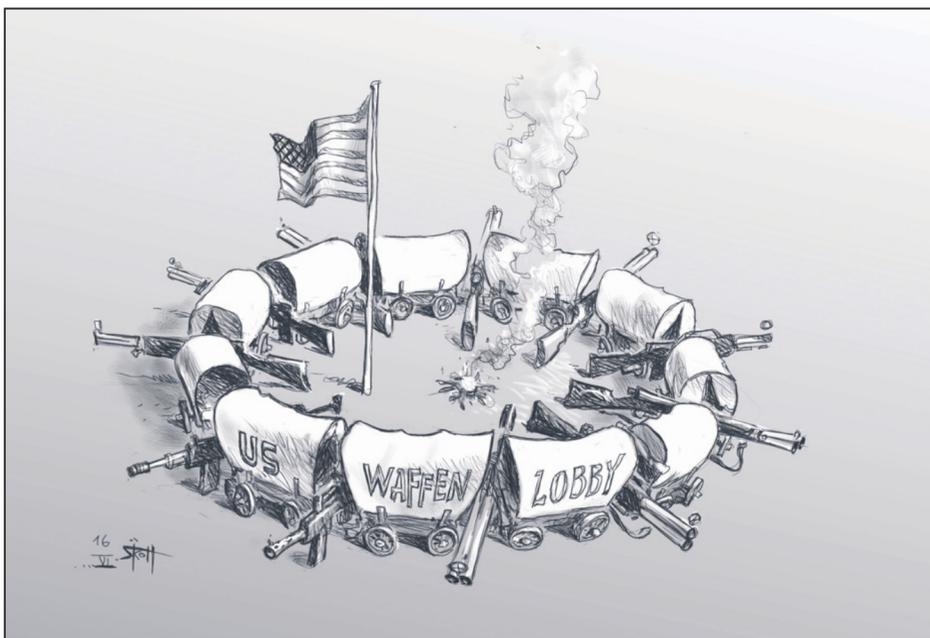
Arabische Nachwuchstalente, die sich in ihren Heimatländern aktiv für demokratische Grundwerte engagieren, sind eingeladen, im September 2017 vier Wochen hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages in Berlin zu blicken: Im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) für arabische Staaten werden die Teilnehmer das parlamentarische System der Bundesrepublik kennenlernen. Eine Woche werden sie zudem als Praktikanten in einem Wahlkreisbüro eines Abgeordneten verbringen.

Bewerber müssen die Staatsangehörigkeit eines arabischen Landes besitzen, zu Beginn des Stipendiums jünger als 35 Jahre sein, ein Hochschulstudium abgeschlossen haben und über sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Vorausgesetzt wird zudem Interesse an politischen Zusammenhängen und politisches beziehungsweise gesellschaftliches Engagement. Bewerbungsschluss ist der 31. Januar 2017.

30 Jahre IPS Das IPS-Programm für arabische Staaten wurde in Folge des Arabischen Frühlings ins Leben gerufen. 2012 kamen die ersten Stipendiaten nach Berlin. Der „große Bruder“ des Sonderprogramms, das IPS-Regelangebot, feierte im vergangenen Jahr sein 30-jähriges Best-

ehen. In diesem Rahmen werden jährlich bis zu 120 Stipendien an junge Menschen vergeben, die für fünf Monate das politische Leben in Berlin kennenlernen. Für das Regelprogramm im kommenden Jahr (1. März bis 31. Juli) sind die Bewerbungsfristen bereits abgelaufen. Details zu den Bewerbungsmodalitäten für das IPS-Programm für arabische Staaten sind auf der Seite des Deutschen Bundestags unter www.bundestag.de/ips_arabisch zu finden. Bewerbungen sind an die jeweilige deutsche Vertretung im Land zu schicken. Informationen zum Regelprogramm des IPS sind auf www.bundestag.de/ips abrufbar. *scr*

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 9. Januar.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16. – 20.1.2017

Lebensmittelkennzeichnung (Do)
Programm der EU-Kommission (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



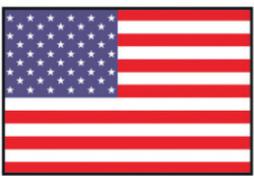
leicht
erklärt!

Wahl in den USA

In Amerika gibt es bald einen neuen Präsidenten



Wahl in den USA



Die USA sind ein Land.
Man kennt es meistens
einfach unter dem Namen: Amerika.

In den USA war eine Wahl.
Und zwar vor ein paar Wochen.

Die Menschen dort haben
einen neuen Präsidenten gewählt.

Er heißt: Donald Trump.
Den Nach-Namen
spricht man ungefähr so aus: Tramp.
Im folgenden Text steht mehr dazu.

Was macht der Präsident von den USA?

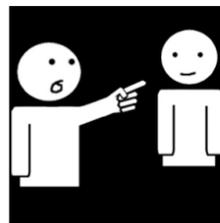
Der Präsident ist
der wichtigste Politiker in den USA.

1) Er ist der Chef von der Regierung.
Die Regierung sind die Politiker,
die ein Land leiten.

2) Außerdem ist er auch
das Staats-Oberhaupt.

Das bedeutet:
Er spricht mit anderen Ländern
im Namen von allen Menschen
in den USA.

3) Und er ist auch der Chef
von den amerikanischen Soldaten.



Der Präsident
hat also sehr viele Aufgaben.

Und er kann sehr viel entscheiden.

Oft sagt man darum auch:
Der Präsident von den USA
ist der mächtigste Mensch
auf der Welt.

Das heißt: Kein anderer Politiker
kann so viel entscheiden.

Darum ist die Wahl in den USA
auch für die ganze Welt
eine wichtige Sache.

Die Bewerber für die Wahl

Für die Wahl gab es mehrere Bewerber.
Also Menschen,
die man wählen konnte.

Sie kamen
aus verschiedenen Parteien.

Parteien sind Gruppen von Menschen.

Sie haben sich zusammen-gegan.
Denn sie haben ähnliche Ideen,
welche Politik man machen sollte.



Eine Bewerberin hieß: Hillary Clinton.

Ein anderer Bewerber hieß:
Donald Trump.

Die beiden waren die wichtigsten
Bewerber bei der Wahl.

Denn: Sie gehören
zu den 2 größten Parteien in den USA.



Die meisten Menschen
wählen diese beiden Parteien.

Und der Präsident gehört
schon seit vielen Jahren immer
zu einer von den beiden Parteien.

Man konnte also schon vor der Wahl
sehr sicher sagen:
Entweder gewinnt Hillary Clinton.
Oder Donald Trump.

Wer ist Hillary Clinton?



Hillary Clinton ist eine Politikerin.

Sie hatte schon
verschiedene Aufgaben als Politikerin.

Zum Beispiel:
Sie war Außen-Ministerin von den USA.

Ein Außen-Minister
kümmert sich darum,
auf welche Art sein Land
mit anderen Ländern zu tun hat.

Er hat also eine sehr wichtige Aufgabe.

Außerdem ist Hillary Clinton
die Ehe-Frau von Bill Clinton.

Er war früher einmal
der Präsident von den USA.
Und zwar von 1993 bis 2001.

Wer ist Donald Trump?



Donald Trump
ist von Beruf Geschäfts-Mann.

Das bedeutet:
Ihm gehören mehrere Firmen.

Zum Beispiel:
- Firmen, die Häuser vermieten
- Hotels
- Golf-Plätze



Er hatte auch lange Zeit
eine eigene Sendung im Fernsehen.

Donald Trump ist Milliardär.

Das bedeutet:
Ihm gehört sehr, sehr viel Geld.

Und: Er hat bisher
noch nicht als Politiker gearbeitet.

Der Wahl-Kampf

Was ist ein Wahl-Kampf?

Eine wichtige Zeit von einer Wahl
ist der Wahl-Kampf.

Dabei machen die Bewerber
Werbung für sich.

Das heißt: Sie wollen die Wähler
von sich überzeugen.

Sie wollen ihnen zeigen:
Ich wäre der beste Präsident.

Und sie wollen,
dass möglichst viele Wähler
für sie stimmen.

Das machen sie
auf verschiedene Arten.

Zum Beispiel:

- Sie sagen, was sie nach der Wahl
alles machen wollen.
Wie sie zum Beispiel das Leben von
den Menschen verbessern wollen.
Oder wie sie
das Land voran-bringen wollen.
- Sie sagen, warum sie
ein guter Präsident wären.
- Sie sagen, dass andere Bewerber
nicht so gut wären.



Was war besonders an dem Wahl-Kampf?

Über den letzten Wahl-Kampf
haben die Menschen
besonders viel gesprochen.

Denn es sind ein paar
ungewöhnliche Dinge passiert.





1) Beleidigungen von Donald Trump

Eine besondere Sache von Donald Trump war: Er hat im Wahl-Kampf oft Menschen beleidigt.

Zum Beispiel:

- Er hat über Menschen aus dem Land Mexiko gesagt: Sie sind Kriminelle.
- Es ist auch ein Video aufgetaucht.

In ihm spricht Trump schlecht über Frauen.

- Und er hat auch Hillary Clinton beleidigt.

Er hat zum Beispiel gesagt: Sie ist der Teufel.

Viele Menschen finden das schlimm. Sie sagen: So jemand kann nicht Präsident werden.

Aber viele Menschen finden es auch gut. Sie sagen: Trump hat recht.

2) Versprechen von Donald Trump

Donald Trump hat im Wahl-Kampf auch viele Versprechen gemacht.

Er hat gesagt, was er nach der Wahl alles machen will.

Manche Versprechen haben für viel Aufregung gesorgt.

Zum Beispiel:

Er will eine Mauer zwischen den USA und Mexiko bauen.

Mexiko ist ein Land direkt neben den USA.

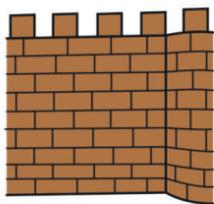
Die Mauer soll verhindern, dass Menschen aus Mexiko in die USA kommen.

Viele Menschen finden die Idee schlecht.

Sie sagen:

- Sie kostet zu viel Geld.
- Und sie funktioniert nicht.

Aber viele Menschen finden die Idee auch gut.



3) Geheimnisse von Hillary Clinton

Hillary Clinton hatte auch Probleme im Wahl-Kampf.

Vor allem wegen der folgenden Sache:

Clinton war früher mal Außen-Ministerin.

Damals kannte sie viele Geheimnisse.

Zum Beispiel über die Politik in den USA.

Darum muss eine Außen-Ministerin besonders vorsichtig sein.

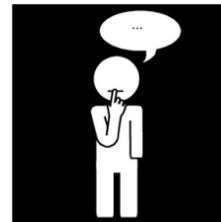
Zum Beispiel, wenn Sie E-Mails schreibt. Das spricht man ungefähr so: I-Mail.

Denn: E-Mails können geklaut werden. Das bedeutet:

Jemand kann die E-Mails lesen.

Auch wenn er das eigentlich gar nicht soll.

Darum benutzt man besondere Computer. Dann können die E-Mails nicht geklaut werden.



Hillary Clinton hat aber eine Zeit lang einen normalen Computer benutzt.

Darum haben ihr manche vorgeworfen: Sie hat nicht ordentlich auf Geheimnisse aufgepasst.

Sogar die Polizei hat sich die Sache angeschaut.

Das war im Wahl-Kampf immer wieder ein Thema.

Wer wird gewinnen?

Die Wahl war also besonders.

Denn: Beide Bewerber hatten viele Unterstützer.

Aber auch viele Menschen, die sie nicht gut fanden.

Darum haben sich viele Leute vor der Wahl gefragt: Wer wird gewinnen?





Es gibt Experten.
Sie versuchen,
schon vor der Wahl eine Antwort
auf diese Frage zu finden.
Dazu machen sie
zum Beispiel Umfragen.
Dabei fragen sie die Menschen,
wen sie bei der Wahl
wählen möchten.
Kurz vor der Wahl
dachten viele Experten noch:
Hillary Clinton
wird gewinnen.
Doch das war nicht so.

Die Wahl



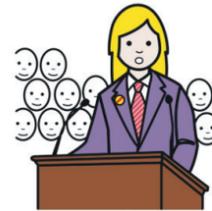
Die Wahl war dann
am 8. November 2016.
Es war eine sehr spannende Wahl.
Lange Zeit hatten Hillary Clinton
und Donald Trump
gleich viele Stimmen.
Doch am Ende
hat Donald Trump gewonnen.
Das bedeutet:
Donald Trump
wird der neue Präsident von den USA.

Meinungen zur Wahl

Es gibt viele Menschen,
die das schlecht finden.
Dafür gibt es verschiedene Gründe.
Zum Beispiel:
Sie mögen die Dinge nicht,
die er im Wahl-Kampf gesagt hat.
Ein wichtiger Grund ist aber auch noch:
Donald Trump war bisher
kein Politiker.
Er kennt sich nicht so gut
in diesem Beruf aus.



Darum fragen sich viele Leute
zum Beispiel:
Wird er die Aufgabe
überhaupt schaffen?
Und sie sind sich unsicher,
welche Entscheidungen
er als Politiker treffen wird.



Bei Hillary Clinton ist das anders.
Sie arbeitet schon
seit sehr vielen Jahren in der Politik.
Genauer: Seit ungefähr 40 Jahren.
Und sie hat schon wichtige Aufgaben
als Politikerin erledigt.
Darum können sich die Leute
bei ihr besser vorstellen,
was sie als Präsidentin gemacht hätte.



Die Wahl in den USA war dieses Mal
also besonders spannend.
Und das Ergebnis
hat viele Menschen überrascht.
Nächstes Jahr wird Donald Trump
also der Präsident von den USA.
Genauer: Am 20. Januar.
Dann muss man schauen,
wie gut er seine Arbeit erledigt.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde
in Leichte Sprache
übersetzt vom:



Nachrichten
Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © picture alliance / ZUMAPRESS.com, © picture alliance/Ron Sachs/ Consolidated/dpa, © picture alliance / abaca und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 52/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 9. Januar 2017.